Retter IWF? S.4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 31 – 7. August 2010

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Nichts aus teuren Fehlern gelernt
Zwei Bundesminister wollen mehr Zuwanderung 2

Preußen / Berlin

Baby-Boom am Prenzlberg
Junge Zuzügler aus ganz Deutschland sorgen für Anstieg der Geburtenzahlen 3

Hintergrund

Vor allem Instrument der USA
IWF als Retter in der Not? Eine kritische Analyse 4

Deutschland

Immer mehr für immer weniger?
Die Rentnerzahl steigt, die Lebensarbeitszeit sinkt 5

Ausland

Türkei-Frage drängt zur Entscheidung
EU muss Farbe bekennen 6

Kultur

Bekenntnis zur klaren Form
Das Architektenbüro gmp 9

Geschichte

Neun Minuten
Die Fahrt des »Adler« von Nürnberg nach Fürth 10





Am deutschen Arbeitsmarkt ist mit den Reformen der Agenda 2010 vieles in Bewegung gekommen, sogar der tiefen Wirtschaftskrise des Jahres 2009 hat er widerstanden. So mancher Arbeitgeber wie dieser Unternehmer in Berlin sucht längst wieder Arbeitskräfte. Diese Erfolge gilt es zu sichern.

Bild: Ullstein

Jobwunder in Gefahr

Ringen um die Reform von Hartz IV: Die Bundesregierung steht unter Druck

Die Versorgung von Langzeitarbeitslosen muss bis Jahresende neu geregelt werden. Die Bundesregierung sucht eine Lösung, die die Erholung am Arbeitsmarkt nicht gefährdet. Dabei steht sie unter Druck von vielen Seiten.

Das Bundesverfassungsgericht verlangt eine Reform von „Hartz IV" noch in diesem Jahr: Die Regelsätze müssen dabei nicht unbedingt erhöht, wohl aber transparenter berechnet werden. Bisher werden die Sätze alle fünf Jahre nach einer breit angelegten Untersuchung des Konsumverhaltens von Geringverdienern neu kalkuliert. Dazwischen folgen die Sätze der Entwicklung der Renten. Damit wird nun Schluss sein, vielmehr soll die Entwicklung von Preisen, Löhnen und Konjunktur die laufende Anpassung der Hartz-IV-Sätze bestimmen.

An sich ist die von Karlsruhe geforderte Korrektur also eher ein Detail, und theoretisch – so meinen jedenfalls Juristen – könnte der Gesetzgeber die Hartz-IV-Sätze unter dem Strich sogar kürzen und dennoch die Vorgaben der Verfassungsrichter erfüllen.

Und doch ist über die Neuregelung der Hilfe für Langzeitarbeitslose eine breite und emotionale Debatte ausgebrochen, die die Handlungsfreiheit der Koalition beschränkt. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erinnerte an das Lohnabstandsgebot: Auch nach der Reform müsse jemand, der arbeitet, fühlbar mehr Geld in der Tasche haben als ein Hartz-IV-Empfänger. Die nun geforderte Anhebung des Regelsatzes von 359 Euro für Alleinstehende auf womöglich über 400 Euro im Monat sei schon deswegen nicht realistisch, gaben ihre Sprecher zu verstehen.

> Eine Erhöhung um über zehn Prozent wäre unfinanzierbar

Obwohl Experten vor den Folgen für Arbeitsmarkt und Staatsfinanzen warnen, wenn die Hartz-IV-Sätze kräftig angehoben würden, geht die Diskussion momentan genau in diese Richtung. Sozialverbände, Grüne, Linkspartei und zuletzt auch Kirchenvertreter plädieren fast unisono für höhere Sätze.

Auch SPD-Vize Olaf Scholz nannte die Anhebung „zwingend". Seine Partei, die das Hartz-IV-System mit der Aganda 2010 in der Zeit von Scholz als Generalsekretär erfunden und durchgesetzt hat, ist bei diesem Thema immer noch innerlich zerrissen, ja fast traumatisiert: Auf der einen Seite stand und steht die dadurch gewonnene Dynamik am Arbeitsmarkt, mit der Millionen Geringqualifizierte eine Chance bekommen haben – an sich ein großes Thema für die SPD. Auf der anderen Seite steht aber die für die Partei bis heute nicht verkraftete „Fahnenflucht" ihres früheren Bundesvorsitzenden Oskar Lafontaine zur damaligen PDS, die als „Linke" heute bei elf Prozent steht.

Noch ist unklar, zu welchen Ergebnissen die nicht eben durchsetzungsstarke Bundesregierung von CDU, CSU und FDP in dieser Gemengelage finden wird. Klar ist, dass ohne Realismus in der Sozialpolitik das international beneidete deutsche Jobwunder schon bald der Vergangenheit angehören dürfte. *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Die Alternative

Der geltende Hartz-IV-Satz von 359 Euro im Monat ist zu einem Symbol der deutschen Sozialpolitik geworden, fast wie früher der Brotpreis. Kein Zweifel: Das Leben mit nur knapp zwölf Euro am Tag ist kein Zuckerschlecken, selbst wenn Miete und Nebenkosten schon bezahlt sind. Und doch ist dieser Betrag aus afrikanischer und nahöstlicher Perspektive hoch genug, um Deutschland zum Magneten für Ungelernte zu machen. Wer als Geringqualifizierter in Deutschland für 6,50 Euro die Stunde arbeitet, aber Miete und Heizung bezahlen muss, dem bleiben oft nicht viel mehr als dem arbeitslosen Nachbarn mit der vielen Freizeit.

Für eine verantwortungsbewusste Sozialpolitik ist beides eine Herausforderung: Wie bringen wir Arbeitslose wieder in Beschäftigung? Und wie verhelfen wir auch den Schwächeren zu Löhnen, von denen man ordentlich leben kann?

Auf diese beiden Fragen gibt es wenige solide, aber viele populäre Antworten. Zu den soliden Antworten gehört eine gründliche Schul- und Berufsausbildung mit funktionierenden Hauptschulen, eine realistische Zuwanderungspolitik, die die Grenzen für Unqualifizierte schließt, soweit sie nicht politisch verfolgt sind. Auch eine Steuerpolitik, die Deutschland für Leistungsträger nicht länger unattraktiv macht, gehört dazu.

All das ist kaum populär, aber es würde helfen. Populär ist dagegen der Ruf nach höheren Hartz-IV-Sätzen. Die Folgen für Arbeitsmarkt und Staatsfinanzen wären indes fatal. Es muss daran erinnert werden: Die Alternative zu einem ärmlichen Leben mit Hartz IV ist nicht die Anhebung der Sätze, sondern die Arbeitsaufnahme.

Isaf-Koalition bröckelt

Erstes großes Kontingent verlässt Afghanistan – Verlustreicher Juni

Noch beteiligen sich 46 Staaten aus aller Welt an der Afghanistan-Mission Isaf. Doch bald sind es nur noch 45, denn am Sonntag begannen die Niederlande mit dem Abzug ihres bisher knapp 2000 Mann (pardon: Kräfte) starken Kontingents. Sie werden von US-Truppen sowie Soldaten aus Australien, der Slowakei und Singapur abgelöst. Die Niederlande waren bisher für die Sicherheit in der Provinz Uruzgan im Süden des Landes verantwortlich, der Einsatz kostete sie 24 Tote und 140 Verwundete. Unter der Zivilbevölkerung soll es während des genau vier Jahre dauernden Einsatzes 90 bei Kämpfen Getötete gegeben haben, die Mission schlug für die Niederlande mit 1,4 Milliarden Euro zu Buche.

Die niederländische Regierung hatte keinen eigentlichen Abzugsbeschluss gefasst, sondern den vom Parlament auf vier Jahre be-

> London lobt Offensive nach nur zwei Tagen

fristeten Einsatz nicht verlängert, Anfang des Jahres zerbrach darüber die Regierungskoalition. Trotz der betont geschäftsmäßigen Reaktion der USA und weiterer Nato-Verbündeter hat der Abzug des ersten größeren Kontingents aus Aufghanistan Signalwirkung. Taliban-Sprecher gratulierten, und der Abzug Kanadas im kommenden Jahr scheint festzustehen.

Mit 102 Getöteten war der Juni 2010 der bisher verlustreichste für die Isaf-Truppen, und vorläufige Zahlen für Juli besagen nichts Gutes. Das britische Verteidigungsministerium erklärte am Sonntag, eine Offensive Hunderter britischer Soldaten gemeinsam mit der afghanischen Armee in der Südprovinz Helmand laufe „sehr gut". Sie hatte allerdings erst zwei Tage zuvor begonnen. Größere „Sommeroffensiven", die die USA im Frühjahr angekündigt hatten, wurden abgesagt. Stattdessen hieß es aus Washington, man habe keine Gebietsverluste erlitten. *PAZ*

Haiders geheime Millionen

Bei Ermittlungen über die HGAA-Übernahme entdeckt

Das glamouröse Leben und der Unfalltod des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider haben eine neue, subtile Facette bekommen. Haider soll über Briefkastenfirmen bis zu 45 Millionen Euro in Liechtenstein versteckt haben. Zwar sollen von diesem enormen Betrag „nur" noch fünf Millionen übrig sein, den Rest hat angeblich ein Vertrauter Haiders verspekuliert. Doch blühen nun die Mutmaßungen darüber, woher dieses Vermögen stammt; dass die Meldung komplett falsch ist, gilt als ausgeschlossen.

Die Rede ist von „Aufmerksamkeiten" des libyschen Diktators Muammar al-Ghaddafi, mit dessen Sohn Saif Haider befreundet war, aber auch von Gewinnen aus Privatisierungen und Übernahmen. Zeitungen fragen nach Zusammenhängen mit „verdächtigen Kommissionszahlungen" beim Verkauf der österreichischen Bundeswohngesell-

> Verdiente Haider bei Übernahmen mit?

schaften 2004 sowie nach Querverbindungen mit der skandalösen Übernahme der Kärntner Bank Hypo Group Alpa Adria Bank (HGAA) durch die Bayerische Landesbank im Jahre 2007.

Die HGAA war einst Haiders Hausbank. Nachdem die Bayerische Landesbank sie für insgesamt 3,7 Milliarden Euro mehrheitlich übernommen hatte, geriet sie in zunehmende Schieflage. Mitte Dezember 2009 war sie plötzlich wertlos und die BayernLB überließ dem österreichischen Staat ihre Anteile für einen symbolischen Euro.

Ein paar vermögende Ex-Eigentümer der HGAA waren durch das Geschäft rasch um rund 150 Millionen Euro reicher geworden. Ob auch Haider daran verdiente, oder ob die neuen Meldungen einen unabhängigen Politiker noch nach seinem Tode diskreditieren sollen, ist unklar. Für Verschwörungstheoretiker sind die Enthüllungen über Haiders Millionen schon jetzt ein gefundenes Fressen. *K.B.*

MELDUNGEN

Begrüßungsgeld für Kinder

Berlin – Johannes Singhammer (CSU), der familienpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, will ein Begrüßungsgeld für neugeborene Kinder statt für ausländische Arbeitskräfte. Der Mangel an Fachkräften sei ein „Vorbote der Konsequenzen des dramatischen Geburtenrückgangs in Deutschland“, warnte der Fraktionsvize. Die Politik müsse dem „dynamischen Aussterben der Deutschen“ mit einer Offensive für mehr Kinder entgegensteuern, forderte der sechsfache Vater. *K. B.*

Chance für den Dipl.-Ing.

Dresden – Der Verbund TU9 der führenden deutschen technischen Universitäten spricht sich für die Wiedereinführung des Abschlusses Diplom-Ingenieur aus. Der ist derzeit ein Auslaufmodell: Der Bologna-Prozess der EU schreibt die Vereinheitlichung europäischer Studienabschlüsse vor. Doch „Dipl.-Ing.“ könnte sich gegen die EU-„Reformwut“ durchsetzen. Das meint TU9-Präsident Ernst M. Schmachtenberg und bekommt viel Zustimmung. So von Dresdens neuem TU-Direktor Hans Müller-Steinhagen. *SV*

Trauer um Ernst Kulcsar

Nürnberg – Die *Preußische Allgemeine Zeitung* trauert um ihren langjährigen Mitarbeiter Ernst Kulcsar, der jetzt im Alter von 76 Jahren verstarb. Der Publizist leitete Rundfunksendungen für Rumäniendeutsche bei Radioteleviziunea Romana Bukarest, bevor er 1984 aus politischen Gründen in die Bundesrepublik übersiedelte. Hier promovierte er und setzte sein publizistisches wie journalistisches Engagement unter anderem mit „Untersuchungen zur rumänien-deutschen Erzählliteratur der Nachkriegszeit“ fort. Er wirkte zudem als Fernsehkritiker. *SV*

Nichts aus teuren Fehlern gelernt

Zwei Bundesminister wollen noch mehr Zuwanderung – angeblich gegen den Fachkräftemangel

Die deutsche Politik streitet um die Zuwanderung. Lehren aus den Fehlern bei der Anwerbung der Gastarbeiter in den 60er und 70er Jahren scheinen nur wenige gezogen zu haben. Bundeskanzlerin Merkel ließ die absurde Debatte mehrere Tage laufen, bevor sie schließlich über einen Sprecher ablehnend Position bezog.

Den Anfang hat Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) mit wenig qualifizierten Aussagen zur kulturellen Bereicherung durch Zuwanderer gemacht. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) wiederholte den Dauer-Wunsch der Wirtschaft nach billigen Arbeitskräften und will „Fachkräfte“ ausgerechnet mit einer „Lockprämie“ anwerben. Nicht konkret wurde er bei der entscheidenden Frage, ab welcher Qualifikation ein Zuwanderungswilliger denn eine „Fachkraft“ ist und ob die Integrationswilligkeit und -fähigkeit künftig noch eine Rolle spielen soll.

Annette Schavan hatte sich direkt verplappert: Sie ist eine politisch korrekte Bewunderin der Kulturbereicherung durch Muslime. Sie sage „klipp und klar“, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Bei jungen Türken sieht sie einen „ähnlichen Ehrgeiz und Aufstiegswillen, wie wir es von der deutschen Nachkriegsgeneration kennen“, erklärte sie offenbar ohne Angst vor Spott und Häme. Menschen mit Migrationshintergrund seien „ein wichtiger Teil unserer bunten Republik. Sie bereichern unser Land, wir brauchen sie.“

Man darf Frau Schavan als Sommerlektüre das Buch der verstorbenen Berliner Richterin Kirsten Heisig über die Zustände in dem von „Kulturbereicherern“ dominierten Berliner Stadtteil Neukölln ans Herz legen – Ghettobildung, Kriminalität, Parallelgesellschaft. Schavan aber will weiter Fakten in Richtung Überfremdung schaffen. Sie fordert die freie Zuwanderung von „Fachkräften“ und leichte Visa-Vergabe. Die Einkommens-Untergrenze für Zuzügler soll nach dem Willen Schavans abgeschafft werden.

Damit war eigentlich schon die Katze aus dem Sack. Denn natürlich steht Deutschland im internationalen Wettbewerb um Hoch- und Höchstqualifizierte. Dass wir diesen Wettbewerb so oft verlieren, hängt eng mit einem überbordenden Sozialstaat zusammen, dessen Kehrseite eine im internationalen Vergleich fast einzigartig hohe Belastung von Leistungsträgern mit Steuern und Abgaben ist. Wer dennoch der weiteren Zuwanderung von Geringqualifizierten das Wort redet, verschärft dieses Problem sogar noch.

Schavan hat sich damit all jenen angeschlossen, die ignorieren oder schönreden, welche enormen Kosten misslungene Integration oder die Zuwanderung von Geringqualifizierten nach sich ziehen. Erinnert sei nur an die Belastung, die Sozialsysteme, Polizei und Gerichte bereits jetzt durch Bildungsversager aus dem türkisch-arabischen Raum haben. Der SPD-Politiker Thilo Sarrazin hat aus seiner Kenntnis der Verhältnisse in Berlin heraus mehrfach mit klaren Worten diese Probleme beim Namen genannt.

Zwar trifft es zu, dass speziell der Maschinenbau unter Fachkräftemangel leidet. Allein in der Metall- und Elektroindustrie fehlen rund 30000 Ingenieure. Bundesweit fehlen 20000 Lehrer, vor allem in Naturwissenschaften. Doch können diese Lücken durch verstärkte Zuwanderung kaum geschlossen werden, denn diese Zuwanderer kämen erfahrungsgemäß vor allem aus islamischen Ländern und der Dritten Welt, was genau die Probleme verstärken würde, die die Bundesregierung mit „Integrationsgipfeln“ mühsam und mit begrenztem Erfolg aufzuarbeiten versucht.

> Schavan preist den Aufstiegswillen junger Türken

Formale Qualifikationen speziell von Zuwanderern aus Drittweltstaaten sind in Deutschland oft nicht viel wert, weil die Ausbildungssysteme kaum mit dem hiesigen vergleichbar sind. Ingenieure aus Afrika? Physiklehrer aus Arabien? Nicht umsonst schicken die Eliten dieser Länder ihre Kinder gern nach Europa zur Ausbildung und zum Studium. Ohnehin wäre es rücksichtslos, die schmale Schicht an Hochqualifizierten in diesen Ländern durch eine offensive Abwerbepolitik weiter auszudünnen.

Besonders aus exkommunistischen Industriestaaten wie Polen, Rumänien oder Russland leben bereits viele Tausend integrationswillige Menschen in Deutschland, deren tatsächliche Qualifikation und Berufserfahrung bisher oft nicht anerkannt wird. Ingenieure arbeiten als Taxifahrer oder Pizzabäcker, Naturwissenschafts-Lehrerinnen als Putzfrauen. Diese Menschen gilt es entsprechend ihrer meist soliden Kenntnisse und Fähigkeiten richtig zu bewerten, eventuell nachzuqualifizieren und dann an der richtigen Stelle in den deutschen Arbeitsmarkt einzugliedern – das brächte Zigtausende von tatsächlichen Fachkräften.

Außerdem herrscht ab Mai 2011 in der EU endgültig die volle Freizügigkeit von Arbeitnehmern. Die war 2004 bei der Osterweiterung der EU noch aufgeschoben worden. Experten schätzen das Potenzial an Arbeitskräften, die aus den EU-Staaten nach Deutschland kommen könnten, auf bis zu 40 Millionen. Das müsste ausreichen, um jeglichen Fachkräftemangel zu beenden.

Zur Einwanderungsdebatte schrieb die „FAZ“ treffend: Brüderle solle die Wirtschaft auch einmal darauf aufmerksam machen, dass die Erfüllung kurzfristiger Wünsche den langfristigen Wünschen oft zuwider läuft. So müsse die Wirtschaft heute noch mit hohen Sozialabgaben und Steuern die Folgen der Gastarbeiteranwerbung aus den 60er Jahren tragen. Wie es scheint, haben Deutschland und seine Wirtschaft seitdem nicht sehr viel gelernt.

Man kann nur erleichtert feststellen, dass der undurchdachte Vorstoß des Bundeswirtschaftsministers und der Bundesbildungsministerin schnell auf Widerspruch gestoßen ist. Nacheinander widersprachen der Chef der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise und der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer dem Vorschlag, noch mehr Einwanderung nach Deutschland zuzulassen. Dann ließ auch die Kanzlerin durch einen Sprecher erklären, dass das Zuwanderungsrecht nicht geändert werden solle. Es bleibt zu hoffen, dass diese Sommerloch-Debatte damit abgeschlossen ist. *Anton Heinrich*



Ingenieure in einem Kraftwerk: Bei weitem nicht alle Zuwanderer erfüllen die hohen deutschen Ausbildungsstandards - und die entsprechenden Anforderungen am Arbeitsplatz. Bild: PA

Die Schulden-Uhr: Schlechtes Vorbild Staat

Die Zahl der Privatinsolvenzen in Deutschland steigt, der Schulden-Virus der öffentlichen Haushalte greift auf die Bürger über. Experten warnen, die Deutschen könnten ihren zweithöchsten privaten Schuldenstand in Europa (2009) dieses Jahr noch übertreffen. Die Marke von 140000 Privatinsolvenzen droht zudem überschritten zu werden. Rund 6,2 Millionen Deutsche gelten als überschuldet. Die Zentralbanken erleichtern das mit ihrer Geldpolitik: Langfristig geringere Leitzinsen erhöhten die Anreize zur Aufnahme von Krediten, sagt Paul Schmidt, Volkswirt an der Frankfurt School of Finance & Management. Die Entwicklung gefährdet Konjunktur und Steuern gleichermaßen. *SV*

1.698.862.540.000 €

Vorwoche: 1.696.710.662.992 €
Verschuldung pro Kopf: 20781 €
Vorwoche: 20755 €

(Dienstag, 3. August 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Minsk droht heißer Herbst

Medienkrieg könnte für den Kreml zum Bumerang werden

Nach Auseinandersetzungen um Gas- und Öllieferungen mündete der „Bruderzwist“ zwischen Minsk und Moskau in einen Fernsehkrieg. Der kremlnahe Sender NTW strahlte zur besten Sendezeit den Zweiteiler „Väterchen und Pate“ aus, in dem Alexander Lukaschenko für all das angeprangert wird, was der Westen dem als „letzten Diktator Europas“ Bezeichneten schon lange vorwirft: Aushebelung der Verfassung, Verfolgung der Opposition, die Kontrolle der Geldströme im Land. Auch für das Verschwinden von Oppositionellen soll er verantwortlich sein.

Für Lukaschenko steht das Amt auf dem Spiel, wenn – voraussichtlich im Februar 2010 – der Präsident neu gewählt wird. Um ein viertes Mal kandidieren zu können, ließ er die Verfassung ändern. Gerüchten zufolge will er die Wahl auf den Herbst vorverlegen, um der Opposition den Wahlkampf zu erschweren. Es könnte turbulent zugehen, denn bis zu 60 Kandidaten wollen sich nominieren lassen. Noch gilt Lukaschenko als Favorit, der große Beliebtheit genießt. Dies könnte sich ändern, wenn die Menschen im Land den Wegfall der russischen Subventionen zu spüren bekommen und Lukaschenko sein staatlich finanziertes „Wirtschaftswunder“ nicht aufrecht erhalten kann.

Dem Kreml scheint der widerspenstige Verbündete lästig geworden zu sein. Zu oft zog er den Unmut Moskaus auf sich, zuletzt, indem er Georgiens Staatschef Michail Saakaschwili empfing und sich für die Angriffe aus Moskau rächte, indem er diesen im weißrussischen Fernsehen Kritik an der rüden Kreml-Politik üben ließ. Beide Staatsoberhäupter vereinbarten neben Lebensmitteltauschgeschäften auch die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen für Maschinenbau, die im strukturschwachen Georgien entstehen sollen. Schon 2008 verweigerte Minsk sich, Russland beim Wirtschaftsembargo gegen Georgien. Bis heute hat Minsk die Unabhängigkeit der Republiken Abchasien und Südossetien nicht anerkannt. Da Lukaschenko auf die Unterstützung des Westens nicht hoffen kann, sucht er anderswo Verbündete, die er im venezolanischen Diktator Hugo Chavez und Georgiens Saakaschwili gefunden zu haben glaubt.

> Neuer Verbündeter – Georgiens Präsident Michail Saakaschwili

Mit der Einladung vier weißrussischer Oppositionspolitiker setzt der Kreml Zeichen. Der Parteivorsitzende der Liberalen Anatolij Lebedko sowie seine Stellvertreter Jaroslaw Romantschuk und Alexander Dobrowolski durften in Moskau Tuchfühlung mit Duma-Abgeordneten und Finanzminister Alexej Kudrin aufnehmen. Spekulationen zufolge gilt als Russlands Favorit Ex-Vize-Außenminister Andrej Sannikow, den der Westen allerdings nicht gern sehen würde. Als möglicher Kompromisskandidat von Brüssel und Moskau gilt der Wirtschaftsfachmann Romantschuk.

Eine offene Unterstützung der weißrussischen Opposition könnte für den Kreml allerdings zum Bumerang und zur unfreiwilligen Schützenhilfe für Lukaschenko geraten, denn für seine Standhaftigkeit und die Kraftsprüche gegenüber Moskau lieben die Weißrussen ihr „Väterchen“. Moskaus Favorit könnte zudem die Unabhängigkeit Weißrusslands von Russland noch weiter vorantreiben. Minsk steht ein heißer Herbst bevor. *M. Rosenthal-Kappi*

Die Uno träumt

Sauberes Wasser jetzt »Menschenrecht«

Die Uno-Vollversammlung hat vorige Woche mit 122 Stimmen ohne Gegenstimme bei 41 Enthaltungen den Zugang zu sauberem Wasser zum Menschenrecht erklärt. Klingt gut, doch Recht ist immer nur so viel wert wie seine Durchsetzbarkeit: Das neue Menschenrecht, das so wie jenes auf Arbeit oder auf Nahrung nicht völkerrechtlich verbindlich ist und auch nicht in die ohnehin oft ignorierte „Charta der Menschenrechte“ aufgenommen wird, vermag nichts an geographischen Gegebenheiten, Überbevölkerung, Machtverhältnissen oder Konzerninteressen zu ändern. Und es könnte sogar bestehende Wasserkonflikte wie etwa die um Jordan, Euphrat und Nil weiter verschärfen.

> Selbstbeschäftigung einer Nomenklatura

Es handelt sich also wieder nur um eines jener papierenen Placebos, wie sie hochbezahlte Diplomaten, Beamte und „Experten“ der Uno und anderer übernationaler Organisationen am laufenden Band produzieren. Paradebeispiel ist die Unesco, die – nach entsprechender „Lobby-Arbeit“ von Tourismus-Managern und Regierungen – die Adelsprädikate „Weltkulturerbe“ und „Weltnaturerbe“ vergibt. Welche im Ernstfall wertlos sind, wie die Zerstörung der Buddha-Statuen in Afghanistan gezeigt hat. Man denke auch an diverse internationale Tribunale, die mit Riesenaufwand dann meist nur ein paar kleine Fische als Kriegsverbrecher aburteilen. Man denke aber ebenso an den Wildwuchs der „NGOs“, der Nichtregierungsorganisationen, die von niemandem legitimiert sind, aber sich immer mehr Autorität anmaßen, und die meist direkt oder indirekt von Steuergeldern profitieren, aber keinem verantwortlich sind.

Gemeinsam ist diesen und allen ähnlichen Zeiterscheinungen, dass hier eine internationalistische Nomenklatura zur Selbstrechtfertigung und Selbstvermehrung ständig neue Vorschriften ausheckt und die staatlichen Strukturen mehr und mehr aushöhlt. Das von Lenin prophezeite „Absterben des Staates“ wird Wirklichkeit – wenngleich etwas anders, als er es sich vorstellte. *R. G. Kerschhofer*

Freispruch für Ehrenburg?

Von HARALD FOURIER

In der kommenden Woche ist der 49. Jahrestag des Mauerbaus. An diesem Tag wird an der Grenze zwischen Treptow und Neukölln eine Straße nach Chris Gueffroy umbenannt. Der Berliner gilt als das letzte Maueropfer. Er wurde in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar 1989 beim „illegalen Grenzübertritt“ erschossen. Chris Gueffroy wurde nur 20 Jahre alt.

Über 20 Jahre hat es nun gedauert, bis der arme Junge endlich eine Straße bekommen hat. Straßenumbenennungen im Osten – das ist ein mühsames Geschäft. Nicht nur, dass kaum irgendwo eine Straße nach den Gegnern und Opfern des DDR-Regimes benannt wird – oft sind die Straßen noch immer nach den Tätern und ihren geistigen Wegbereitern benannt. Denken wir nur an die vielen Ernst-Thälmann- oder Rosa-Luxemburg-Straßen und -plätze. Oder gar an die Leninstraßen, von denen es in der Provinz immer noch einige gibt! Noch immer stoßen Besucher der neuen Bundesländer verdutzt auf kommunistische Straßennamen, die partout nicht geändert werden.

Oft sind es ja kleine Nester, in denen ein paar verschlafene Provinzpolitiker es nicht schaffen, ihre „Straße der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ zeitgemäß umzubenennen. Wirklich peinlich aber ist es, wenn in großen Städten, die auf ihre Weltoffenheit Wert legen und vom Tourismus leben, noch immer kommunistische Täter geehrt werden. Zur Zeit tobt in Rostock wieder mal der Streit um die Ilja-Ehrenburg-Straße. Ehrenburg war ein kommunistischer Schriftsteller, der mit seiner Propaganda die russischen Soldaten aufgehetzt und zum brutalen Vorgehen gegen die deutsche Zivilbevölkerung angestachelt hat. Er war so etwas wie Stalins Goebbels. Zitat: „Für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen.“ Ehrenburgs Hetze ermutigte die Sowjetsoldaten zu unbeschreiblichen Grausamkeiten an Unschuldigen.

Teile der CDU in Rostock wollen die nach Ehrenburg benannte Straße umbenennen, aber die SED-Nachfolger und ihre Handlanger wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Bislang sind alle Umbenennungsvorstöße im Sande verlaufen. Wahrscheinlich ergeht es Ehrenburg so wie den Mördern von Chris Gueffroy: Sie wurden im ersten Mauerschützenprozess freigesprochen oder kamen mit Bewährung davon. Einer der zuständigen Politoffiziere hat sogar noch Karriere in der Bundespolizei machen können. Freuen wir uns also über die Chris-Gueffroy-Allee! Die Bezirksversammlung Treptow-Köpenick lädt ein zur Umbenennung der Britzer Allee am 13. August um 11 Uhr, Treffpunkt: Britzer Allee, Ecke Späthstraße.

Baby-Boom am Prenzlberg

Junge Zuzügler aus ganz Deutschland sorgen für starken Anstieg der Geburtenzahlen



Ein Lichtblick, doch noch lange keine Trendwende: Bei jungen, deutschen Neu-Berlinern sind Kinder wieder „in“.

Bild: pa

In Berlin wurden 2009 so viele Kinder geboren wie seit 20 Jahren nicht. Nicht ausländische Zuwanderer, sondern zugezogene Deutsche sind für den Anstieg verantwortlich. Zentrum des Baby-Booms sind die beliebten Altbauviertel im Osten Berlins.

In Berlin erblickten vergangenes Jahr 32 104 Neugeborene das Licht der Welt – so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr. Selbst das bisherige Rekordjahr 2008 wurde übertroffen.

Der Trend betrifft allerdings vor allem beliebte Stadtteile. In weiten Teilen der Stadt sind die Geburtenzahlen nach wie vor gering oder sinken gar weiter ab. So werden Kinder zunehmend Statusobjekte: An den Neugeborenen lässt sich ablesen, wo das soziale Klima noch auf Kinder ausgerichtet ist. Berlins Szene- und Trend-Stadtteil Friedrichshain-Kreuzberg erzielte mit 11,9 Geburten je 1000 Einwohner die höchste Zuwachsrate. Junge Leute ziehen in diesen Bezirk, gerade „Prenzlberg“ ist populär. In Steglitz-Zehlendorf liegt die Rate dafür gerade einmal bei 7,1 Geburten, in Reinickendorf bei 7,7. Der alte bürgerliche Westen Berlins droht demnach zu vergreisen, junges Leben konzentriert sich zunehmend in den Trendvierteln und im Osten.

Die Entwicklung ist nicht neu und hat bereits Folgen für die Einwohnerstruktur vieler Bezirke ebenso wie für die Schulsituation. Die Stadt ist nicht mehr überall auf Zuwachs eingerichtet: In Spandau mussten Eltern schon bei der Beurkundung auf dem Standesamt warten, dabei ist der statistische Zuwachs dort nicht einmal besonders groß – 8,2 Geburten je 1000 Einwohner. Berliner Mediziner, die auf den Geburtsstationen großer Krankenhäuser den neuen Trend zum Kind zuerst erleben, sehen als Ursache für den statistischen Baby-Boom den Zuzug junger Menschen im gebärfähigen Alter.

Berlin profitiert demnach von seiner Anziehungskraft. Nicht so sehr die Berliner bekommen Kinder, sondern Zugezogene. Diese kleine Geburten-Sensation bahnt sich seit 2007 an. In jenem Jahr stieg erstmals seit langem die statistische Gesamtzahl aller jährlichen Berliner Geburten über die der Todesfälle. Zuletzt traf das laut Bevölkerungsexperten in den 80er Jahren zu – damals aber nur auf den Osten. Auch in Pankow und Weißensee gibt es seit gut drei Jahren mehr Neugeborene, der Osten sorgt also für Belebung.

> Neubaugebiete und der »alte Westen« sind abgeschlagen

Die Daten zeigen auch, dass die neue Baby-Zunahme nicht auf Zuwandererfamilien aus dem Ausland zurückzuführen ist. Zwar bekommen ausländische Frauen im Durchschnitt mehr Kinder als deutsche, aber die Zunahme ist bei den deutschen Frauen zu verzeichnen. Es sind die jungen Aufsteiger, die öffentlich das Bild vom neuen Baby-Boom beherrschen: Aus Politik, Film- und Fernsehen, aus dem hauptstädtischen Gewinnerzirkel, dem gehobenen Beamten- und Verwaltungsmilieu kommt der neue Nachwuchs. Die Neu-Berliner bevorzugen die gewachsenen, alten und weitgehend nur im Osten so erhalten gebliebenen Wohnbereiche im Zentrum und werten sie auf. Somit sagt der Zuwachs nicht nur etwas über die Sozialstruktur der Eltern aus: Gut leben lässt es sich vor allem in den sanierten Altbauten gewachsener Bezirke. In den Vierteln der architektonischen Moderne sieht junges Leben immer seltener einen geeigneten Ort für Kinder.

Dass es sich bei den Trend-Babys zunehmend um Wunschkinder in mehrfacher Hinsicht handelt, zeigt auch das Geschlechterverhältnis: Die Zahl neugeborener Mädchen kommt der der Jungs näher (15 710 zu 16 394). Der medizinische Fortschritt verhilft Kinderwilligen immer öfter zum Glück. Mit selbstorganisierten Spielplätzen und Einrichtungen für Kinder können diese Eltern ihr Viertel aufwerten. Berlin fehlen dafür oft die Mittel.

Der Geburten-Tiefpunkt von 1994 scheint damit in Teilen überwunden. Damals kamen in Berlin nur 28 503 Kinder zur Welt. Ob die Entwicklung sich verstetigt, hängt vor allem von der wirtschaftlichen Situation und der damit verbundenen Anziehungskraft der Metropolregion ab. Der Geburtenanstieg ist somit noch lange kein Grund zur Beruhigung.

Der starke allgemeine Abwärtstrend seit Anfang der 70er Jahre ist durch die jüngste Geburtensteigerung nicht einmal lokal aufgehoben, in Deutschland insgesamt gehen die Geburtenzahlen, von ohnehin sehr schwachem Niveau, weiter zurück. Das Institut für angewandte Demographie warnte bereits vergangenes Jahr vor dem Berliner Jubel: Die Zahl der Geburten liege noch immer ein Drittel unter dem Niveau, das für eine stabile Bevölkerung nötig sei. Zum langen Zeit düsteren Gesamtbild trug auch Berlins Ruf als Abtreibungshauptstadt bei. 344 Schwangerschaftsabbrüche gab es 2006 je 1000 Geburten. Die Gesamtzahl der Abtreibungen sinkt seither, doch Berlin behauptet mit insgesamt 9402 Abtreibungen (2009) immer noch einen Spitzenplatz. Die Mehrheit der Frauen, die abtreiben, ist ledig und unter 30 Jahre. Auch hier zeigt sich: Auf Kinder lässt sich ein, wer sie sich leisten kann. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Mario Czaja, sagt zu den Abtreibungszahlen: „Viele junge Mütter haben große Zukunftsängste, glauben nicht, dass sie Familie und Beruf vereinbaren können.“ Erfreulich, dass diese Ängste wenigstens in einigen Gegenden Berlins etwas geringer geworden sind. *Sverre Gutschmidt*

»Ju 88« kehrt zurück

Technikmuseum: Luftveteran neuer Magnet

Das Berliner Museum für Verkehr und Technik zeigt seit dem 20. Juli den Rumpf einer „Ju 88“. Innerhalb von zwei Jahren soll das ganze Flugzeug mit Tragflächen, Fahrwerk und Motoren wieder komplett sein. Rund 15 000 Exemplare wurden während des Zweiten Weltkriegs von dem „Schnellst- und Wunderbomber“ gebaut, doch nur zwei Maschinen können in Museen besichtigt werden.

Eine Junkers Ju 88 steht in den USA (Dayton / Ohio), die andere in London. Viele Kriegsteilnehmer, die in der Luftwaffe dienten, kennen diesen Typ oder sind ihn sogar selbst geflogen, mit fortlaufender Kriegsdauer war das Flugzeug auch als Aufklärer, Zerstörer und Nachtjäger genutzt worden.

Während die beiden Luftveteranen in London und den USA eine „normale“ Ausführung der Bauserie „C/D“ sind, ist das jetzt in Berlin gezeigte Flugzeug ein „Hochtechnologie“-Nachtjäger der Bauserie „G“, die erst in der zweiten Kriegshälfte baureif wurde.

> Von 15 000 blieben nur drei übrig

Die Berliner Ju 88 stürzte im Dezember 1944 in Folge von Flakbeschuss in den ungarischen Plattensee (bei Balatonföldvar) und wurde dort 1996 entdeckt. Beim Wiederaufbau des Torsos half das norwegische Luftfahrtmuseum in Bodø. Es verfügt über zahlreiche Trümmerreste von Junkers Ju 88, besitzt aber keine komplette Zelle. Damit wird in Berlin das einzige Exemplar des einstmals meistgebauten deutschen Bombers auf dem europäischen Festland ausgestellt. Für Flugbegeisterte und historisch Interessierte wird dieses Exponat ein zusätzlicher Anziehungspunkt in der Touristen- und Reisestadt Berlin werden. *Hans Lody*

Polizeiarbeit erschwert

Gericht: Beamte dürfen friedliche Demos nicht mehr filmen

Innensenator Ehrhart Körting (SPD) muss hinnehmen, dass das Verwaltungsgericht Berlin die Arbeit der Polizei erheblich einschränkt. Laut dem Urteil vom 27. Juli dürfen Polizisten friedliche Demonstrationen nicht mehr filmen. Begründung: „Wer damit rechnet, dass etwa die Teilnahme an einer Versammlung ... behördlich registriert wird, und ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte verzichten.“ Das Gericht sieht eine „einschüchternde Wirkung“ ausgehen von „ständig vorausfahrenden Übertragungswagen“. Kritiker des Urteils weisen darauf hin, wie oft meist linke Demonstrationen, die anfangs friedlich blieben, später doch für gewalttätige Auseinandersetzungen genutzt worden seien.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, und die Beteiligten gehen davon aus, dass der unterlegene Senator in Berufung geht. Zudem erklärte Körting, dass er eine Gesetzesnovelle in Erwägung ziehe, welche die bisherige Polizeipraxis weiter möglich machen solle.

Die SPD-Fraktion stellte sich hinter den Innensenator: „Es ist in der Fraktion unstrittig, dass wir dieses Mittel brauchen, damit die Einsatzleitung die Versammlung gut koordinieren kann“, meinte Thomas Kleineidam, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Auch Peter Trapp, Vorsitzender des Innenausschusses, der den Christdemokraten angehört, stützt Körting. FDP („Eine Dauerüberwachung von friedlichen Demonstranten werden wir nicht mittragen“) und Grüne („Videoüberwachung in Berlin insgesamt auf den Prüfstand stellen“) hingegen, vor Wochen noch in Fragen des Demonstrationsrechtes von Rechtsradikalen heillos zerstritten, begrüßten das Urteil des Verwaltungsgerichtes.

> Übergang zur Gewalt-Szene ist fließend

Das Urteil hat die Linkspartei in eine wenig beneidenswerte Lage gebracht. Einerseits will sie sich einen Krach mit der SPD nicht leisten, anderseits sind die Übergänge zwischen links, linksextrem und gewaltbereiter „antifaschistischer“ Szene fließend. Linke-Politikerin Evrim Baba beispielsweise hat Demonstrationen angemeldet, aus denen heraus es immer wieder zu Gewaltausbrüchen kam. In beklemmender Offenheit bekennt denn auch die obsiegende Anwältin Ulrike Donat die eigentlichen Differenzen. Ein automatischer Bildabgleich mit den Aufnahmen aus der friedlichen Phase einer Demo habe bisher dazu beigetragen, Personen später besser aufspüren zu können. Das ist nun nicht mehr möglich. *Theo Maass*

Kongress der Euro-Kritiker

Die prominenten Euro-Kritiker Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider und Max Otte wollen am 25. September in Berlin gemeinsam ein Zeichen ihrer Gegnerschaft zur europäischen Einheitswährung setzen. Auf einem von dem linken Publizisten Jürgen Elsässer veranstalteten Kongress treten die drei Professoren zusammen mit dem britischen Europa-Abgeordneten Nigel Farage in der Hauptstadt auf. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, der als einziger in seiner Fraktion das Griechenland-Hilfspaket ablehnte, hat seine Zusage unterdessen widerrufen. Insider vermuten dahinter Druck aus seiner Partei. Veranstalter Elsässer, einst bekennender „Antideutscher“, ist heute Vertreter eines linken Nationalstaats und gilt als schillernde Person der radikalen Linken. Zuletzt rief er zu einer „Volksinitiative gegen das Finanzkapital“ auf, ‚die von „Lafontaine bis Gauweiler“ reichen solle. *H.L./H.H.*

Zeitzeugen



Zbigniew Brzezinski – Der polnisch-amerikanische Geostratege gilt zusammen mit Henry Kissinger als einflussreichste „graue Eminenz“ der US-Politik. In seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ von 1998 erklärt er offen, dass die 1944 gegründeten Institutionen IWF und Weltbank unverändert dazu dienten, die Interessen der USA zu vertreten.

Joseph Stiglitz – Der Nobelpreisträger für Wirtschaft wurde 1997 Chefökonom der Weltbank, die er im Jahre 2000 wegen Meinungsverschiedenheiten über ihren Kurs wieder verließ. Der 67-Jährige ist ein dezidierter Kritiker von IWF, Weltbank und der Wirtschaftspolitik der USA, insbesondere unter Präsident Bush jr. Stiglitz plädiert für eine Stimmrechtsreform von IWF und Weltbank zugunsten ärmerer Länder.



Horst Köhler – Vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Jahre 2004 war der Ökonom vier Jahre lang geschäftsführender Direktor des IWF. Trotz dieser Funktionsbezeichnung handelt es sich um ein eher repräsentatives Amt, die tatsächliche Geschäftsführung liegt beim Stellvertreter. In seinen vier Jahren beim IWF wuchs die Distanz Köhlers zu den USA und ihrer Politik. Als Bundespräsident besuchte er laut Presseberichten zwölfmal Afrika, aber kein einziges Mal die Vereinigten Staaten.

Dominique Strauss-Kahn – Der frühere französische Finanz- und Wirtschaftsminister ist seit Herbst 2007 „geschäftsführender“ Direktor des IWF und damit Nach-Nachfolger Horst Köhlers in dieser Position. Die von Strauss-Kahn früh ins Gespräch gebrachte Stimmrechtsreform wurde bislang nicht umgesetzt, nachdem die Weltfinanzkrise den Reformdruck auf den IWF verringert hat.



Reiner Brüderle – Mit warmen Worten hat der deutsche Bundeswirtschaftsminister und FDP-Politiker die Einbeziehung des IWF in die Griechenlandhilfe der EU gelobt. Den Währungsfonds komme hier eine „Schlüsselrolle“ zu, so der 65-jährige Pfälzer. Das mag durchaus stimmen, weil der IWF harte Reformauflagen besser durchsetzen kann als die EU. Die Kehrseite: Nach solcher Hilfe kann Berlin den IWF kaum mehr zu inneren Reformen mahnen.

Vor allem Instrument der USA

IWF als Retter in der Not? Eine kritische Analyse

Ob Euro-Rettung oder Griechenlandhilfe, in beiden Fällen ist der Internationale Währungsfonds (IWF) involviert. Doch der IWF ist keineswegs der unparteiische Retter, als der er gesehen wird.

Noch immer liegen die Rettungspakete für Griechenland und den Euro den Deutschen schwer auf dem Magen. Die Grünen haben jetzt gefordert, dass man dem Parlament auch den Vertrag für die eigens für die Euro-Rettung gegründete Zweckgesellschaft „European Financial Stability Facility“ vorlegt, damit es darüber abstimmen kann. Zwar ist davon auszugehen, dass die Motive der Grünen andere sind als die vieler um eine geringe Staatsverschuldung bedachten Bürger. Doch auch viele Bürger wüssten gern, wie diese Zweckgesellschaft genau funktionieren soll. Immerhin, so denken viele erleichtert, ist der Internationale Währungsfonds (IWF) mit an beiden Rettungspaketen beteiligt, so dass man hoffen kann, dass wenigstens von einer Seite geprüft wird, ob die am Hilfstropf hängenden Länder sich bemühen, ihre Finanzen wieder in den Griff zu bekommen.

Doch der IWF ist leider keineswegs der nette unparteiische Onkel, der dem krisengeschüttelten Europa aus der Notsituation hilft. Zwar sind es vor allem antiamerikanische, globalisierungskritische Nichtregierungsorganisationen, die offen gegen den IWF wettern, doch ganz aus der Luft gegriffen sind ihre Argumente nicht. „Als Teil dieses amerikanischen Systems muss außerdem das weltweite Netz der Sonderorganisationen, allen voran die internationalen Finanzinstitutionen, betrachtet werden. Offiziell vertreten der IWF und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweit Verantwortung. Tatsächlich werden sie jedoch von den USA dominiert, die sie mit der Konferenz von Bretton Woods im Jahre 1944 aus der Taufe gehoben haben“, schrieb selbst der US-Geostratege Zbigniew Brzezinski 1999 in seinem Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“.

> Strukturanpassung der Nehmer dient vor allem Washington

Und auch Joseph Stiglitz, einst Chefökonom der Weltbank und Nobelpreisträger, warf 2002 in seinem Buch „Die Schatten der Globalisierung“ dem IWF vor, mit seinen Auflagen immer wieder die Ungerechtigkeit im weltweiten Armutsgefälle forciert zu haben. Tritt der IWF nach außen immer wieder als Retter in letzter Minute auf, der einen strauchelnden Staat vor der Insolvenz schützt, so beschuldigt Stiglitz den Währungsfonds ganz offen, vor allem US-Interessen zu verfolgen. So wurde ein Großteil des Milliardenkredites für Indonesien im Jahre 1997 zur Bezahlung privater Kredite aus den Industrieländern verwandt. Gleichzeitig musste die indonesische Regierung aber im Rahmen des an die Hilfe geknüpften Sparprogramms, den sogenannten Strukturanpassungsprogrammen, Subventionen auf Nahrungsmittel kürzen. Diese Maßnahme traf vor allem die Ärmsten der Armen im Land. Auch die Kürzung von Sozialleistungen und die Privatisierung von Staatseigentum gehört zu den Standardforderungen des IWF. Bei den geforderten Privatisierungen fällt immer wieder auf, dass US-Firmen oder US-Investoren als Käufer auftreten.

Auch wird dem IWF immer wieder politische Einflussnahme nachgesagt. So wurden im Kalten Krieg Gegner der Sowjetunion relativ freizügig mit Hilfe vom IWF versehen. Auch erhielt die Türkei 2001 nach ihrer Unterstützung des US-amerikanischen Anti-Terror-Krieges überraschend einen Milliardenkredit, während man Argentinien die bereits zugesagten Gelder verweigerte. Auch andere Länder, die sich nach dem 11. September 2001 auf die Seite der USA stellten, wurden oft auffällig schnell und großzügig vom IWF unterstützt. *Rebecca Bellano*



Wütende Asiaten: Vor allem hier durchschaute man 1997 schnell die Folgen der IWF-Hilfen. Ein Südkoreaner, der in Anspielung auf den englischen Namen des IWF (International Monetary Fund) „I'm fired“ (Ich bin gefeuert) unkt. Bild: pa

Das letzte Wort haben immer die Amerikaner

Noch während des Zweiten Weltkrieges nahm die Idee zur Schaffung eines Internationalen Währungsfonds (IWF) konkrete Formen an. Bereits im Juli 1944 wurde er als Sonderorganisation der Vereinten Nationen gegründet und nahm 1947, den Beschlüssen der Konferenz von Bretton Woods folgend, seine Tätigkeit auf. Ziel war der Wiederaufbau des Weltwirtschaftssystems. Sitz des IWF und seiner Schwesterorganisation, der Weltbank, ist Washington. Auch ist Washington der Hauptgeldgeber.

Die Stimmrechte der 187 Mitgliedsländer richten sich nach der Höhe ihres finanziellen Engagements. So sind die USA derzeit mit 16,74 Prozent beteiligt, Japan mit 6,01 Prozent, Deutschland mit 5,87 Prozent, Frankreich und Großbritannien mit jeweils 4,85 Prozent und China mit 3,65 Prozent. Da die Beschlüsse des IWF mit einer Mehrheit von 85 Prozent getroffen werden müssen, verfügen nur die USA allein über eine Sperrminorität.

> Nur USA besitzen Sperrminorität

Auch gibt es eine Art ungeschriebenes Gesetz: Der Direktor des IWF ist immer ein Europäer und der der Weltbank ein Amerikaner. Was auf den ersten Blick ein faires, wenn auch nicht sonderlich demokratisches Geschäft zu sein scheint, ist auf den zweiten Blick mit Vorsicht zu genießen. Denn wirklich Einfluss hat beim IWF nur der erste *stellvertretende* Direktor, wie Horst Köhler während seiner Zeit als IWF-Direktor leidvoll erfahren musste, und der ist immer ein US-Amerikaner.

Übrigens war es lange so, dass jedes IWF-Mitglied bei Zahlungsbilanzproblemen Hilfe des Währungsfonds in Anspruch nehmen durfte. Doch als die Nachfrage in den 50er Jahren überhand nahm, wehrten sich die USA gegen die bedingungslose Kreditvergabe und legten ihr Veto ein. *Bel*

Die Krise als Geschenk

IWF litt unter Machtverlust, doch nun kann er wieder mitreden

Ob Asienkrise 1997 oder Argentinienkrise 2002: In beiden Fällen hat sich der IWF keine Freunde gemacht. Thailand, Südkorea und Indonesien, aber auch Argentinien werden wohl nie wieder freiwillig Geld vom Währungsfonds annehmen, da die damit verbundenen Strukturanpassungsprogramme soziale Unruhen mit sich brachten, eine Konjunkturerholung im Keim erstickten und Investoren abschreckten. „Wir brauchen keine IWF-Beamten, die uns alle zwei Minuten erzählen, welchen Kurs wir einschlagen sollen, und dies aus 10000 Kilometer Entfernung tun, ohne die Situation gut zu kennen“, protestierte 2002 der stellvertretende argentinische Wirtschaftsminister Jorge Todesca.

Selbst in den USA erkannte man schon während der Asienkrise, dass der IWF, der zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 90 Entwicklungs- und Schwellenländern Kredite mit angeschlossenen „Strukturanpassungsprogrammen“ verordnet hatte, von speziellen Interessen geleitet war. So wurde kritisiert, dass der IWF auf Kosten der US-Steuerzahler vor allem Banken und Anleihegläubiger vor weitreichenden Verlusten im Falle einer Staatsinsolvenz bewahrt hatte.

Auch bei der Euro-Rettung und Griechenlandhilfe sorgt man sich um die Gelder der US-Steuerzahler. „Wir dürfen nicht zulassen, verantwortungslose Länder zu retten, ehe unser eigenes Haus in Ordnung ist“, klagte der republikanische Senator Jim DeMint im Mai.

> Es wurde überlegt, IWF zur Denkfabrik zu schrumpfen

Da einige Länder wie Südkorea und Singapur bereits erklärt haben, nie wieder Geld vom IWF anzunehmen (schon allein, weil die Annahme mit einem Stigma verbunden sei), erlitt der Währungsfonds in den letzten zehn Jahren einen Machtverlust. Die asiatischen Schwellenländer haben einander in solchen Fällen inzwischen Hilfen zugesagt, und auch die südamerikanischen Schwellenländer setzten auf Nachbarschaftshilfe, so dass es lange so aussah, als ob der IWF nur noch Einfluss auf Entwicklungsländer nehmen könnte. Industrieländer nahmen zuletzt in den 70er Jahren die Hilfe des IWF in Anspruch. Es wurde schon überlegt, den IWF auf eine Art Denkfabrik zu verkleinern, die frühzeitig Ungleichgewichte in staatlichen Haushalten, Handelsströmen oder Währungsverhältnissen anprangert.

Doch dann kam die Weltfinanzkrise und plötzlich war der IWF wieder gefragt. Osteuropa, Griechenland und jetzt sogar der ganze Euro-Raum hängen nun von seiner Gnade ab. Dies birgt Gefahren, denn Europa war und ist stets Konkurrent der USA, die nun über die Strukturanpassungsprogramme direkt in Europa mitregieren können.

Allerdings steht seit 2006 Dominique Strauss-Kahn dem IWF vor. Der Sozialist und ehemalige französische Finanzminister hat zwar als Direktor keinen maßgeblichen Einfluss, aber er versucht schon seit Amtsantritt, die Strukturanpassungsprogramme aufzuweichen. Mit der Einführung der „Flexiblen Credit Line“ konnte er bereits einen kleinen Erfolg erzielen. Und da die Kritik am IWF immer lauter wird, könnte die Zahl seiner Unterstützer steigen. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2731**

Immer mehr für immer weniger?

Es gibt nicht nur mehr Rentner, auch hat sich ihre Lebensarbeitszeit inzwischen drastisch reduziert

Um die erst 2009 beschlossene Rentengarantie ist eine politische Diskussion entbrannt. Ein Blick auf die Entwicklung der Rente hilft, die gegenwärtige Debatte mit mehr Sachlichkeit zu betrachten.

Als Otto von Bismarck 1889 die allgemeine Rentenversicherung durchsetzte, da betrug die durchschnittliche Lebenserwartung vor allem wegen der hohen Kindersterblichkeit in Europa 37 Jahre. Ein Mädchen, das heute in Deutschland geboren wird, hat eine statistische Lebenserwartung von 82,4 Jahren, ein Junge hat, ebenfalls statistisch gesehen, 77,2 Jahre vor sich. In 20 Jahren wird mehr als ein Drittel der Menschen in Deutschland älter als 60 Jahre alt sein, vor 50 Jahren waren sie noch eine Minderheit von 14,6 Prozent. Diese Zahlen der demographischen Entwicklung verdeutlichen die dramatische Entwicklung der Rentenfinanzierung. Und sie gehören zur erneut aufgeflammten Diskussion um die Schutzklausel gegen sinkende Renten.

Die Finanzierung eines sorglosen, arbeitsfreien Lebensabends wird immer schwieriger. Denn einerseits wird die Phase des ersten Lebensabschnitts, der von Schule und Ausbildung bestimmt ist, zunehmend länger. In dieser Phase wird noch kein (oder sehr wenig) Geld verdient, also auch kein sozialer Beitrag geleistet. Und andererseits werden die Menschen zunehmend älter und genießen damit länger den Ertrag ihrer Arbeit.

Das mit dem Ertrag stimmt allerdings seit der großen Rentenreform von 1957 nicht mehr. Diese erste grundlegende Veränderung seit Bismarck war mehr als ein Modellwechsel. Sie war der Wechsel in ein anderes, bis heute gültiges System. Bis 1957 war die Rente wie ein Versicherungsvertrag behandelt worden, die Reform 1957 machte daraus den Generationsvertrag. Seither wird nicht mehr das Angesparte durch die staatliche Rentenkasse treuhändisch verwaltet und ausgezahlt, sondern die Rente aus dem fortlaufenden Ertrag der Volkswirtschaft finanziert: Wer arbeitet, versorgt die Rentner mit. Gegenwärtig sorgen noch zehn Arbeitnehmer für vier Rentner. Weil aber immer weniger Kinder geboren werden, die Menschen früher in den Ruhestand gehen und zugleich immer älter werden, wird sich dieses Verhältnis nicht halten lassen. Bliebe es bei dem tatsächlichen Eintrittsalter in die Rente von 60 Jahren, müssten in 50 Jahren zehn Arbeitnehmer für acht Rentner aufkommen, warnt eine Studie der EU. Weil das aber schlechterdings nicht möglich sein wird, fordert die Studie ab 2040 ein Renteneintrittsalter von 67 Jahren, ansteigend bis 2060 auf 70 Jahre. Wer heute zur Schule geht, wird also fünf Jahre länger arbeiten müssen als seine Eltern. Trotzdem dürfte die Arbeitszeit deutlich geringer sein als zu der Zeit, als die Rente eingeführt würde. Um 1880 malochte ein Industriearbeiter in Deutschland 3200 Stunden im Jahr, das war glatt das Doppelte der gegenwärtigen Arbeitszeit. Und während um 1900 der arbeitende Mensch ein Drittel seines Lebens am Arbeitsplatz verbrachte, sank der Anteil der Arbeit an der Lebenszeit bis heute auf ein Achtel. Doch nun geht es auf dieser Linie – immer mehr für

> Früher musste man für weniger Rente viel mehr arbeiten

immer weniger – nicht mehr weiter. Die Gegebenheiten kehren sich um: Es muss mehr geleistet werden für weniger Ertrag.

Bis zur Rentenreform 1957 konnte ein Arbeiter gerade 28 Prozent, ein Angestellter 22 Prozent seines durchschnittlichen Lohnes als Rente beziehen. Nach 1957 wurden die Rentner jünger und sorgloser. Fit und voller Tatendrang durchsegeln manche (und keineswegs die Mehrheit) den dritten Lebensabschnitt, genügend Kleingeld in der Tasche, mochten auch die Renten-Buchhalter in Abständen die Stirn sorgenvoll in Falten legen.

Doch jetzt werden die Sorgenfalten tiefer, das Ende der fetten Jahre ist eingeläutet. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) macht Deutschland sogar jetzt schon gar als Schlusslicht der europäischen Staaten bei der Höhe der Rentenzahlungen aus, prozentual gemessen am letzten Bruttoeinkommen. Das mag zwar in Deutschland höher zu veranschlagen sein als bei vielen Nachbarn, dennoch geht der Paritätische Wohlfahrtsverband davon aus, dass im Jahr 2030 zehn Prozent der Rentner von Altersarmut betroffen sein werden.

Mit dem Einkommen der Rentenkassen wird auf Dauer kein Auskommen sein, auch wenn der Beitragssatz von jetzt 19,9 Prozent auf 21 Prozent angehoben wird, wie es Fachleute bereits fordern. Ob aber eine Aufhebung der gesetzlichen Garantie, nach der die Renten niemals sinken werden, einen Weg aus dem Dilemma weist, ist zweifelhaft. Im April 2009 gerade erst durch den damaligen Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) durchgeboxt, wird sie im Sommer 2010 bereits wieder infrage gestellt, zuerst durch Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP). Er möchte diese Garantie aufheben, ohne die die Ruheständler bereits in diesem Jahr eine Minderung ihrer Rente von einem Prozent hätten hinnehmen müssen.

Doch die Freude der Rentner darüber, diesmal dank Scholz und Garantie ungeschoren davongekommen zu sein, wäre kurzsichtig. Wie alles im Leben hat auch solch eine Garantie ihren Preis: Was jetzt zugestanden wird, das wird durch sogenannte Nullrunden wieder eingefordert. Davon haben die Rentner bereits einige hinter sich und garantiert noch etliche vor sich – wenn in der Arbeitswelt wieder besser verdient wird. Auch hat Scholz mit seinem Handeln gezeigt, dass die Rente – wenn auch hier im positiven Sinne – nicht vor spontanen Eingriffen der Politik sicher ist.

Rentenpolitik ist immer auch Klientenpolitik. Und je größer die Zahl der Rentner wird, desto mehr werden sich Politiker scheuen, Veränderungen zu Lasten der Rentner zu beschließen. Doch Veränderungen müssen nicht zwangsläufig zu Lasten einer bestimmten Gruppe gehen. Rund um Deutschland gibt es eine Reihe erfolgreicher Rentenmodelle. Von denen zu lernen setzte allerdings wirkliche Reformen voraus. Die Zeit dazu wird zunehmend drängender. 1936 lebten in Deutschland vier Hundertjährige. Heute sind es 15 000. *Klaus Groth*



Rentner ist nicht gleich Rentner: Vom sportlichen Jung-Rentnerpaar mit hohen Bezügen bis zur kränkelnden Witwe über 80 Jahre liegen Welten. Bilder: mauritius, pa

MELDUNGEN

Garmisch 2018 könnte platzen

München – Die deutsche Bewerbung um die Olympischen Winterspiele des Jahres 2018 droht zu platzen. München, Garmisch-Partenkirchen und Schönau am Königssee sollen die Austragungsorte sein. Doch in Garmisch-Partenkirchen weigern sich 78 Grundeigentümer beharrlich, ihr Land auch nur zeitweise für die Spiele zu Verfügung zu stellen. In weniger als einem Jahr wird das Internationale Olypische Komitee (IOC) über die Vergabe der Spiele entscheiden. Zuletzt hatte sich Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) persönlich eingeschaltet und den Eigentümern Staatsgarantien mit Gesetzeskraft versprochen. Bislang ohne Erfolg: Eine Eigentümerin sagte der „Süddeutschen Zeitung", Seehofer könne „bei jedem persönlich klingeln, auch das würde nichts nützen" *(siehe Seite 8)*. *H.H.*

Viele Männer »von der Rolle«

Bad Blankenburg – In immer mehr kirchlichen Gemeinden haben Frauen das Sagen. Das beobachtet der Leiter des evangelischen Fachverbands für Sexualethik und Seelsorge „Weißes Kreuz", Rolf Trauernicht. Eine Umfrage der beiden großen Kirchen habe ergeben, dass 27 Prozent der Männer die traditionelle Rolle als Verdiener und Ernährer behalten möchten. 19 Prozent verstehen sich als moderne Männer mit Vätermonaten zur Kinderbetreuung und erwerbstätiger Ehefrau. 24 Prozent „balancierten" zwischen dem traditionellen und dem neuen Rollenbild. Der größte Teil – die verbliebenen 30 Prozent der Männer – nannte sich „suchend". Ein Hauptgrund für die zunehmende Rollenunsicherheit von Männern sei die Gender-Mainstreaming-Politik, die die natürlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau aufheben wolle. *idea*

Mülltrennung vor Sicherheit

Bundeswehrsoldaten kritisieren Prioritätensetzung im Verteidigungsministerium

Ungewohnt sensibel reagierte der ansonsten wegen seiner realistischen Einschätzungen und offenen Worte bei der Truppe so beliebte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg auf die Kritik an den Ausrüstungsmängeln bei der Bundeswehr. Wenige Tage später allerdings war er wieder ganz der Alte. Bei einem Truppenbesuch in Burg in Sachsen-Anhalt dankte er für die „klaren Worte und Hinweise", auf die er wegen der „manchmal zu langen Wege" in seinem Ministerium angewiesen sei. Die Soldaten beklagen, dass bürokratische Hindernisse ihre Sicherheit gefährden würden. Beispielsweise würden dringend benötigte Fahrzeuge nicht eingeführt, weil sie nicht den deutschen Zulassungsnormen entsprächen. Sie hätten aber lieber etwas weniger Stehhöhe in ihrem Fahrzeug und dafür mehr Schutz vor Minen und Sprengkörpern. Dem Logistikregiment in Burg, das für die Instandsetzung von Einsatzfahrzeugen, Nachschub und Materialtransporte zuständig ist, fehlen Lkw, Kranwagen, Tankfahrzeuge und Containerstapler. Seine Soldaten, die demnächst nach Afghanistan gehen, bemängeln, dass sie erst im Einsatzland an dort verwendeten Waffen und Gerät ausgebildet würden. Durch den hohen Material- und Munitionsverbrauch im Einsatz fehle es in der Heimat an Ausbildungsmitteln. Freimütig räumt der Minister dazu ein: „Wir sind unterfinanziert und nicht entsprechend ausgerüstet. Wir müssen besser werden." Leere Kassen lassen die Soldaten aber ebenso wenig als Argument für Ausrüstungsmängel gelten wie die nicht einsatztauglichen Vorschriften. Schließlich geht es um ihre Gesundheit und ihr Leben.

Doch das Ministerium macht ihnen wenig Hoffnung: „Die Zulassungsnormen sind verbindlich. Eine bundeswehrspezifische Norm unterhalb dieser Vorschriften wird es nicht geben." Im Klartext heißt das, Bürokratie hat weiter Vorrang vor Sicherheit. Kein Verständnis haben die Soldaten auch dafür, dass nach Jahren im Einsatz noch immer bei den Unterkünften und der Verpflegung improvisiert wird.

Guttenberg hat noch an einer zweiten Front zu kämpfen. Er soll die Bundeswehr verkleinern, um Geld zu sparen. Bereits beschlossen ist die Verringerung der Personalstärke um 40 000 Mann bei einer nur noch sechsmonatigen Grundwehrdienstzeit. Eine weitere Option ist die Schaffung einer Freiwilligenarmee von nur noch 150 000 Mann. Diese Lösung erscheint derzeit jedoch wenig wahrscheinlich, denn selbst in der Union verliert Guttenberg zunehmend den Rückhalt für eine Abschaffung der Wehrpflicht. Für die Soldaten ist vor allem wichtig, dass sie bald Planungssicherheit haben und der Umbau der Truppe „sozialverträglich" erfolgt. Den Soldaten in Burg versprach der Minister eine „zukunfts- und verfassungsfeste Wehrreform". Dafür sei nicht die Kassenlage, sondern allein die „sicherheits- und verteidigungspolitische Realität" entscheidend.

Derweil gelten für die Truppe in Afghanistan auch im Einsatz weiter die deutschen Friedensvorschriften. Die Soldaten beklagen, dass „eine saubere Mülltrennung noch immer wichtiger als Sicherheit" sei. Solange die Wehrbürokraten nicht in der Einsatzwirklichkeit angekommen sind, müssen die Verteidiger am Hindukusch wohl weiter um ihr Leben bangen. *Jan Heitmann*



Wurde mit Kritik konfrontiert: Zu Guttenberg in Burg Bild: ddp

MELDUNGEN

USA und Iran drohen einander

Washington/Teheran – Nach Monaten der ruhigen Töne tauschen die USA und der Iran wieder offene Drohungen aus. Die US-Streitkräfte hätten einen Angriffsplan gegen den Iran in der Schublade, erklärte US-Generalstabschef Admiral Mike Mullen sinngemäß in einer Fernsehtalkshow. Er halte eine Invasion im Iran zwar „eher für eine schlechte Idee“, ein Militärschlag bleibe aber eine Option, sollte Teheran Atomwafffen entwickeln. Der Iran warnte umgehend die USA „vor dem kleinsten Fehler“ in der strategisch wichtigen Region am Persischen Golf. Das Land werde „entschlossen seine territoriale Integrität und Interessen verteidigen“. *PAZ*

Sarkozy: »Krieg« gegen Kriminelle

Paris – Nach dreitägigen Ausschreitungen in Grenoble und der Attacke von 50 Vermummten auf eine Polizeistation in einer französischen Kleinstadt Mitte/Ende Juli hat Staatspräsident Nicolas Sarkozy ein rigoroses Durchgreifen angekündigt. Bis zu 30 Jahre Haft für Polizistenmörder, der verstärkte Einsatz der elektronischen Fußfessel und die rasche Abschiebung straffälliger Roma in ihre Heimatländer sind nur einige Maßnahmen des von Sarkozy erklärten „nationalen Krieges“ gegen Kriminelle. In Frankreich geborene Kinder ausländischer Eltern sollten nicht mehr automatisch französische Bürger werden, wenn sie Straftaten begehen. Heftigen Widerspruch erntete Sarkozy mit der völkerrechtlich kaum zulässigen Forderung, Straftätern ausländischer Herkunft die französische Staatsangehörigkeit zu entziehen. „Wir erleiden heute die Folgen von 50 Jahren unzureichend regulierter Zuwanderung, die die Intergration zum Scheitern gebracht haben“, erklärte Sarkozy. *K.B.*

Türkei-Frage drängt zur Entscheidung

Westerwelle bleibt bei alter Linie, London zeiht Berlin der Doppelmoral, Dobrindt will »Klartext«

Bei seinem jüngsten Ankara-Besuch musste Außenminister Westerwelle erleben, dass die Schaukelpolitik gegenüber der Türkei an ihr Ende kommt. Ein klares Ja oder Nein zum EU-Beitritt rückt langsam näher.

Die Frage einer EU-Mitgliedschaft der Türkei drängt mit bislang ungewohnter Dynamik zur Entscheidung. Jahrzehntelang drückten sich europäische Politiker um eine klare Stellungnahme herum. Ihre kritischen Bürger, zumal in Deutschland, beruhigten sie mit dem Hinweis, dass noch lange nichts entschieden sei und alle Aufregung daher gegenstandslos. Die türkische Seite wurde demgegenüber mit dem Versprechen vertröstet, dass sich die Dinge auf einem guten Wege befänden, nur Geduld.

In diesem Tenor versuchte es auch Außenminister Guido Westerwelle wieder bei seinem jüngsten Besuch in Ankara – und scheiterte gleich doppelt. Zwar betonte der Chefdiplomat abermals die „Beitrittsperspektive“ des Landes am Bosporus, was seine türkischen Gastgeber mit höflicher Genugtuung aufnahmen. Gleichzeitig wiederholte Westerwelle jedoch die Diagnose, dass das 75-Millionen-Land derzeit „nicht beitrittsfähig“ sei.

Ein Satz, den die Türken nicht mehr hören können, sie sitzen im Wartezimmer zur EWG/EG/EU seit 1963. Großbritanniens neuer konservativer Premier David Cameron nutzte die Schaukelpolitik Berlins, auf die mittlerweile auch Paris eingeschwenkt ist, zu einer ungewöhnlich deftigen Attacke auf Deutschland und Frankreich.

Bei seinem fast zeitgleich mit der Westerwelle-Visite stattgefundenen Ankara-Besuch zieh der Brite (zur Freude seiner türkischen Gastgeber) Deutsche und Franzosen der „Doppelmoral“. Frankreich betreibe „wirtschaftlichen Protektionismus“ gegen die Türkei, Deutschland sei von „Vorurteilen“ und einer „polarisierenden Denkweise“ blockiert: „Sie (die Deutschen) sehen die Geschichte als Zusammenstoß von Kulturen. Sie denken, die Türkei müsse wählen zwischen Ost und West, beides zu wählen, sei unmöglich. Die Werte des wahren Islam sind (aber) durchaus vereinbar mit den Werten Europas.“

Mit seinen Worten hat Cameron die Haltung eines Großteils der Deutschen tatsächlich recht gut getroffen – nur dass diese Deutschen das Wort „Vorurteil“ vermutlich von sich weisen und auf ihre Erfahrungen vom Zusammenleben mit Millionen Türken hinweisen dürften. In der politischen Klasse der Bundesrepublik gilt es indes weiterhin als unangebracht, solche grundsätzlichen, kulturellen Bedenken offen auszusprechen, oder sie gar zum Ausgangspunkt der eigenen Türkei-EU-Politik zu machen. Lieber verschanzen sich Berliner Politiker hinter einer Kette von

> Isländer jetzt wieder zu 60 Prozent gegen EU-Beitritt

Einzel-Einwänden, deren letztes Glied ihrer Hoffnung zufolge nie erreicht werden möge.

Allerdings hält diese Strategie nur solange, wie sie niemand offen beim Namen nennt. Das jedoch hat David Cameron nun getan. Die türkische Regierung nutzte die Gelegenheit und wies die Ersatzlösung zur Vollmitgliedschaft, die von Berlin ersonnene und von Paris später aufgegriffene „privilegierte Partnerschaft“, als „inakzeptabel“ zurück.

Vor diesem Hintergrund geht nun auch den ersten deutschen Politikern die Geduld aus: CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt fordete von Wetserwelle „Klartext“. Von der „Ergebnisoffenheit“ der Beitrittsverhandlungen zu sprechen sei ein „diplomatischer Lufthaken“. Jetzt müsse die „realistische Sichtweise“ formuliert werden, so Dobrindt. Soll heißen: Aus der EU-Mitgliedschaft wird nichts, und das soll man den Türken auch endlich sagen. Was unter der Schwelle einer Vollmitgliedschaft dann noch geht, wird man sehen. Alles weitere Herumgerede bezeichnete der CSU-Politiker als „unfair“ der Türkei gegenüber.

Es ist Dobrindt abzunehmen, dass er hier aus voller Überzeugung spricht. Doch wird der Partei-General auch im Blick haben, dass eine offene Türkeidebatte vor allem SPD, Grünen und Linkspartei schaden dürfte, denn die drei Oppositionsparteien haben sich, im Unterschied zur zurückhaltenderen Union, klar für eine Vollmitgliedschaft der Türkei ausgesprochen. Umfragen belegen, dass die Mehrheit der Deutschen von dieser Idee immer weniger angetan ist.

Beim EU-Beitrittskandidaten Island dagegen soll alles sehr schnell und reibungslos gehen. Nach dem Aufnahmeantrag im Juli 2009 erhielt der Inselstaat vergangenen Juni bereits den Kandidatenstatus, am 27. Juli erfolgte der offizielle Startschuss für Beitrittsverhandlungen. 2012 oder 2013 könne der EU-Beitritt erfolgen, hofft Reykjavik.

Allerdings gibt es noch Knackpunkte: Die Isländer fürchten um ihre Fischbestände, die Bauern der Insel bangen um ihre Existenz, wenn EU-Massenware ihren Markt überschwemmen sollte. Zudem stehen Entschädigungsfragen mit britischen und niederländischen Kunden der isländischen Icesave-Bank im Raum.

Selbst wenn alle Punkte ausgeräumt sein sollten, droht die Aufnahme immer noch an den Isländern zu scheitern, denn am Schluss müssen sie dem Beitritt per Referendum zustimmen. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise Ende 2008 meinten zwei Drittel der Isländer, dass ihr Land die Probleme nur innerhalb der EU überwinden könne. Doch diesen Sommer, die Wirtschaft hat sich einigermaßen berappelt, sprachen sich 60 Prozent des 320 000-Einwohner-Volkes wieder gegen einen EU-Beitritt aus. *Hans Heckel*



Außenminister trifft Außenminister: Westerwelle und Davutoglu Bild: pa

»Eine Schande«

Enteignete Kirchen in Böhmen und Mähren

Kafkaeske Züge nimmt der Streit in der Tschechischen Republik über die Rückgabe des in der Nachkriegszeit vom kommunistischen Regime konfiszierten kirchlichen Eigentums an. Das tschechische Bodengesetz enthält eine sogenannte „Blockadeklausel“, wonach bis zu einer gesetzlichen Regelung nicht über ehemals kirchliche Immobilien verfügt werden darf. Diese Klausel interpretiert jeder nach seinem Gusto: Die Kirchen und ihre Unterstützer betonen die fortdauernde Möglichkeit einer weitgehenden Wiedergutmachung. Die in Mähren und vor allem Böhmen traditionell starken antikirchlichen Kräfte sehen darin jedoch eher eine – wenn auch rechtlich vorläufige – Betonierung des Status quo der vollzogenen Enteignung.

> Tschechiens Politik entscheidet nicht

Angesichts dieser Mehrdeutigkeit ist nicht immer ganz klar, was Kritiker der „Blockadeklausel“ eigentlich im Sinne haben. Dies gilt etwa für eine Gruppe tschechischer Senatoren, die zuletzt bis vor das Verfassungsgericht gezogen sind, um die Klausel zu Fall zu bringen. Ihrer eigenen Darstellung zufolge wollten sie den Interessen der Gemeinden entgegenkommen, die wegen der Blockadeklausel in ihrer Entwicklung behindert seien. Allerdings pfeiffen in Prag die Spatzen von den Dächern, dass es den Klägern ganz im Gegenteil darum ging, die Rückgabe zu verhindern. So hat nun auch das Verfassungsgericht argumentiert, als es die Klage abwies. Auch das Gericht vermied eine Festlegung, wie eine verfassungskonforme Wiedergutmachung aussehen könnte, doch immerhin gaben die Richter zu verstehen, dass die lange Untätigkeit des Gesetzgebers verfassungswidrig sei.

Die seit Ende Juni amtierende neue Regierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Gummi-Klausel, in der nur steht, man wolle „baldmöglichst die Frage des Ausgleichs zwischen Staat und Kirche so abschließen, dass einiges Unrecht wiedergutgemacht werden kann“. Solche Formeln zieren indes viele tschechische Koalitionsverträge und Regierungsprogramme seit dem Jahre 1990. Außenminister Karl Fürst Schwarzenberg hat nun Klartext geredet: Es sei „eine Schande, dass 20 Jahre nach dem November 1989 das Eigentum immer noch in Händen des Staates ist“. *K.B.*

Am Schleier scheiden sich die Geister

Die Burka erregt nicht nur in Europa die Gemüter – Totalverschleierung ein Freiheitsrecht?

Immer wieder flammt weltweit der Streit über die Ganzkörperverschleierung weiblicher Muslime auf. Verbote werden ausgesprochen, religiöse Toleranz diskutiert, Sicherheitsbedenken angemeldet. Das jüngste Verdikt wurde in einem muslimischen Staat selbst ausgesprochen: Syrien bannt seit Mitte Juli Burka und schwarzen Niqab aus dem gesamten Schul- und Universitätsleben.

Hunderte von total verschleierten Lehrerinnen wurden in Damaskus deswegen bereits in aller Stille in Verwaltungsjobs abgeschoben. Syrien zieht damit mit Ägypten, Jordanien, der Türkei und dem Libanon gleich und schließt sich der Sicht auch vieler europäischer Länder an, die in der völligen Verschleierung ein öffentliches Sicherheitsrisiko sehen und darauf hinweisen, dass sich sowohl Kriminelle als auch Terroristen vermehrt unter dieser Maske verstecken, wie jüngst ein festgenommener deutscher Dschihadist in Pakistan. Zudem prangern viele säkular eingestellte Führungskräfte diese religiöse Tracht als Provokation und Demonstration für einen militanten, islamischen Fundamentalismus an. Viele Europäer sehen in der Burka ohnehin eine Art verschleierter Bedrohung. Doch selbst auf den streng islamisch regierten Malediven ist in öffentlichen Ämtern die völlige Verschleierung aus Sicherheitsgründen untersagt, während etwa in Malaysia und Indonesien, den bevölkerungsreichsten islamischen Staaten, diese Art religiöser Tracht mit dem Wachsen fundamentalistischen Gedankenguts seit Jahren an Boden gewinnt.

Rund 71 Prozent der Deutschen sind nach jüngsten Umfragen ebenfalls für ein Verbot, in Frankreich waren es 82 Prozent. In Großbritannien und Spanien sprachen sich jeweils etwa 60 Prozent gegen die völlige Verschleierung aus, wenngleich auch Englands Premier David Cameron jüngst klar gegen ein Verbot votierte. In den USA dagegen, wo der militante Islam seit dem Kollaps des World Trade Centers als große Bedrohung empfunden wird, sprachen sich nur 28 Prozent für ein entsprechendes Gesetz aus.

> Selbst Syrien hat nun Burka und Niqab an Schulen verboten

In der Schweiz ist es vor allem die Christliche Volkspartei (CVP), die in der Verhüllung eine Demonstration islamischen Radikalismus sieht und am liebsten selbst das Kopftuch aus dem öffentlichen Leben verbannen will. Das belgische Parlament zeichnete ein völliges Burkaverbot (Volksmund: Ganzkörpergefängnis) ebenso ab wie Frankreich und die Niederlande. In Dänemark wird noch diskutiert, obwohl es dort nur maximal 400 verschleierte Frauen gibt. Allerdings steht es den jeweiligen Autoritäten zu, eigene Regeln zu erlassen. In Frankreich, wo das Verbot unlängst in Kraft trat, verschleiern sich zwischen 5000 und 10 000 Frauen, in Großbritannien zwischen 2000 und 4000, in Deutschland zwischen 4000 und 6000, in Belgien etwa 900. In Italien, das zwischen 1300 und 3000 Trägerinnen der völligen Verschleierung zählt, ist vor allem in den norditalienischen Städten wie Como und Novara durch Verdikte der Lega Nord das Tragen in der Öffentlichkeit verboten. In Spanien hat sich die sozialistisch regierte Stadt Lleida zu einem völligen Verbot entschlossen, während die Zentralregierung in Madrid noch keine einheitliche Meinung an den Tag legt. Österreich (500 bis 1000 Trägerinnen) diskutiert noch ein Verbot. Insgesamt gibt es in acht europäischen Ländern Bestrebungen, das Tragen des Ganzkörperschleiers zumindest lokal einzuschränken. Im europäischen Parlament findet sich dafür gegenwärtig noch keine Mehrheit.

Die Vereinigung „This is my Choice“ muslimischer Frauen sammelte bislang bei 1857 Frauen aus 50 Ländern Unterschriften, die das Tragen eines Ganzkörperschleiers als religiöses Gebot sehen und sogar als Teil ihrer persönlichen Freiheit darstellen. 1338 dieser Frauen leben in Deutschland. Nur acht Prozent davon tragen den Niqab mit nur einem schmalen Sehschlitz, der Rest den das Gesicht frei lassenden Hijab oder das dunkle Tuch des Tschador. Insgesamt zeigen sich von den 1,6 Millionen muslimischen Frauen in Deutschland rund 520 000 mit Kopftuch oder Schleier in der Öffentlichkeit.

Fundamentalistische Prediger in den konservativen arabischen Staaten, vor allem in Saudi Arabien, fordern derweil dazu auf, aus Ländern auszuwandern, die die Verschleierung diskriminieren, „das Land des Unglaubens“ zu verlassen. Die europäischen Frauen, so das Argument, würden sich oft weitgehend und gegen die Moral verstoßend entblößen – warum dürfe sich dann eine Muslima nicht verhüllen, wie es ihr gefällt? Wie echt diese „Freiwilligkeit“ aber wirklich ist, das fragen sich die Europäer.

Joachim Feyerabend

Endlich eine gute Nachricht aus Brüssel

Was Berlin nicht gelang, könnte nun die EU schaffen: Das schnellere »Aus« für die Kohlesubvention

Brüssel gegen Berlin und Düsseldorf: Um die Frage, wie lange der Abbau von Steinkohle noch staatlich subventioniert werden soll, ist ein Streit entbrannt. Deutschland will die Förderung erst 2018 auslaufen lassen, die EU schon 2014. Und sie hat Recht.

Kaum eine Subvention wird von Wirtschaftswissenschaftlern so einhellig verurteilt wie die deutsche Kohleförderung: Zwei Milliarden Euro im Jahr für 27000 Arbeitsplätze, da wird jede Stelle mit atemberaubenden 74000 Euro pro Jahr gefördert. Die Kohlehilfe gleicht noch nicht einmal eine vorübergehende Unwirtschaftlichkeit aus, sondern sie konserviert alte Strukturen, die in Deutschland wegen hoher Löhne und wenig vorteilhafter Lagerstätten chancenlos unrentabel sind.

Vor diesem Hintergrund hat der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger, der als Ministerpräsident von Baden-Württemberg schon lange diese Zahlungen in ein schwarzes Loch kritisiert hatte, kaum gelitten, als sich die EU ziemlich kurzfristig die deutsche Kohlesubvention vorknöpfte. Womöglich um Ärger in Berlin und Düsseldorf zu vermeiden, hat Oettinger an der entscheidenden Sitzung der Kommission in Brüssel gar nicht erst teilgenommen.

Die Bundesregierung und die betroffenen Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Saarland wollen nämlich den Abbau heimischer Steinkohle noch bis 2018 fördern, mit durchschnittlich knapp zwei Milliarden Euro jährlich. Auf einen entsprechenden Kompromiss hatten sich Union, SPD und Grüne 2007 verständigt und dafür auch das Plazet der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen gefunden.

In der EU-Kommission aber haben sich zuletzt jene Kräfte durchgesetzt, die im schnellen Ausstieg aus dem Steinkohlen-Bergbau einen wesentlichen Beitrag zum Schutz von Klima und Umwelt sehen. Hingegen setzte sich Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia, ansonsten „von Amts wegen“ eher ein Gegner von Subventionen, intensiv, wenn auch erfolglos für ein längere Übergangsfrist bis zum Jahre 2022 ein. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass Almunia Spanier ist und – neben Deutschland und Rumänien – auch in seinem Heimatland nach wie vor Steinkohle gefördert wird.

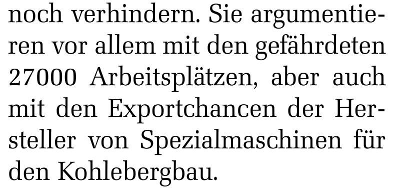
Anders als der spanische EU-Kommissar dachte sein deutscher Kollege nicht daran, sich für (vermeintliche) nationale Interessen stark zu machen. Im Gegenteil: Den weitgehenden Beschluss, schon zum 15. Oktober 2014 durch Subventionsstopp die Stilllegung unrentabler Zechen zu erzwingen, verteidigte Öttinger später offen: Der deutsche Steinkohlekompromiss von 2007 habe von Anfang an „keine EU-Rechtsgrundlage“ gehabt. Eine großzügig erteilte europäische Ausnahmeregelung für die deutschen, spanischen und rumänischen Kohle-Beihilfen laufe Ende dieses Jahres aus, und somit sei die Verlängerung um vier Jahre „schon ein großes Entgegenkommen der EU-Kommission“. Oettinger ist hier allerdings keineswegs inkonsequent: Fast alle Ökonomen sind der Ansicht, dass die milliardenschweren Kohlehilfen Deutschland selbst am meisten schaden. Das weiß man auch in Berlin und ist über die Vorgabe aus Brüssel vermutlich keineswegs unfroh - nur für Nordrhein-Westfalen sieht die Rechung hier anders aus. Ohne den Einfluss aus Düsseldorf gäbe es diese Subvention denn auch sicher nicht mehr.

> Für diese Subvention hat Oettinger zu Recht nicht gekämpft

Nach Ablauf der Vier-Jahres-Frist sollen, so sieht es jedenfalls der Kommissionsbeschluss vor, staatliche Zuschüsse nur noch zulässig sein, wenn sie an einen Stillegungsplan mit festen Terminen gebunden sind und ausschließlich dazu dienen, soziale und ökologische Folgen des Ausstiegs aus dem Steinkohlebergbau abzufedern.

In Deutschland fand Oettinger nur bei den Freien Demokraten offene Unterstützung. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle begrüßte die Pläne der EU-Kommission: Ein schnelleres Aus für den subventionierten Steinkohle-Bergbau sei „ökologisch und ökonomisch durchaus vernünftig“.

Union und SPD hingegen wollen zumindest nach außen hin das aus Brüssel „drohende Unheil“ noch verhindern. Sie argumentieren vor allem mit den gefährdeten 27000 Arbeitsplätzen, aber auch mit den Exportchancen der Hersteller von Spezialmaschinen für den Kohlebergbau.



Die neue NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sucht nun den Schulterschluss mit der CDU: „Ich gehe davon aus, dass wir mit der CDU zusammenarbeiten und uns gegen Brüssel wehren werden.“ Auch ihr grüner Koalitionspartner in Düsseldorf zieht da mit. Zwar befürworten sie, auf der Basis ihrer rigorosen umwelt- und klimapolitischen Positionen, einen schnellen Totalausstieg aus der Steinkohle. Andererseits bekräftigen sie aber, ein einmal beschlossener Kompromiss müsse auch eingehalten werden. Vermutlich ist diese demonstrativ betonte Vertragstreue auch dem gerade erst geschlossenen Regierungsbündnis und den höchst schwierigen Mehrheitsverhältnissen in Düsseldorf geschuldet.

Aus Regierungskreisen in Berlin verlautete, der EU-Beschluss habe „so nur durch eine Mischung aus Intrigen und Dilettantismus fallen können“ - hier merkt man den Einfluss aus Düsseldorf. In diesem Zusammenhang wurde das Fehlen Öttingers auf der entscheidenden Sitzung bestätigt, aber nicht kommentiert – was man durchaus als Kritik verstehen kann.

Ob der Beschluss Rechtskraft erlangt, hängt nun noch von der Zustimmung der 27 Mitgliedsstaaten ab. Dafür aber reiche die einfache Mehrheit aus, Deutschland habe „keine Veto-Möglichkeit“, wie Kommissar Oettinger verkündete.

H.J.M./K.B.z



Der deutsche Kohlebergbau hat ganze Regionen geprägt, ist aber heute hoffnungslos unrentabel: Die Zeche „Zollverein“ in Essen gilt jetzt als Weltkulturerbe, ähnlich wie die Pyramiden. Bild: imago

KURZ NOTIERT

Steinbrück redet Klartext: Deutlich ablehnend hat Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) zur Rentengarantie und zur versuchten Opel-Rettung Stellung genommen. Die 2009 von ihm selbst mitbeschlossene Rentengarantie bezeichnete er als „schweren politischen Fehler“ sowie als „Tabubruch“ für die Generationsgerechtigkeit (siehe Seite 5). Die Versuche zur Opel-Rettung nennt er eine „strategische Fehleinschätzung der SPD“. Die Bürger hätten „als Steuerzahler reagiert“ und nicht mit der „von der SPD erwarten Solidarhaltung“. *K.B.*

Weizen wird teurer: Die Dürre in Russland bedroht die dortige Weizenernte. Angst vor einem Exportstopp lässt nun die Weltmarktpreise für Getreide sprunghaft steigen, die allerdings noch weit unter ihren Höchstständen im Jahre 2007 liegen. Russland war 2009 drittgrößter Weizenexporteur der Welt. Auch EU-Staaten sind von hitzebedingten Ernteausfällen betroffen. *SV*

Gewinn nach Krise: Die deutsche Autoindustrie erwartet nach der Krise neue Rekordumsätze. Nach rund einer Milliarde Euro Verlust im Vorjahr sieht beispielsweise Mercedes einem Ergebnis von 2,1 Milliarden Euro vor Steuern und Zinsen entgegen. Der sprunghafte Anstieg der Umsätze, getragen nicht zuletzt durch Bestellungen aus China, überrascht die Analysten. Die Bundesregierung erwägt, die Branche rükkwirkend an den Kosten der Abwrackprämie zu beteiligen. *SV*

Proton-M doch beschädigt: Die russische Trägerrakete Proton-M hat beim Zusammenstoß mit einem Schwerlasttransport doch größeren Schaden genommen. Dies sei erst bei der Detailuntersuchung in Baikonur festgestellt worden, behaupteten russische Offizielle. Von Baikonur aus soll die Proton-M im Oktober drei Satelliten für das Navigationssystem „Glonass“ ins All befördern. Das beschädigte Teil kommt nun zur Reparatur nach Moskau. Der Raketenstart könne trotzdem planmäßig erfolgen, erklärte die russische Raumfahrtbehörde. *MRK*

Boom macht Strom teurer

Von den Subventionen profitieren vor allem fernöstliche Hersteller

Zweimal paradox: Die zum 1. Oktober anstehende Kürzung der Subventionen für Photovoltaik-Anlagen hat zu einem Boom der Verkaufszahlen geführt, vorzugsweise allerdings für Solarmodule, die im Ausland produziert werden. Und da somit in Deutschland immer mehr Menschen Strom aus Sonnenenergie in die öffentlichen Netze einspeisen, werden die Elektrizitätspreise im kommenden Jahr vermutlich kräftig steigen.

Wie viele Solaranlagen zusätzlich verkauft werden konnten, seit die Subventionskürzungen beschlossen sind, lässt sich erst im Herbst genauer feststellen. In der Solarbranche schätzt man aber, dass allein in den letzten zwei Monaten der Zuwachs an eingespeister Stromkapazität etwa dem Wert des gesamten Jahres 2009 entspricht. Das wären ungefähr vier Gigawatt, eine Strommenge, mit der man eine Million Haushalte versorgen könnte.

Die Euphorie in der Branche ist allerdings gedämpft. Die deutschen Hersteller von Modulen und Wechselrichtern können längst nicht mehr so viel produzieren, wie derzeit am Markt gefragt ist. Profiteure der Subventionierung sind also vornehmlich ausländische Hersteller, insbesondere in China. Hier hat man technologisch weitgehend zu den europäischen Produzenten aufgeschlossen, kann aber durch deutlich niedrigere Löhne und den großzügigen „Verzicht“ auf Arbeitsbedingungen, wie sie bei uns als menschenwürdig gelten, stetig größere Marktanteile erobern.

> Die Zeche bezahlen die privaten Strom-Verbraucher

Der Boom der Solarbranche dürfte auch nach dem 1. Oktober noch eine Weile anhalten. Denn einerseits wird die Förderung der Einspeisung von Sonnenstrom zwar um bis zu 16 Prozent gekürzt, andererseits wird aber ein Ausgleich geschaffen durch die zusätzliche Subventionierung des Eigenverbrauchs an Solarenergie.

Die Zeche zahlen auf jeden Fall die Verbraucher. im Jahr 2009 zahlte jeder Stromkunde bei einem durchschnittlichen Preis von 23 Cent pro Kilowattstunde einen Zuschuss von 1,1 Cent. Im laufenden Jahr ist dieser Anteil aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) bereits auf knapp zwei Cent geklettert. Und für 2011 erwarten Branchenkenner sogar einen Anstieg auf 3,5 Cent. Dabei würde sich die Mehrbelastung für einen Durchschnittshaushalt bei zehn Euro monatlich einpendeln.

Energieexperte Manuel Frondel vom Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) warnt gar: „Der Zuwachs ist so enorm, dass das ganze System kollabieren könnte.“ Die privaten Haushalte könnte ein weiter anhaltender Boom der Solarenergie umso härter treffen, als die industriellen Stromverbraucher nicht ohne Erfolgsaussichten bemüht sind, für sich günstigere Konditionen herauszuholen.

Kritiker der üppigen Solarstrom-Subventionierung verweisen zudem darauf, dass die Preise für Photovoltaik-Anlagen inzwischen um rund 40 Prozent gefallen sind, vor allem dank der immer massiveren Billig-Importe aus Fernost. Schon aus diesem Grunde sei eine weitere Bezuschussung des Sonnenstroms nicht gerechtfertigt. *H.J.M.*

Air Berlin ist angekommen

Ex-Billigflieger wird in »Oneworld«-Verbund aufgenommen

Joachim Hunold hat es geschafft. In zwei Jahren führt der Chef von Air Berlin seine Fluggesellschaft in den internationalen Fluglinien-Verbund „Oneworld“ ein. Damit hat Air Berlin den Kreis der „Billigflieger“ verlassen und ist zur ebenbürtigen, international agierenden Fluggesellschaft aufgestiegen.

Oneworld wird von British Airways, der derzeit mit der spanischen Iberia fusionierenden, umsatzstärksten britischen Fluglinie angeführt. Der Verbund steht in Konkurrenz zu „Skyteam“, dem Kartell um Air France / KLM und der „Star Alliance“ unter der Führung des Air-Berlin-Hauptrivalen Lufthansa. Für die Lufthansa bedeutet die Aufnahme von Air Berlin in einen der erlauchten Klubs eine spürbare Verschärfung des Wettbewerbs auf dem deutschen Markt.

Oneworld ist deutlich kleiner als die „Star Alliance“, der beispielsweise die US-Gesellschaften United Airlines, US Airways und Continental Airlines, die japanische ANA, Air China, Air Canada, die polnische LOT oder die skandinavische SAS angehören. Star Alliance fliegt 1172 Ziele in 181 Ländern mit täglich 21200 Flügen an und verfügt über 4178 Flugzeuge. Oneworld steuert 736 Ziele in 142 Ländern mit 2401 Maschinen an, wobei die 148 Flieger von Air Berlin natürlich noch nicht mitgerechnet sind.

Auch für die deutsche Hauptstadt ist die Einbindung von Air Berlin eine gute Nachricht, die zudem zu keinem besseren Zeitpunkt kommen konnte. Ebenfalls 2012 soll auch der neue Großflughafen BBI bei Schönefeld fertig werden. Er ist dem Volumen nach als großes internationales Drehkreuz ausgelegt. x

> Gute Nachricht für den Großflughafen in Schönefeld

Kritiker bemängelten bislang, es sei unwahrscheinlich, dass sich Berlin neben den bestehenden Drehkreuzen wie insbesondere Frankfurt am Main würde durchsetzen können. Ein wesentliches ihrer Argumente war, dass keine bedeutende und gut vernetzte Fluggesellschaft an der Spree ihren Heimatflughafen hat. Die Lufthansa ist in Frankfurt zuhause. Dies hat sich mit dem Aufstieg von Air Berlin nun gründlich geändert. Besonders für die zahlungskräftigen Geschäftsreisenden sind reibungslose Anschlüsse, wie sie nur innerhalb eines internationalen Fluglinienverbundes zu gewährleisten sind, entscheidend.

In der Geschichte von Air Berlin spiegelt sich die wechselvolle jüngste Vergangenheit der deutschen Hauptstadt. 1978 gründeten sie zwei Amerikaner im fernen US-Staat Oregon, Sitz wurde Miami in Florida. Damals war es nur den Besatzungsmächten erlaubt, Berlin anzufliegen. Mit zwei Maschinen verbanden die US-Flieger Berlin mit Mallorca.

Mit der deutschen Vereinigung ging die Lufthoheit über Berlin an Deutschland zurück. Der heutige Chef Joachim Hunold übernahm 1991 Air Berlin von den US-Amerikanern und flog ab 1992 mit der nun deutschen Gesellschaft weiterhin von Berlin nach Mallorca mit nur zwei Maschinen. Doch Schritt für Schritt baute Hunold die Gesellschaft aus, bis die einst als „Ballermann-Bomber“ belächelte Linie nun endgültig zur anerkannten Fluggesellschaft aufgestiegen ist. *Hans Heckel*

Einbahnstraße

Von Sverre Gutschmidt

Den Ingenieur soll es dem Namen nach nicht mehr geben, sondern nur noch einen Bachelor oder Master, so will es die EU. Auch sonst macht die es ihm im Studium schwerer als nötig. Grund ist der Bologna-Prozess, nach dem die EU schablonenhaft alle Studiengänge vereinheitlicht. Das besondere Erfolgsmodell deutscher Ingenieursausbildung blieb dabei mit rot-grüner Unterstützung auf der Strecke. In der Praxis heißt das: seit zehn Jahren gleiche Anforderungen wie zuvor, aber weniger Semester, Bachelor-Kurzstudium statt praxiserfahrener „Dipl.-Ing.“.

Wie die enorme Verdichtung der Lehre von den Studenten bewältigt werden soll, dafür fühlen sich die Universitäten kaum zuständig. Sie verweisen auf die EU. Die Folge ist ein Qualitätsverlust, und seit Einführung von „Bologna“ übersteigt die Studienabbrecherquote sogar die traditionell hohe der Geisteswissenschaftler. Nicht mehr, wie von der Wirtschaft gefordert, sondern weniger und schlechter ausgebildete Ingenieure stehen am Ende der Bologna-Einbahnstraße. Das wollen mehrere Technische Universitäten mit gutem Ruf nun beenden – und sie haben recht damit!

Mentale Greise

Von Hans Heckel

Was geht eigentlich noch in diesem Land? Bayerns Staatsregierung hat allen 78 Garmischer Grundeigentümern nun sogar eine gesetzlich verankerte Garantie versprochen dafür, dass alle für die Oympischen Winterspiele 2018 vorübergehend genutzten Grundstücke nachher wieder so hergerichtet werden wie zuvor. Es hilft nichts, die Eigentümer wollen ihr Land auch nicht für Entschädigungen und Garantien mit Gesetzeskraft hergeben.

So steht die deutsche Bewerbung für die Spiele am Rande des Scheiterns, obwohl Deutschland mit den Standorten München, Schönau am Königssee und eben Garmisch-Partenkrichen, mit den vielen dort schon vorhandenen Sportstätten und einer Nation, die bis an die Küste wintersportbegeistert ist, die allerbesten Bedingungen für eine erfolgreiche Bewerbung mitbrächte.

In den aufstrebenden neuen Volkswirtschaften der sogenannten „Schwellenländer“ blickt man mit unverhohlener Schadenfreude auf solcherlei Selbstlähmung. Niemand will chinesische Methoden im Umgang mit der Bevölkerung kopieren, wo Millionen gegen ihren Willen für Großprojekte umgesiedelt werden. Doch was sich am Rande der Alpen – und ähnlich bei zahllosen anderen Projekten in ganz Deutschland – abspielt, trägt die Züge einer mentalen Vergreisung: Bloß nichts ändern, nichts wagen, nichts Großes mehr umsetzen.

Mit dieser Haltung hätte es dieses Land niemals an die Spitze der Welt geschafft. Die Konkurrenten Deutschlands wissen das und triumphieren zufrieden grinsend.

Fehlbesetzung Özkan

Von Konrad Badenheuer

Rund vier Millionen Muslime leben in Deutschland, über 370 000 von ihnen haben inzwischen einen deutschen Pass. Man mag eine (von Deutschen zu verantwortende!) Politik kritisieren, die diese Fakten geschaffen hat. Doch angesichts der Tatsachen ist klar, dass Muslime politische Ämter anstreben und auch erreichen – und daran gibt es nichts zu kritisieren.

Man tut allerdings der muslimischen Gemeinschaft keinerlei Gefallen, wenn nun Personen in Führungsämter berufen werden, die sich dort schlicht und einfach blamieren. Wie stolz war die CDU vor gut drei Monaten, als sie die 1971 in Hamburg geborene Rechtsanwältin Aygül Özkan als neue niedersächsische Sozialministerin präsentierte!

Nur ganz leise grummelte die niedersächsische CDU, obwohl zwei Punkte bei jedem deutschen Politiker eine solche Berufung verhindert hätten: Die neue Sozialministerin hatte bis zuletzt in einem anderen Bundesland (!) gearbeitet und gelebt, und sie hatte in der Sozialpolitik, höflich gesagt, keine Erfahrung.

Umso größer war die Neugier auf Frau Özkan, die der damalige CDU-Vize und Ministerpräsident Christian Wulff so stolz präsentierte, und von der alle schrieben, sie genieße das Wohlwollen der Kanzlerin und habe einen direkten Draht zu ihrem Kanzleramtsminister Ronald Pofalla. Özkan war eine dreifache, krasse Quereinsteigerin: Anderes Bundesland, andere bisherige politische Schwerpunkte, dazu noch nicht einmal eine eindeutige deutsche Identität, wie sie etwa Politiker wie David McAllister und Philipp Rösler – von ihrer Herkunft her halb schottisch respektive ganz vietnamesich – ja haben.

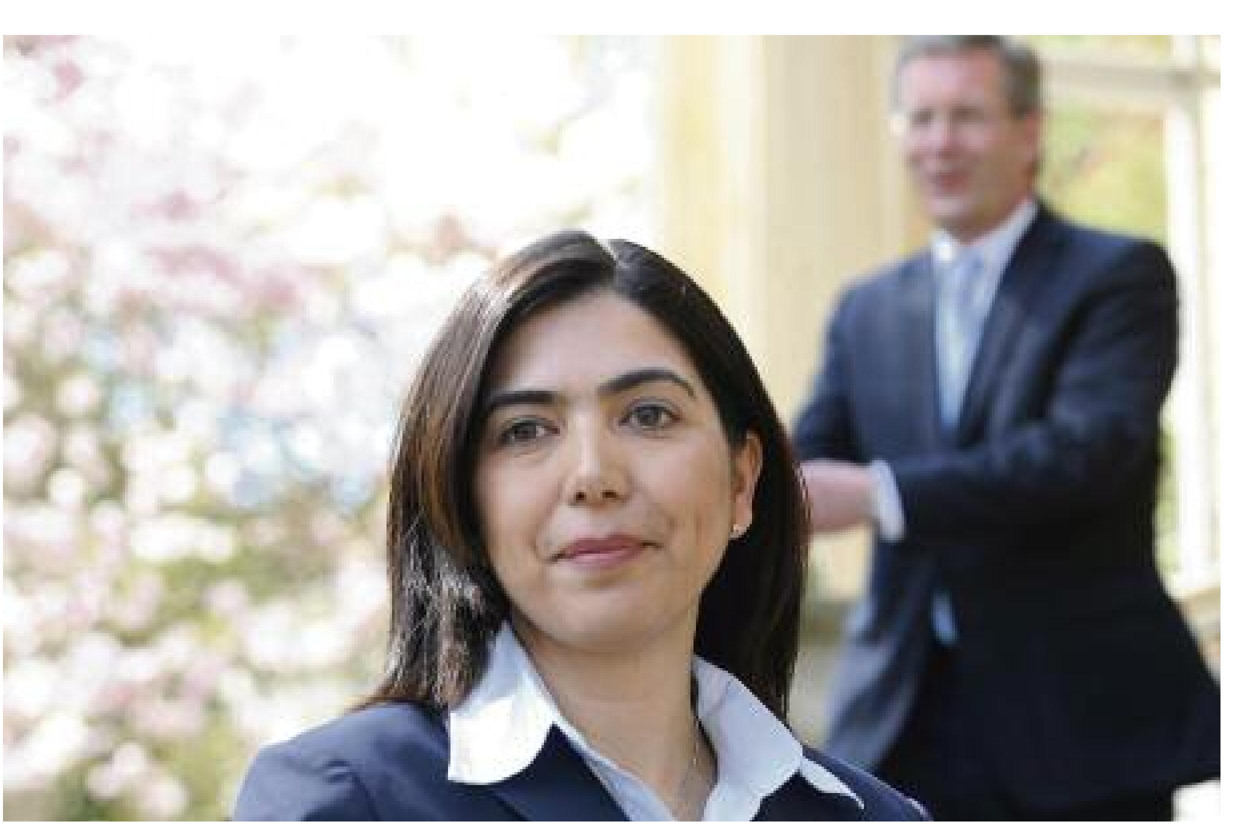
> Sind deutsche Richter wirklich eine »fremde Autorität«?

Frau Özkan bekennt sich zu einer deutsch-türkischen Identität und fordert beispielsweise mehr Richter mit Migrationshintergrund, „damit“ – so wörtlich – „die Betroffen auch sehen, hier entscheidet nicht eine fremde Autorität“. Deutsche Richter als „fremde Autorität“? Vor 20 Jahren, als die CDU noch die CDU war, hätte man gesagt: Die Gedanken sind frei, aber wer so über deutsche Richter denkt, kann (noch) nicht eingebürgert werden, weil er noch nicht wirklich integriert und heimisch ist.

Heute werden Menschen, die so argumentieren, Landesminister(in) mit Zuständigkeit für die „Integration“ von Einwanderern.

Frau Özkan hat gleich nach ihrer Wahl die Beseitigung von Kruzifixen aus niedersächsischen Klassenzimmern gefordert und zuletzt eine „Mediencharta“, die Journalisten vorschreiben würde, wie sie in Zukunft über Integration zu schreiben hätten – da widersprach sogar die SPD, und selbst der „Spiegel“ beklagte einen „desaströsen Eindruck“.

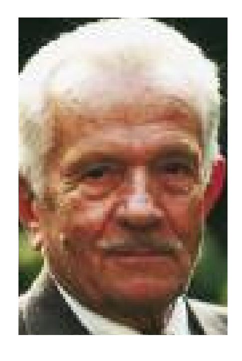
Die Ernennnung von Frau Özkan ist eine Blamage für die CDU und ein gefundenes Fressen für Rechtsradikale, die ihre schlimmsten Vorurteile über integrationsunwillige Trottel, die unter Verletzung von Artikel 3 des Grundgesetzes wegen ihrer Herkunft bevorzugt werden, bestätigt sehen. Solche Generalisierungen sind absurd, und doch bleibt eine einfache Frage: Hat Angela Merkel Frau Özkan gefördert?



Die CDU-Politkerin Aygül Özkan hat in den ersten drei Monaten als Sozialministerin von Niedersachsen einen katastrophalen Eindruck hinterlassen: Gründlich blamiert ist der jetzige Bundespräsident Christian Wulff, der sie mit vielen Vorschusslorbeeren ins Amt berief, aber auch Merkels Kanzleramtsminister Ronald Pofalla. Merkel und Pofalla kennen Frau Özkan vom „Integrationsgipfel“ im Bundeskanzleramt.

Bild: ddp

Moment mal!



Tea Party statt Rave Party

Von Klaus Rainer Röhl

Letztes Wochenende standen sie bei der Trauerfeier für die Opfer der Loveparade noch einmal in ihrer ganzen Hilflosigkeit vor aller Augen: die Vertreter des überfälligen Systems aus linken und halblinken Interessengruppen, Kirche und Kommerz. Da war eine Woche zuvor mehr passiert als ein Unglücksfall, ein Flugzeugunglück, ein Bergrutsch, eine Zug-Katastrophe: Im gleichen Takt die Arme gen Himmel reckend, getrieben vom Rhythmus einer Techno-Musik und übergrellen blauen Lichtblitzen, tanzte die Hauptmasse der rund 300 000 jungen Menschen noch weiter, als 21 jungen Menschen die Rippen zerquetscht und sie zertrampelt wurden. Kameras und Handys nahmen alles auf, und kein Sendeleiter schaltete den Horrorfilm aus. Zwei Tage später erklärten angesehene Bürger wie der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses Wolfgang Bosbach (CDU) und der frühere WDR-Intendant Fritz Pleitgen bei „Maybrit Illner“, dass sie – trotz allem Bedauern über das Unglück – sich freuen würden, wie gut die bisherigen Loveparaden mit eben dieser Techno-Musik für die jungen Leute bisher gewesen seien. Höchstens zehn Prozent seien von Drogen zusätzlich angefeuert worden, ein bisschen Alkohol sei natürlich auch dabei im Spiel gewesen, aber sie hätten keine Bedenken, ihre eigenen Kinder dort hinzuschicken. Wie schade, so ein schreckliches Unglück, und man werde schon die Schuldigen finden. Kein Wort gegen das Prinzip der hochgepeitschten Massenveranstaltungen. Gegen den aus rein kommerziellen Gründen und sonst nichts angezettelten Veitstanz. Kein Wort gegen die von allen früheren politischen Motiven (wie dem Kampf gegen den Vietnamkrieg durch „Make love, not war“, daher auch das „love“ in Loveparade) befreite Veranstaltung. Vorbei Woodstock, geblieben ist nur das Waven. Kein Weltuntergang drohend, keine Not, kein Hunger, den man nur in Rausch überwinden könnte wie in den Slums von Mexiko oder Kalkutta, sondern nur Überdruss und Langeweile – vom Veranstalter „Lebenslust“ genannt und ausgebeutet.

> Politische Motive oder Ziele sind der Loveparade fremd

Nun standen sie bei der Trauerfeier für die 21 Toten da und es war keine Sternstunde der Politiker, auch nicht die der violett und schwarz gewandeten Kirchenmänner. Keine Apokalypse, keine Forderung, das Ende der gefährlichen Massenansammlungen zu beschließen, sondern ein „Schade um die schöne Party“ geht quer durch alle Parteien und Medien.

Der Kanzlerin, die beim Trauergottesdienst sprechen sollte, blieb am Ende die Sprache weg. Nicht nur aus Betroffenheit. Sie ist, am Beginn ihres Urlaubs, am Ende ihres Lateins.

Kurz zuvor hatten Schüler und Eltern, die lieber Latein an den Schulen gelehrt sehen wollen, statt soziale Experimente mitzumachen, Merkels schwarz-grünen Traum beendet. Ausgerechnet in Hamburg, nach den Leistungen seiner Schüler an einer der letzten Stellen in Deutschland stehend, hatten die dortigen Grünen die CDU erpresst, alle Schüler sechs Jahre lang zum Besuch der Primarschule zu verdonnern, in der die meisten von ihnen grob unterfordert wären, nur damit – verkürzt gesagt – die unbegabteren Schüler angeblich bessere Chancen hätten!

Die CDU der Hansestadt schluckte diese Kröte der GAL um des Machterhalts willen, die Schüler und Eltern aber nicht. Eine Bürgerinitiative „Wir wollen lernen“ sammelte Unterschriften für einen Volksentscheid und siegte. Das gleichmacherische Schulexperiment, das gerade auch in NRW von SPD, Grünen und Linken gestartet werden soll, wurde in Hamburg gekippt. Gegen CDU, Grüne – und SPD.

Warum nicht gleich so, würden wir sagen, warum sollten wir nicht öfter über umstrittene Maßnahmen abstimmen? Wie im Heimatland der Demokratie, der Schweiz, wo man über das Verbot von auswuchernden Gebäuden abstimmen durfte – und gewann. Viele Möglichkeiten ergeben sich noch, wenn sich der Unmut der Deutschen einmal artikulieren wird. Der Unmut ist groß – mit steigender Tendenz. Besonders natürlich unter den Wählern der Union, die bisher sicher sein mochten, dass sich ihre Weltanschauung, eine fröhliche Bejahung des Lebens und der eigenen Nation, nicht nur auf dem Fußballfeld, sondern in der Politik der Union wiedererkennen ließe.

Hamburger Zufall oder Schicksalsmelodie, dass die Kanzlerin mit Ole von Beust nun den letzten profilierten Landesfürsten verloren hat, nachdem sie Christian Wulff kurzerhand ins Schloss Bellevue abgeschoben und Koch sein Amt als Ministerpräsident und CDU-Vize hingeworfen hat. Profilierte und bei den Umfragen angesagte Unionspolitiker gibt es (mit Ausnahme des Freiherrn zu Guttenberg und Ursula von der Leyen) seitdem nicht mehr, die Werte der Kanzlerin selbst sacken massiv ab. Keine Aussichten, mit dieser Politik noch einmal eine Bundestagswahl zu gewinnen. Alles ins Reine, alles ins Allgemeine? Mit Globalisierung und Aufgabe der Souveränität Anhänger unter den Deutschen gewinnen? Noch stammen mehr als 87 Prozent der Bundesbürger aus Deutschland und die lieben ihr Land. Wünschen sich eine Politik für die Deutschen. Wie die Niederländer eine niederländische und die Polen eine polnische Politik wollen. Denen ist das Hemd näher als der Rock. Der Trend geht nach rechts, überall in Europa. Eine weitgehend sozialdemokratisierte CDU werden viele Wähler nicht noch einmal wählen.

> Viele sehnen sich nach neuer Bewegung, aus der auch Partei werden könnte

Brauchen wir eine konservative Partei wie die CSU? Brauchen wir eine neue konservative Partei auch außerhalb Bayerns? Erinnern wir uns noch: Über zwei Millionen Stammwähler hat die CDU im letzten Wahlkampf verloren, 1,1 Millionen an die FDP, aber 900 000 Millionen Stimmen verlor die Union an die „Nichtwähler“. Die 900 000 waren Menschen, die gar nicht wählten, weil sie sich in der CDU nicht mehr wiedererkennen konnten, aber auch keiner anderen Partei ihre Stimme geben wollten. Eine neue konservative Partei in Deutschland würden sie wählen. Auf dem Papier ist das schon bewiesen.

Glatte 20 Prozent aller Stimmberechtigten würden eine Partei rechts von der CDU wählen, so eine für den „Focus“ gemachte Umfrage. Um die Sache anschaulich zu machen, brachte „Focus“ gleich eine ganze Fotostrecke mit Bildern von Politikern oder Wissenschaftlern, die sich in einer solchen neuen Partei heimisch fühlen würden und auch genug Ausstrahlung hätten, um die 20 Prozent auch tatsächlich auszuschöpfen. Vom Historiker und Publizisten Arnulf Baring, dem Philosophen Peter Sloterdijk bis zu dem von der Kanzlerin fallengelassenen Steuerrechtler Paul Kirchhof, vom ausgebooteten CDU-Star Friedrich Merz bis zu Thilo Sarrazin – aber auch Joachim Gauck und Wolfgang Clement fand das aufgewachte Magazin erwägenswert. Diese Foto-Galerie muss sicher ergänzt werden, vor allem durch Frauen und Leute unter 40. Einzel-Initiativen im Land und in den unteren Rängen der CDU gibt es viele.

Aber alle dort abgebildeten Prominenten müssten mitmachen und viele andere mehr. Denn einzeln würden sie, wie bisher, einzeln diffamiert und einzeln liquidiert. Wie gehabt. Zusammen aber können sie die Wende herbeiführen, nach dem Vorbild der amerikanischen „Tea Party“-Bewegung, die gegen Obamas Establishment einen zähen und ziemlich erfolgreichen Kleinkrieg führt nach dem Vorbild des Bürgeraufstands vor 230 Jahren, der mit der Bostoner Tea Party den Anstoß zur amerikanischen Unabhängigkeit gab. Eine neue Partei – vielleicht ist das auch ein „Event“, für das sich viele Tausend junge Menschen begeistern könnten wie für die deutsche Fußballmannschaft. Tea Party statt Rave Party.

Bekenntnis zur klaren Form

Das Hamburger Architekturbüro gmp feiert mit Stadien und Museen Erfolge in Südafrika und China

Berlin, Peking, Stuttgart, Shanghai, Hamburg, Kapstadt – alle diese Städte haben eines gemeinsam: Bauten des Hamburger Architekturbüros gmp. Stadien, Flughäfen, Messehallen und Museen entstehen in der Ideenschmiede an der Elbe, grandiose Entwürfe, die oft ausgezeichnet werden.

Bei der Fußball-WM 2010 in Südafrika wurde nicht nur ein sportlicher Titelwettkampf ausgetragen, auch die Stadien selbst standen im Wettbewerb. Eine Jury hat diesen jetzt entschieden: Sie krönte das Cape Town Stadion in Kapstadt als exzellenten Botschafter für deutsche Architektur mit dem Preis des Deutschen Stahlbaues 2010. Den Preis erhalten gemeinsam das Architekturbüro gmp von Gerkan, Marg und Partner sowie die Tragwerksplaner Schlaich Bergermann und Partner sbp. Die Preisverleihung erfolgt am Tag der Architektur auf dem Deutschen Stahlbautag (8. Oktober) in Weimar. Ein weiterer Höhepunkt im Schaffen des Hamburger Architekturbüros gmp, das seit Jahren weltweit agiert.

> Das WM-Stadion in Kapstadt wurde ausgezeichnet

In China hat gmp ein Land gefunden, das ungeahnte Möglichkeiten bietet. Gerade jetzt haben sie mit dem Neubau eines Maritimen Museums in Lingang Aufsehen erregt. Mit seiner expressiven Dachform stellt sich das imposante Bauwerk als Wahrzeichen deutlich und eigenständig dar. Zwei gegeneinander gesetzte, leichte, 58 Meter hohe Dachschalen, welche beim Betrachter das Bild geblähter Segel zweier Dschunken hervorrufen, bilden das für die Gesamtfigur wichtige und identitätsbildende Leitbild für das Museum. „In dem sich unter dieser Dachform spannenden hallenförmigen Luftraum sollen große, historische Schiffsexponate kulturgeschichtlich gewertet und dem Publikum zugänglich gemacht werden", so der Architekt Meinhard von Gerkan und sein Partner Nikolaus Goetze. „Die sich gegeneinander verschränkenden ‚Segelflächen' stehen frei auf einem Sockel, in dem sämtliche museumsbedingten Funktionen enthalten sind. Großzügige Freitreppen laden zum Verweilen ein und bilden einen unmittelbaren Bezug zu den landschaftlich gestalteten Freianlagen."

Dieses „ankernde Schiff" hat seinen Liegeplatz in einer jungen Stadt gefunden, einer Stadt, die auf dem Reißbrett geboren wurde. Auf 74 Quadratkilometern sollen 800 000 Einwohner untergebracht werden, um die ständig wachsende Stadt Shanghai zu entlasten. Mit seinen 46 400 Quadratmetern Ausstellungsfläche ist das Maritime Museum das größte in China. Gleichzeitig mit der Eröffnung wurde eine Kooperationsvereinbarung mit dem Maritimen Museum in Hamburg, der Partnerstadt von Shanghai, geschlossen. Geplant ist ein Austausch von Leihgaben und eine Zusammenarbeit im Ausstellungsbereich.

Meinhard von Gerkan, geboren 1935 in Riga, war zum ersten Mal 1998 im Land der Mitte, eingeladen zu einem Wettbewerb für den Neubau der Deutschen Schule in Peking.

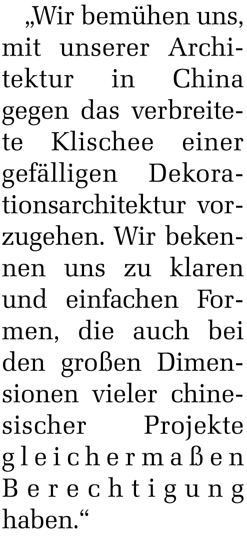
Dieses Projekt war schließlich der Anfang einer großen Reihe von Aufträgen, die aus China nach Hamburg gelangten und in die anderen Büros, die gmp seit seiner Gründung 1965 in Deutschland eröffnet hat. Eine intensive Bautätigkeit war die Folge. Neben Museen, Bürotürmen und Messehallen in der Größe von über 20 Fußballfeldern war es vor allem die unweit von Shanghai gelegene Stadt Lingang (früher Luchao), die das Herz des Architekten höher schlagen ließ. „Der größte Reiz an den chinesischen Projekten liegt in ihrer außergewöhnlichen Größe und Aufgabenstellung", so Meinhard von Gerkan. „Projekte dieser Dimension, sowohl inhaltlich als auch quantitativ, gibt es in Europa nur ganz selten, ebenso wie die Schnelligkeit, mit der viele der sehr großen Projekte in die Wirklichkeit umgesetzt werden."

In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt" räumte er allerdings ein, man müsse einen Großteil der Leistungen vor Ort erbringen, „mit örtlichen Kräften, auch wenn das schon mal länger dauert. Und man muss Abstriche machen beim Perfektionsanspruch, der unser Büro fast 30 Jahre begleitet hat, was Details betrifft und die Präzision der Ausführung. Das wird in China überhaupt nicht wahrgenommen."

Meinhard von Gerkan und auch Volkwin Marg, sein aus Königsberg stammender Partner im Architekturbüro, sind geprägt von großem Respekt gegenüber dem historischen Bestand. Stets versuchen sie, den Charakter des jeweiligen Ortes in ihrem Entwurf zu berücksichtigen. So wurde die Erweiterung des Chinesischen Nationalmuseums in Peking schlicht dadurch erreicht, dass der trennende Hofbereich zwischen dem zweigeteilten Altbau mit einer schwebenden Konstruktion überdacht wurde. Auf diese Weise entstand ein neuer Schauraum.

„Wir bemühen uns, mit unserer Architektur in China gegen das verbreitete Klischee einer gefälligen Dekorationsarchitektur vorzugehen. Wir bekennen uns zu klaren und einfachen Formen, die auch bei den großen Dimensionen vieler chinesischer Projekte gleichermaßen Berechtigung haben."

Silke Osman



Das „ankernde Schiff" von Lingang New City: Das neue Maritime Museum macht schon von weitem darauf aufmerksam, was innen zu sehen ist. Bild: Hans Georg Esch /gmp

Weitere Bauten aus dem Architekturbüro von Gerkan, Marg und Partner finden sich in einem Bildband des Prestel Verlags, München 2009, der Architektur aus den Jahren 2003 bis 2007 vorstellt (400 Seiten, 620 Abbildungen, davon 520 in Farbe, gebunden, 79 Euro). Rund 60 internationale Bauwerke werden anhand von Plänen, Fotografien, Skizzen und erläuternden Texten dokumentiert.

In Kürze

Aus alt mach Kunst

Für ihre ungewöhnliche, kreative Arbeit haben sie den Begriff „innovieren" geprägt. Fanny und Klaus Pracht machen aus alten Möbeln Kunst. Jetzt sind ihre Kreationen unter dem Titel „Möbelcollagen – Aus alt mach Kunst" in der Orangerie im Neuen Garten in Potsdam zu sehen. Die Ausstellung wird in Kooperation mit der Stiftung Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg gezeigt und präsentiert 17 ungewöhnliche Exponate. Ein zum Sperrmüll verurteilter Küchenschrank war Ausgangspunkt für eine ganze Reihe an unikaten Möbelcollagen, die Fanny und Klaus Pracht mit fachkundigem Sinn für das historische Element, Originalität und viel Liebe zum Detail kreieren. Dabei werden alte Möbelstücke wie etwa Kommoden, Kopfteile von Betten, Nachtschränkchen und Schranktüren kombiniert mit modernen Baukörpern, Flächen und teilweise farblicher Neufassung. Stets noch funktionstüchtig, entstehen Objekte mit ganz neuem Charme. *PAZ*



Aufgemöbelt: Alter Küchenschrank mit neuem Charme Bild: spsg

Die Ausstellung in der Orangerie im Neuen Garten, Potsdam, ist bis zum 19. September dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt frei.

Alte und Neue Meister an der Elbe

Gegenwartskunst in einem spannungsvollen Dialog mit dem historischen Sammlungsbestand des Albertinums in Dresden

Das Albertinum in Dresden ist nach sechsjähriger Umbauzeit wiedereröffnet worden – die Skulpturensammlung und die Gemäldegalerie Neue Meister locken die Besucher mit Kunstwerken von der Romantik und dem Klassizismus bis zur Gegenwart.

Wer hätte 2002 – im Jahr der Flutkatastrophe, als das Hochwasser der Elbe auch die Kunstwerke des Albertinums bedrohte – vermutet, dass dieses Naturereignis zu einer Chance für das an der Brühlschen Terrasse gelegene Gebäude werden würde? Für Überlegungen dieser Art blieb damals wenig Zeit, waren doch Museumsmitarbeiter und Freiwillige vollauf beschäftigt, die Kunstwerke aus den Depoträumen im Untergeschoss vor den Fluten in Sicherheit zu bringen.

Die Sanierung des ehrwürdigen einstigen Zeughauses aus der Renaissance wurde unumgänglich. Mit einer besonderen Hilfsaktion setzten sich 45 internationale und nationale Künstler, unter ihnen Candida Höfer, Jörg Immendorf, Georg Baselitz, Gerhard Richter und A.R. Penck, für das Museum ein. Unter dem Motto „Künstler helfen Alten und Neuen Meistern" spendeten sie eigene Werke für eine Benefiz-Auktion. Der Erlös von über 3,4 Millionen Euro bildete den Grundstock für die Generalsanierung, die insgesamt 51,2 Millionen Euro kostete und 2004 begann.

Das Ergebnis überzeugt: Dank des Berliner Büros „Staab Architekten" erfolgte der Umbau dergestalt, dass jetzt auch ein zweiter Museumseingang in das neue und lichte Foyer führt. Dies ist bereits eine große Verbesserung, besitzt das Haus doch so einen zentralen, vielseitig nutzbaren Innenraum, mit genügend Platz für Café, Buchladen, Galeriekonzerte und Theateraufführungen.

Aber die eigentliche Attraktion ist der über dem Innenhof „schwebende" zweigeschossige Werkstatt- und Depotkomplex. Dieses architektonische Meisterwerk entstand aus der Notwendigkeit eines flutsicheren Lagerortes. Nicht von ungefähr wird die raumschaffende Konstruktion bereits als „Arche für die Kunst" bezeichnet. Dank des behutsamen und unaufdringlichen Umbaus bleibt die wertvolle Bausubstanz des 450 Jahre alten Gebäudes erhalten.

Im Erdgeschoss ist die Skulpturensammlung eingezogen: Beginnend mit Werken von Auguste Rodin, dem großen Wegbereiter der Moderne, werden Entwicklungslinien deutlich, die bis hin zu Plastiken zeitgenössischer Künstler führen. Mit einem Rundgang durch die Skulpturenhalle sowie durch den sogenannten Klingerund den Mosaiksaal im ersten Obergeschoss kann der Besucher die Entwicklung der Skulptur vom Klassizismus bis in die Gegenwart verfolgen. Zudem eröffnen riesige gläserne Schaudepots dem Besucher bisher unbekannte Einsichten in das Innere des Museums und erschließen dem Auge lang verborgene Werke der Sammlung.

Im zweiten Obergeschoss befindet sich die Galerie Neue Meister. Auch hier wird Kunst von der Romantik bis zur Gegenwart in einem Rundgang erlebbar. Angefangen mit Meisterwerken von Caspar David Friedrich wie dem „Großen Gehege bei Dresden" oder „Zwei Männer in Betrachtung des Mondes" über weitere bedeutende Künstler der Dresdner Romantik wie Carl Gustav Carus und Ludwig Richter führt der Weg über den französischen und deutschen Impressionismus hin zu Werken der expressionistischen Künstlergruppe „Brücke", die 1905 in Dresden gegründet wurde. Zu ihren Vertretern gehören Ernst Ludwig Kirchner und Karl Schmidt-Rottluff, die wichtige Wegbereiter der Moderne waren.

Mit erstmals eigenen Räumen für A. R. Penck und Georg Baselitz wird der Bogen bis in die Gegenwart geschlagen. Diese Räume sind ein Beispiel für sowohl lokales als auch internationales Kunstschaffen, da beide Künstler – wie auch Gerhard Richter – aus Sachsen stammen.

Richter sind zwei Räume gewidmet, mit denen der Rundgang endet. Der Künstler richtete diese Räume selbst ein und schuf aus diesem Anlass einen neuen, farbenfrohen Bilderzyklus in der Technik der Hinterglasmalerei.

Die großartige Qualität des Bildbestandes zeichnet die Galerie aus und macht sie zu einem der wichtigsten Museen Deutschlands. Gegenwartskunst tritt in einen spannungsvollen Dialog mit dem historischen Sammlungsbestand. Der Besucher durchschreitet die Geisteswelten vergangener Kunstepochen, die sichtbar bis in die Gegenwart ausstrahlen.

Das neue Albertinum ist in seiner Gesamtheit auf Begegnungen zwischen Malerei und Skulptur, Romantik und Moderne, zwischen Ost und West, zwischen gestern, heute und morgen ausgerichtet. Bedenkt man, wie viel Kunst in Dresden über Jahrhunderte gesammelt wurde und wie inspirierend dieser Ort für Künstler war und ist, so ist es besonders wertvoll, dass nun auch die Kunst vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart in dem wiedereröffneten Albertinum ein „Zuhause" bekommen hat. *CvK*



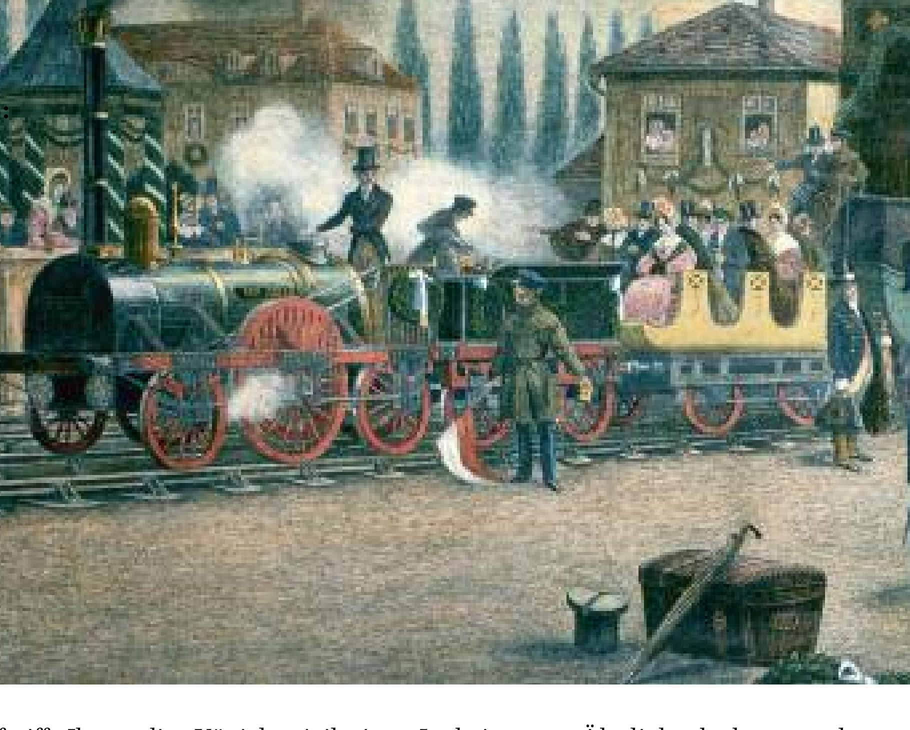
Gegenwartskunst in Dresden: Werke von Gerhard Richter im Albertinum Bild: ddp

Das Albertinum in Dresden, Brühlsche Terrasse und Georg-Treu-Platz, ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt: 8/6 Euro (inklusive Audioguide).

Neun Minuten, die das Land veränderten

Mit der Fahrt des »Adler« von Nürnberg nach Fürth begann 1835 in Deutschland das Eisenbahnzeitalter

Vor 175 Jahren begann mit der Fahrt des „Adler“ auch in Deutschland das Eisenbahnzeitalter: Neun Minuten Fahrtzeit, welche die Welt veränderten. Aus den sechs Kilometern der ersten Strecke von Nürnberg nach Fürth waren 100 Jahre später stolze 54 000 Kilometer geworden; heute sind es 20 000 weniger.



Start in ein neues Zeit alter: Begleitet von Salutsch ssen, Blasmusik und Hochrufen auf den K nig setzte Lok f hrer William Wilson am 7. November 1835 in N rnberg den aus England mitgebrachten Adler in Bewegung.

Bild: BpK

Davon hätte nicht einmal Manfred Schnell, beim letzten großen Eisenbahnerstreik 2007 streitbarer Chef der Lokführergewerkschaft GDL, zu träumen gewagt: ein „Dampfwagenführer“, der deutlich mehr verdient als sein oberster Direktor. Es ist allerdings auch schon etwas länger her, seit ein Lokomotivführer die sozialen Verhältnisse dermaßen auf den Kopf zu stellen vermochte. Der Herr hieß William Wilson, war gebürtiger Brite und anno 1835 mitsamt seinem Arbeitsgerät in das Königreich Bayern eingereist – per Schiff und Postkutsche.

Seinen großen – im Rückblick historischen – Auftritt hatte Mister Wilson am 7. November 1835. Standesgemäß im schwarzen Frack mit Zylinder und weißen Handschuhen (!) setzte er an diesem Sonnabend um „Punct 9 Uhr“ eine mobile Dampfmaschine auf sechs Rädern in Bewegung, die neun Wagen mit rund 200 todesmutigen Fahrgästen im atemberaubenden Tempo von 40 Stundenkilometern von dannen zog. Die sechs Kilometer Eisenfahrweg zwischen Nürnberg und Fürth waren in neun Minuten zurückgelegt.

Deutschlands erster Lokomotivführer, Leitbild für die Berufsträume nachfolgender Knabengenerationen, hatte als Ingenieur bei George Stephenson gearbeitet, blieb dann aber, nicht zuletzt wohl auch dank seinem üppigen Jahresgehalt von 1500 Gulden (300 mehr als der Chef), bis zu seinem Tod 1862 in Nürnberg.

Der englische Eisenbahnpionier Stephenson hatte 1825 zwischen Darlington und Stockton die erste öffentliche Bahnlinie eröffnet und 1830 mit der 50 Kilometer langen Strecke von Liverpool nach Manchester den Durchbruch geschafft.

In Deutschland war es der Wirtschaftswissenschaftler Friedrich List (1789–1846), der die Neuerungen aus England aufgriff. Ihn trieben vor allem politische Motive. Ein „deutsches Eisenbahnsystem“ sollte entscheidend dazu beitragen, die Zerstückelung in 39 souveräne Staaten des Deutschen Bundes mit den unterschiedlichsten Münz- und Maßsystemen zu überwinden und so beim Einstieg in das Industriezeitalter gegenüber England aufzuholen. Angeregt von seinen Ideen entstand in Nürnberg die „Königl. privilegierte Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft“. Ihre Aktien im Nennwert von 100 Gulden waren am Tag der ersten Fahrt auf 80 Gulden gefallen, zwei Jahre später aber auf ihren fünffachen Wert geklettert. Ein Erfolg, an den Bayernkönig Ludwig I. anfangs gar nicht glauben mochte: Erst am 19. August 1836 wagte Seine Majestät sich auf die Schienen der nach ihm benannten Bahn.

Ähnlich dachten andere gekrönte Häupter. Preußens Friedrich Wilhelm III. spottete: „Kann mir keine große Glückseligkeit vorstellen, ob man einige Stunden früher in Potsdam ankommt oder nicht.“ Und Hannovers König Ernst August brachte die Bedenken gegen die fauchenden Stahlungeheuer auf den Punkt: „Ich will nicht, dass jeder Schuster und Schneider so rasch reisen kann wie ich.“ Verhindern konnten die skeptischen Monarchen freilich nicht, dass die Eisenbahn zum „Leichenwagen des Absolutismus und Feudalismus“ wurde, wie der westfälische Unternehmer und „Vater des Ruhrgebiets“ Friedrich Harkort konstatierte.

Denn mit wahrhaft atemberaubendem Tempo eroberte die Eisenbahn die deutschen Lande. Am 7. April 1839 wurde die erste Fernstrecke in Betrieb genommen (115 Kilometer von Dresden nach Leipzig), ein halbes Jahr später die Strecke Berlin–Potsdam. Zugleich begannen die Deutschen, nun auch selber Lokomotiven zu bauen, statt sie aus England („Adler“ war Sephensons Lok Nr. 118) oder Belgien zu importieren. Die Pioniere hießen August Borsig, Carl Anton Henschel und Joseph Anton von Maffei. Letzterer hatte 1841 seinen „Münchner“ der staatlichen bayerischen Süd-Nord-Bahn für 24 000 Gulden angedient, was aber am Veto des Königs scheiterte, dem die Lok „selbst geschenkt zu teuer“ schien. Schließlich überzeugte Maffei Seine Majestät mit dem Hinweis, an der Steuer auf das während der Bauzeit von seinen Arbeitern getrunkene Bier habe der Staat mehr verdient, als die Maschine koste.

In den ersten Jahrzehnten wurden die meisten deutschen Eisenbahnen von privaten Aktiengesellschaften betrieben. Erst Otto von Bismarck gelang es, nach der Reichsgründung 1871 eine breite Verstaatlichungswelle zu initiieren. Doch erst nach dem Ersten Weltkrieg kam es zur Gründung der Reichsbahn. Die litt unter schwersten Reparationslasten: 8000 Lokomotiven, 13 000 Personen- und 280 000 Güterwagen kassierten die Sieger ein. Ferner wurden der Bahn Reparationszahlungen von elf Milliarden Goldmark, zahlbar in Raten à 600 Millionen bis zum Jahr 1964, auferlegt. Dies wurde allerdings 1932 wieder aufgehoben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verblieben von den 54 000 Kilometern Streckennetz des Jahres 1937 nur noch 31 000 Kilometer in den Westzonen und 13 000 Kilometer in der SBZ. Durch die Stilllegung unrentabler Nebenstrecken und die Interessenverlagerung auf den lukrativeren Fernverkehr schrumpfte das Netz der Bahn im vereinigten Deutschland nunmehr unter 34 000 Kilometer.

Dennoch bleibt die Bahn eines der wichtigsten Massenverkehrsmittel – sie hat wie kaum eine andere technische Entwicklung das Leben der Menschheit verändert.

Hans-Jürgen Mahlitz

Großer Bahnhof zum 175. Geburtstag von »Adler« & Co.

Zum 175. Jahrestag der ersten öffentlichen Eisenbahnfahrt in Deutschland wird zu zahlreichen Jubiläumsveranstaltungen geladen. Erwähnenswert sind neben dem DB-Museum in Nürnberg die Organisationen von Eisenbahnfreunden sowie der Verband der Museums- und Touristikbahnen.

Unter dem Titel „Adler, Rocket & Co.“ präsentiert das DB-Museum vom 6. August bis 31. Oktober neben dem „Adler“-Nachbau acht weitere historische Lokomotiven, darunter zwei Originale: die österreichische „Lacon“ von 1851 und die dänische „Gamle Ole“ von 1869 sowie einen Nachbau der „Rocket“, mit der George Stephenson 1829 die weltweit erste Schienenwettfahrt gewonnen hatte.

Bis zum 27. Februar 2011 läuft in Nürnberg die große Sonderausstellung „Planet Eisenbahn“. Das Jubiläumsereignis, die erste Fahrt des „Adler“ am 7. November 1835, wird in den Kontext der weltweiten Entwicklung dieses Massenverkehrsmittels, der Geschichte der industriellen Revolution sowie neuzeitlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme gestellt. Beide Ausstellungen sind Dienstag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr und am Wochenende von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Das DB-Museum in der Lessingstraße 6 in Nürnberg ist bequem mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. (Telefon 0180/4442233.)

Ein ganz besonderes Schmankerl kündigt der „Freundeskreis Eisenbahn Köln“ an: Am 7. November, der in diesem Jahr auf einen Sonntag fällt, sollen gegen 11 Uhr auf dem Kölner Hauptbahnhof Wagen des legendären Rheingold-Express, gezogen von einer historischen Schweizer E-Lok, zu einer romantischen Rheinfahrt starten. Im Rheingold-Speisewagen, Baujahr 1928, wird Klaus Kremer, Chefkoch der „Queen Mary 2“, ein auf den historischen Anlass abgestimmtes Sechs-Gänge-Menü servieren. (Telefon 0221/592766.)

Der Verband Deutscher Museums- und Touristikbahnen lädt unter anderem am 11. und 12. September in Passau zum „Tag des offenen Denkmals“ ein, informiert am 5. September und 3. Oktober über „Eisenbahn in Hamburg und Umgebung“ sowie am 18./19. September in Selb über „175 Jahre Eisenbahn in Bayern“. (Telefon 0700/83681111.) *H. J. M.*

Pionierin der modernen Krankenpflege

Vor 100 Jahren starb die Engländerin Florence Nightingale, die »Dame mit der Lampe«, der »Engel der Barmherzigkeit«

„Krankenpflege ist eine der schönsten Künste“, so lautet ein verkürztes Zitat von Florence Nightingale, die ihre Lebensaufgabe darin sah, „Schwester“ aller Kranken und Leidenden zu sein. Bekannt wurde sie als „Lady with the lamp“ (Dame mit der Lampe), und noch heute wird sie als Organisatorin der britischen Krankenpflege verehrt.

Geboren wurde Florence Nightingale am 12. Mai 1820 in Florenz während einer mehrjährigen Reise ihrer Eltern nach Italien. Ebenso wie ihre ältere Schwester erhielt sie den Namen der Stadt, in der sie zur Welt kam.

Ihr Krimkriegseinsatz machte sie berühmt

Nach der Rückkehr in die Heimat Großbritannien wuchs Florence in Derbyshire sowie in Hampshire auf. William Edward Nightingale wollte seine Töchter in einem liberalen Sinne erzogen sehen und unterrichtete sie selbst, unterstützt durch eine Hauslehrerin.

Florence rebellierte sehr früh gegen den Lebensweg als treue Ehefrau, den die gesellschaftlichen Konventionen ihr eigentlich vorschrieben. Sie empfand vor allem die Gesundheitsfürsorge für arme Bevölkerungsschichten als katastrophal und beschloss, hier aktiv zu werden. Ihre Entscheidung teilte sie der Familie erst als 25-Jährige mit, wohlwissend, dass die sich dem Vorhaben entgegenstellen würde. Nightingale jedoch fühlte sich durch eine „göttliche Inspiration“ hierzu berufen und ließ sich nicht davon abbringen. 1851 absolvierte sie in der Diakonie von Kaiserswerth eine dreimonatige Ausbildung in der Krankenpflege. Hier lernte sie auch die Bedeutung der planmäßigen Organisation von Krankenhäusern und der nachhaltigen Ausbildung der Pflegekräfte kennen und schätzen. Von Kaiserswerth zog Florence Nightingale weiter nach Paris, wo sie die Pflegemethoden der „Barmherzigen Schwestern“ (Vinzentinerinnen), studierte. 1853 übertrug man ihr die Leitung von einem Sanatorium für kranke Gouvernanten in London.

Im selben Jahr wurde sie durch die „Times“ auf die katastrophale Situation der im Krimkrieg verwundeten britischen Soldaten aufmerksam. Nightingale bot der Regierung ihre Hilfe an. Mit 38 Krankenschwestern brach sie am 21. Oktober 1854 in Richtung Krim auf. Ziel war das Lazarett von Scutari in Üsküdar. Hier waren die Kranken häufig nicht einmal mit dem Nötigsten versorgt. Mit unermüdlichem Einsatz und großer Willenskraft erleichterte Nightingale dort das Schicksal der über 5000 Verwundeten. In den folgenden Monaten vergrößerte sie die Gruppe der Krankenschwestern und Helferinnen auf 125 Pflegekräfte. Widerstand schlug ihr vor allem durch das Militär entgegen, das ihr Eintreffen als Einmischung einer Zivilperson in militärische Angelegenheiten empfand. Wegen der Anforderungen, die der tägliche Kampf um Verbesserungen der Ernährung und Infrastruktur mit sich brachten, kam sie oft erst abends im Dunkeln dazu, selbst noch nach den Kranken zu sehen, was ihr den Spitznamen „Dame mit der Lampe“ einbrachte.

Bild: Archiv

Florence Nightingale

Als sie schließlich selbst schwer erkrankte – vermutlich am Krim-Kongo-Fieber – musste sie die Krim verlassen. Bei ihrer Rückkehr am 7. August 1857 hatte sie in England so große Bekanntheit erlangt, dass sie dort die zweitberühmteste Frau direkt nach Königin Victoria war.

1858 wurde die mathematisch hoch begabte Nightingale, die auch als Pionierin der Anwendung statistischer Hilfsmittel im Bereich der Epidemiologie und der visuellen Darstellung mathematisch-statistischer Zusammenhänge gilt, als erste Frau in die Royal Statistical Society berufen. Später wurde sie auch Ehrenmitglied der American Statistical Association.

Eine größere Geldspende verwendete sie für die Gründung der Florence-Nightingale-Stiftung und die Einrichtung einer Krankenpflegeschule am St. Thomas Hospital in London. Ihr Engagement für eine solide Ausbildung führte dazu, dass der Beruf der Krankenpflegerinnen weltweit eine Aufwertung erfuhr. 1859 und 1860 veröffentlichte sie ihre Erfahrungen aus der Krankenpflege und ihre pflegerischen Grundsätze. Ebenso wurde sie Mitentwicklerin der Idee der Gemeindeschwestern, die man in der häuslichen Krankenpflege bei Armen einsetzte. 1861 folgte die Gründung einer Hebammenschule am Kings College Hospital in London. In den nächsten Jahrzehnten war sie eine kritische Beobachterin und Ratgeberin im Gesundheitswesen. Am 22. August 1864 wurde auf Initiative von Henry Dunant das Rote Kreuz gegründet, woran Nightingale einen großen Anteil hatte.

Sie nutzte die Statistik für die Krankenpflege

Neben der Krankenpflege kümmerte sie sich auch um die soziale Not der Menschen. Aus diesen Bemühungen entwickelten sich später die nichtkonfessionellen britischen Sozialdienste. Ihre Arbeit würdigte man mit der Stiftung der „Florence-Nightingale-Medaille“; 1907 zeichnete man sie mit dem britischen Verdienstorden „Order of Merit“ aus.

Florence Nightingale starb am 13. August 1910 im Alter von 90 Jahren in London. Seit 1963 erinnern Pflegekräfte jedes Jahr mit einem Internationalen Tag der Pflege an den Geburtstag der Virtuosin; 1975 erhielt das Diakonissenkrankenhaus in Kaiserswerth ihr zu Ehren den Namen „Florence Nightingale Krankenhaus“.

Corinna Weinert

Hetze gegen »ostpreußische Rundschädel«

Nach 1945 kämpften dänische Nationalisten mit harten Bandagen für die Annexion Südschleswigs – Rückgriff auf Nazi-Propaganda

Nach dem für Deutschland verlorenen Zweiten Weltkrieg versuchten dänische Kräfte, die Ohnmacht des deutschen Staates und die Hoffnungslosigkeit in weiten Kreisen der Deutschen auszunutzen, um wie weiland 1920 eine Südverschiebung der dänischen Grenze durchzusetzen.



Rücksichtslos und rassistisch: Die dänische Propaganda warb nach 1945 mit der Ausweisung der „andersrassigen Ostdeutschen“ für den Fall der „Wiedervereinigung“ von Südschleswig mit Dänemark. Foto: BpK

In dem Gebiet zwischen der deutsch-dänischen Grenze und der Südgrenze des alten Herzogtums Schleswig, der Eider, begann die dänische Minderheit mit Unterstützung weiter Kreise des Königreiches 1945 eine massive Propaganda für Dänemark. Unverhohlen wurde in Aussicht gestellt, dass bei einem Anschluss des Gebietes an Dänemark die Bevölkerung dem Hunger, der Arbeitslosigkeit und den Repressalien der Sieger entgehen würde.

Wieder wurde die alte These vom uralten dänischen Boden und dem dänischen Blut in den Adern der Schleswiger als Argument verwendet. Man versprach, bei einem Anschluss an Dänemark würden die Flüchtlinge, die in großer Zahl am Kriegsende in Schleswig-Holstein Zuflucht gesucht hatten, das Land verlassen müssen, so dass die Gefahr gebannt sei, dass die „ostpreußischen Rundschädel die schlanken blonden nordischen Schleswiger verderben“ würden, wie es wörtlich in der dänischen Propaganda hieß. Es war von Überfremdung die Rede, die durch die „andersrassigen Ostdeutschen“ zu befürchten sei. Man benutzte unverhohlen rassistische Parolen, die denen der Nationalsozialisten zum Verwechseln ähnlich waren.

Jeder, der auch nur ein Großelternteil nachweisen konnte, das nördlich der Eider geboren war, konnte Mitglied in der Organisation der dänischen Minderheit werden; hatte er Kinder, musste er sich verpflichten, sie in eine der überall aus dem Boden schießenden dänischen Schulen oder Kindergärten zu schicken. Der Lohn sollten umfangreiche Lebensmittelgaben sein, die den Mitgliedern der dänischen Minderheit den Spottnamen „Speckdänen“ einbrachten.

Die allgemeine Not in Deutschland und die materielle Unterstützung der Mitglieder der dänischen Minderheit bewirkten tatsächlich, dass Flensburg in seinem Stadtparlament bald eine dänische Mehrheit aufwies und dass im ganzen Landesteil Schleswig bei den Wahlen 1947 fast 100 000 Wahlberechtigte für die Partei der dänischen Minderheit stimmten. Als sich in Flensburg der Kreisverband der SPD auf die dänische Seite schlug, schloss der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ihn aus der SPD aus. Er scheute sich nicht, vom „Landesverrat“ der Flensburger Genossen zu sprechen.

Erst als sich die deutsche Seite gesammelt hatte und überparteilich Abwehrorganisationen wie die „Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig“, den „Deutschen Grenzverein“, den „Schleswig-Holsteinischen Heimatbund“ und den „Grenzfriedensbund“ (wieder) gegründet worden waren und als sich die Lebensverhältnisse in Deutschland zu verbessern begannen, ging die dänische Woge zurück.

> Der Flensburger SPD warf Kurt Schumacher Landesverrat vor

Dazu trug auch bei, dass die britische Besatzungsmacht die dänische Regierung drängte, sich zu entscheiden, ob sie den Anschluss Südschleswigs an Dänemark wolle und wenn ja, zu welchen Bedingungen. Soll die deutsche Bevölkerung ausgesiedelt werden, oder soll sie im dänischen Staatsverband bleiben? Daraufhin verzichtete die dänische Regierung auf die Forderung einer kurzfristigen Abtrennung Südschleswigs von Deutschland. Sie war realistisch genug, um zu wissen, dass die jetzt für Dänemark abgegebenen Stimmen opportunistisch waren. Die Deutschen dahinter würden bei der sich abzeichnenden Normalisierung der Lage Deutschlands mit den gegen ihren Willen zu Dänemark geschlagenen Landsleuten eine so starke deutsche Volksgruppe in Dänemark bilden, dass das Königreich sie nicht bewältigen könnte. Diese Regierungsentscheidung bedeutete für die grenzrevisionistischen dänischen Kreise einen herben Rückschlag.

Als die deutsche Seite bei der ersten Bundestagswahl 1949 als überparteilichen Kandidaten den untadeligen Schulrat Eduard Edert aufstellte, wurde er im Wahlkreis Flensburg und Umgebung direkt gewählt. Danach sanken die dänischen Stimmenanteile von Wahl zu Wahl. 1951 wurde auch die dänische Stimmenmehrheit in Flensburg gebrochen. Ihren Tiefstand erreichten die dänischen Stimmen in Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl 1971. Nur knapp 19 720 Stimmen entfielen auf den Südschleswigschen Wählerverband (SSW), die Partei der dänischen Minderheit.

Auch auf zwischenstaatlicher Ebene entspannte sich die Lage. Um der Aufnahme der Bundesrepublik in die Nato zuzustimmen, verlangte Dänemark Abmachungen zur Absicherung der dänischen Minderheit in Deutschland – und damit auch der deutschen Minderheit in Dänemark. Es sollte aber kein deutsch-dänischer Vertrag werden; hier verhielt sich Dänemark wie schon 1920. Daher wurden am 29. März 1955 von der Bundesregierung und von der dänischen Regierung sinngemäß gleiche Erklärungen abgegeben, die besagen, dass in Dänemark jeder Deutscher sein darf, der Deutscher sein will, und dass in Deutschland jeder Däne sein darf, der es sein will. Eine Überprüfung von Staats wegen ist verboten. Beide Volksgruppen haben im Grundsatz die gleichen Rechte und Pflichten wie die Mehrheitsbevölkerung; sie genießen kulturelle Autonomie.

Wegen dieser Regelung ist es nicht möglich, die Stärke der jeweiligen Minderheiten zu ermitteln. Man schätzt, daß sich in Dänemark etwa 5000 bis 20 000 Staatsbürger zur deutschen Volksgruppe zählen, während sich südlich der Grenze ungefähr 50 000 deutsche Staatsbürger zur dänischen Kultur bekennen. Weder geben die für die Partei der jeweiligen Minderheit abgegebenen Stimmen zuverlässig Auskunft, weil inzwischen auch Personen den Parteien ihre Stimme geben, die sie als Regionalparteien ansehen und mit der Stimmabgabe kein nationales Bekenntnis verbinden, noch sagen die Zahlen der Schüler in den Minderheitenschulen etwas aus über nationale Zugehörigkeit der Schüler und ihrer Familien, weil sich die Schulen inzwischen zunehmend für alle Nationalitäten geöffnet haben. Das gilt für das Gebiet südlich der Grenze und in der jüngsten Vergangenheit zunehmend auch für das dänische Nordschleswig.

Die Verhältnisse im deutsch-dänischen Grenzgebiet waren und sind für Außenstehende oft unübersichtlich. Doch erfreulicherweise funktioniert heute das Zusammenleben. Grenzrevisionistische Ambitionen sind erloschen. Wird doch noch einmal von Einzelnen oder von kleinen Gruppen eine Grenzverschiebung ins Spiel gebracht, findet das kein Echo mehr und wirkt eher antiquiert. *Hans-Joachim von Leesen*

Autonomie schon 1920 bis 1945

Nachdem in Volksabstimmungen 1920 eine neue deutsch-dänische Grenze festgelegt worden war, die weitgehend dem Willen der betroffenen Bevölkerung entsprach, verblieb in beiden Teilen Schleswigs eine nationale Minderheit, nördlich der Grenze eine deutsche, südlich eine dänische. Einen Anhaltspunkt für ihre Stärken geben Wahlergebnisse. Den Höhepunkt erreichte die Partei der deutschen Minderheit in Nordschleswig bei der Folkethingwahl (Reichstagswahl) am 3. April 1939, als über 15 000 Menschen ihr die Stimme gaben. Sie konnte einen Abgeordneten ins dänische Parlament entsenden. Die Partei der dänischen Minderheit in Deutschland gewann bei der letzten freien Kommunalwahl in Preußen 4658 Stimmen. Den Abschluss eines Minderheitenabkommens zwischen Deutschland und Dänemark lehnte Dänemark ab, doch ergab sich aus der gegenseitig notwendigen Rücksichtnahme auf die jeweilige Volksgruppe, dass beide Länder ihre Minderheit respektierten und ihr schon damals weitgehend kulturelle Autonomie gewährten. Das galt auch in Deutschland für die Zeit zwischen 1933 und 1945. *H.-J. v. L.*

Erbkaisertum und Demokratie

Der Publizist August Heinrich Simon organisierte eine Mehrheit im Paulskirchenparlament für die Hohenzollernmonarchie

Brüsk hat König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die ihm von der Frankfurter Nationalversammlung angetragene deutsche Kaiserkrone abgewiesen. Sicherlich hätte er den ihm angebotenen deutschen Kaisertitel international schwerlich durchsetzen können. Dennoch nützte die Entscheidung des Paulskirchenparlaments für ein Erbkaisertum der Hohenzollern dem preußischen Herrscherhaus. Denn sie trug ein Stück weit zur demokratischen Legitimierung der späteren kleindeutschen Lösung der deutschen Frage mit der nachfolgenden Herrschaft von Friedrich Wilhelms Bruder, Neffen und Großneffen bei und damit auch zu deren Stabilisierung. Insofern hat sich der Jurist und Publizist August Heinrich Simon um das Herrscherhaus Preußens verdient gemacht, als er das Erbkaisertum der Hohenzollern in der Paulskirche mehrheitsfähig gemacht hat. Dieses Verdienst spiegelt seine Behandlung durch das Königreich Preußen allerdings nicht wider.

> Paketlösung mit Heinrich von Gagern

Dabei wurde der gebürtige Breslauer Simon am 29. Oktober 1805 in Kreise hineingeboren, die eigentlich auf der Sonnenseite des Hohenzollernstaates standen. Seine Familie gehörte zwar nicht zum Adel, aber zum Geldadel. Sein Vater war ein angesehener Kaufmann und er selber genoss die bestmögliche Ausbildung. Dem Besuch des Gymnasiums folgte ein Studium der Rechte in seiner Geburts- und in der Landeshauptstadt. Ein Gerichtsreferendariat in Brandenburg schloss sich an; die Jugend genoss er in vollen Zügen; und eine Karriere als Beamter in der Justiz, im Idealfall als Richter, schien vorgezeichnet. Doch dann warf ihn ein Duell aus der Bahn, in dem er einen Freund erschoss. Die Strafe war zwar mild und nach deren Verbüßung durfte er sogar seine Laufbahn bei Gericht fortsetzen, doch verlor er das Ziel Richter zusehends aus dem Blick: „Nicht leicht dürfte ein Mensch seine Bestimmung mehr verfehlt haben als ich – ich hinterm Actentisch!“ Stattdessen wandte er sich nun vermehrt der Politik zu.

1841 wechselte er ins Kultusministerium, um Vorschläge für eine Schulreform zu erarbeiten. Doch stießen diese auf die Ablehnung seines Ministers. Als seine öffentlich geäußerte Kritik an der vermeintlichen Bedrohung der richterlichen Unabhängigkeit im Lande dann auch noch mit der Streichung eines Urlaubs für seine schriftstellerische Arbeit abgestraft wurde, schied Simon aus dem preußischen Staatsdienst aus.

August Heinrich Simon — Bild: Wikipedia

Wofür Simon den ihm versagten Urlaub haben wollte, machte er nun vollzeit. Er betätigte sich publizistisch. Dabei äußerte er sich derart kritisch, dass gegen den ehemaligen Staatsdiener 1847 sogar ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet wurde.

Die 48er Revolution war dann seine große Stunde. Er wurde als Abgeordneter Magdeburgs Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, wo er die Führung der linksliberalen „Fraktion Westendhall“ übernahm. Historische Bedeutung gewann seine Unterstützung der Politik Heinrich von Gagerns. Er erweiterte dessen parlamentarische Basis nach links und verhalf diesem damit in der Verfassungsfrage zur Mehrheit. Grundlage war der sogenannte Simon-Gagern-Pakt, eine Paketlösung. Sie sah vor, dass die Demokraten auf die großdeutsche Lösung der deutschen Frage und die Republik zugunsten des von den sogenannten Erbkaiserlichen um Gagern gewünschten Erbkaisertums der Hohenzollern verzichteten und dafür deren Unterstützung für das allgemeine und gleiche (Männer-) Wahlrecht erhielten. Ein Teil der Demokraten war zu diesem Kompromiss bereit, jedenfalls genügend, um dem Erbkaisertum in der Abstimmung vom 27. März 1849 eine Mehrheit von vier Stimmen zu verschaffen. Am Tag darauf wurde die Reichsverfassung in Kraft gesetzt und der preußische König zum Kaiser gewählt.

> Verurteilung wegen Hochverrats

Alles wurde jedoch hinfällig durch die brüske Zurückweisung der Kaiserkrone durch den Preußenkönig am 3. April 1849. Das war der Anfang vom Ende der 48er Revolution. Nachdem Friedrich Wilhelm sein Missfallen an der Frankfurter Nationalversammlung unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hatte, zog sich der rechte Flügel der Parlamentarier mit Gagern zurück. Was blieb, war der linke Flügel mit Simon, der nun ein Rumpfparlament bildete. Welche Bedeutung Simon weiterhin beigemessen wurde, wird auch darin deutlich, dass dieses Rumpfparlament ihn in die als Exekutivgewalt gedachte Reichsregentschaft wählte. Diese exponierte Stellung brachte Simon eine Verurteilung wegen Hochverrats durch das Stadtgericht seiner Geburtsstadt ein.

Als das Urteil gefällt wurde, lebte Simon aber bereits in der Schweiz, wohin er nach dem Scheitern der Revolution geflohen war. Wie diverse andere engagierte 48er machte auch Simon im Exil wenigstens wirtschaftlich sein Glück.

Als Österreich 1859 durch den Sardinischen Krieg gebunden war, rief er nochmals aus dem Exil zu einer demokratischen, kleindeutschen Lösung der deutschen Frage im Sinne der Reichsverfassung von 1849 auf – (zumindest vorerst) ohne Erfolg. Simon war weder die Realisierung der kleindeutschen Lösung noch die Einführung der Demokratie in der Heimat zu erleben vergönnt. Er starb am 16. August 1860 bei einem Badeunfall im Wallensee. *Manuel Ruoff*

CDU-Granden: Dem Desaster zuvorgekommen

Zu: „Von Loyalität ist nichts zu spüren“ (Nr. 29)

Das scheidende CDU-Führungspersonal fühlt sich offenbar weder seiner Partei noch den Bürgern verpflichtet. Und diesen charakterlichen Mangel hätten zu gleicher Zeit sechs Ministerpräsidenten und ein Bundespräsident, die unterschiedlicher nicht sein könnten?

Nein: Diese CDU-Führungspersönlichkeiten, alle fähig und verdient, sehen aus ihrer großen Erfahrung, dass mit der Merkel-CDU keine Wahlen zu gewinnen sind, beim besten Willen nicht. Frau Merkel ist es gelungen, die CDU inhaltlich zu entkernen und absolut zu beherrschen, und die Partei findet sich wie in Trance. Es handelt sich bei jedem Rücktritt um eine rationale und legitime Entscheidung selbst dann, wenn sich die Frage aufdrängt, welchen Anteil der Stil der Führungsspitze daran hat.

Gudrun Schlüter, Münster

Schwarz-Rot-Gold steht für Freiheit und Einheit

Zu: „Extreme Fahnenjagd“ (Nr. 29)

Mit dem Diebstahl und der Vernichtung der schwarz-rot-goldenen Fahne, die sich ein in Deutschland lebender und arbeitender Libanese gekauft und aufgehängt hatte, haben die linken „Antirassisten“ bewiesen, was für Dumpfbacken sie sind. Die deutschen Farben haben mit Rassismus so viel zu tun wie Linksextremismus mit Humanität. Sie stammen aus der Einheits- und Freiheitsbewegung in der Zeit nach den napoleonischen Kriegen, als das deutsche Volk sich vom Feudalismus befreien wollte, waren in der Revolution von 1848 Symbol für Freiheit und Einheit der Deutschen und dann das Symbol der ersten deutschen Republik. Sie wurden von den schwarz-weiß-roten Monarchisten als schwarz-rot-Senf verspottet und von Hitler verboten. Wer solche Farben für reaktionär hält, hat in der Schule wohl gar nichts mitgekriegt.

Dr.-ing. Karl Reißmann, Mittweida

Bürger will nicht

Zu: „Im Niemandsland“ (Nr. 29)

Die CDU scheint nicht nur in Hamburg das Ohr nicht am Bürger zu haben. Wenn den Volksvertretern oftmals die Bodenhaftung verlorengeht, sollten sie sich doch auf ordentliche Umfrageinstitute verlassen können. Der Bürger will eins nicht: Neulinke Ideologie. Wir brauchen keine Mauerideologie und auch kein Stück davon.

Mathias Wagener, Mannheim

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Ein Leben nach der Politik entdeckt: Roland Koch und Horst Köhler (v.l.) Bild: ddp

Linke und grüne Heuchler

Zu: „Beusts Volksfront“ (Nr. 27)

Das ist die Zukunft unserer Demokratur: Von der CDU bis zu den Kommunisten: alle „Volksvertreter“ zusammen gegen das Volk! Wer nach Süddeutschland schaut, kann ein bestens funktionierendes, traditionell gegliedertes Schulsystem bewundern, welches beim Pisa-Test im deutschen Vergleich regelmäßig die vordersten Plätze belegt. Doch Fakten haben die linksgrünen Utopisten noch nie aufgehalten, wenn es um die Verwirklichung ihrer realitätsfernen Träumereien ging.

Eine Bildungspolitik nach linksgrünen Vorstellungen, die zu Lasten der Kinder als soziales Steuerungsinstrument missbraucht wird, hat die Absenkung des Niveaus für die Mehrheit der Schüler zur Folge. Denn das linksgrüne System ist nur auf die schwächsten Schüler ausgerichtet zu Lasten der leistungsstarken, die zwangsweise nach unten gezogen werden. Unser rohstoffarmes Land ist jedoch auf seine klugen Köpfe angewiesen, eine staatlich verordnete Verdummung können wir uns nicht leisten.

Im Übrigen sind die wenigsten linksgrünen Parlamentarier von ihrem eigenen Schulsystem überzeugt, denn die wenigsten schicken ihre eigenen Kinder in eine Gesamtschule oder dergleichen. Wenn es um die eigenen Kinder geht, ziehen diese Heuchler dann doch die teure gymnasiale Privatschule vor.

Roland Wolf, Köln

Juli 2010: Man ließ uns nicht nach Königsberg

Zu: „Weltberühmter Klangkörper“ (Nr. 23)

Sie war schon ein Erlebnis, diese Schiffsreise auf der „Mein Schiff“ im Juli mit den Wiener Philharmonikern an Bord. Proben, kleine Konzerte während der Fahrt und die großen Konzerte in den großen Konzerthäusern von St. Petersburg, Helsinki, Stockholm. Der Höhepunkt aber sollte am 15. Juli das Konzert in Königsberg sein, der Geburtsstadt Otto Nicolais. Anlässlich seines 200. Geburtstages gastierte hier das Weltklasseorchester, das 1842 von Otto Nicolai gegründet worden ist, zum ersten Mal in seinem langen Bestehen. Es stiftete auch eine Gedenktafel (zweisprachig) für seinen Gründer, die mit einer kleinen Ansprache im Dom enthüllt wurde.

Der Höhepunkt geriet für 1600 Kreuzfahrtgäste, die aus allen Erdteilen der Welt gekommen war, jedoch zu einem unbeschreiblichen Reinfall: Obwohl alles gut organisiert, mit den Verantwortlichen in Königsberg abgesprochen, alle Pass- und Visabestimmungen erfüllt waren, scheiterte dieses Vorhaben an der Sturheit und Willkür der Grenzposten auf der Kurischen Nehrung und in Tilsit. Stundenlang ließen sie die festlich gekleideten Menschen in brütender Hitze warten, durchsuchten den Lastwagen mit allen Instrumenten, bis keine Zeit mehr blieb für die angekündigte Stadtrundfahrt. Mit erheblicher Verspätung erreichten dann die Busse das „Konzerthaus“; eine neu errichtete Sportarena namens „Bernsteinhalle“! Grauenvolle Akustik für einen solchen Klangkörper! Die Musiker hatten gar keine Zeit mehr sich umzuziehen und die Instrumente zu stimmen. Und so spielten sie in verschwitzter Alltagskleidung, und Dirigent Christian Tielemann jagte seine Musiker in 65 Minuten ohne Pause durch das Programm, das gut und gerne zweieinhalb Stunden hätte dauern können. Alle mussten ja wieder um Mitternacht in Memel an Bord sein, damit das Schiff pünktlich ablegen konnte – was aber auf Grund erneuter, nun nächtlicher, Wartezeiten an der Grenze nicht möglich war.

So unterblieb es, den ausländischen Gästen Königsberg und seine Geschichte näherzubringen; stattdessen machte sich große Enttäuschung breit.

Regine Mentz-Weiss, Edewecht

Aus dem Herzen eines preußischen Patrioten

Zu: PAZ

Weiterhin uneingeschränkt begeistert von der „hochprozentigen“ *PAZ* vertraue ich darauf, dass der sich offensichtlich erfolgreich ausweitende Kiosk-Vertrieb keine „Verwässerung“ bewirkt – infolge des Bemühens, die Auflagenerhöhung zu forcieren. Hier gilt sicher – wie so oft: Wehret den Anfängen!

Die mir freundlicherweise überlassenen Sonderbeilagen zur „Vollendung des 60. Lebensjahres“ der *PAZ* habe ich übrigens mit nachstehendem Anschreiben an Freunde und Bekannte verteilt: „Als Anlage schicke ich Dir/Ihnen eine Ausfertigung der Sonderbeilage der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (*PAZ*) zu deren 60-jährigem Bestehen. Außerdem lege ich einen Gutschein bei, der es ermöglicht, die *PAZ* über vier Wochen unverbindlich anzuschauen. Sie ist eine Wochenzeitung. Bis vor wenigen Wochen erhielt man sie nur im Abonnement per Post zugeschickt. Neuerlich ist sie auch an Kiosken erhältlich; allerdings noch nicht an vielen: Der hierzu erforderliche Vertrieb ist erst im Aufbau.

Es handelt sich bei der *PAZ* um ein unverkennbar ‚rechts von der Mitte‘ angesiedeltes Blatt. Man muss es also – wie jedes andere auch – mit wachem, kritischem Blick lesen und sicher das eine oder andere – wie es heutzutage so schön heißt – hinterfragen.

Ich werbe für die *Preußische* – übrigens völlig aus eigenem Antrieb und ohne irgendeinen persönlichen Nutzen –, weil ich nach vielfältigen Vergleichen festgestellt habe, dass keine der anderen großen Zeitungen – bei der ‚FAZ‘ angefangen über ‚Welt‘, ‚Süddeutsche‘, ‚Spiegel‘ bis hin zur ‚Zeit‘ – über brisante Themen so klar und ohne Scheu vor der political correctness berichtet wie eben die *PAZ*.

Natürlich räume ich ein, dass meine Ansicht zur *PAZ* auch dem Herzen eines alten, unverbesserlich preußischen Patrioten entspringt, aber nicht nur! Mit großer Sorge registriere ich ebenso, wie sich unsere Gesellschaft – teils gar von der CDU betrieben – vermehrt ‚nach links‘ öffnet. Die vorherrschende Schulpolitik wie die immer noch verquast betriebene Multikulti-Integrationspolitik sind hierfür nur Beispiele.“

Hans-Christian Hartig, Goch

Fehler bei Friedrich

Zu: „Der Geschichte verpflichtet“ (Nr. 29)

In dem Interview mit Prinz Michael von Preußen hat sich entweder ein Versprecher, ein Druckfehler oder schlicht Unwissenheit eingeschlichen. Das Jahr 2012 ist nicht das 300. Todesjahr, sondern das 300. Geburtsjahr von Friedrich dem Großen, der am 24. Januar 1712 geboren ist. – Bei solchen Berichten ist mehr Sorgfalt erforderlich.

Erich Kibbat, Heikendorf

Anm. d. Red.: *Vielen Lesern der* *PAZ* *ist dieses Versehen aufgefallen, das wir sehr bedauern.*

Als Preußen zur Redlichkeit verpflichtet

Zu: „Zum 20. Juli 1944“

Wenn Wilhelm v. Gottberg den Männern des 20. Juli 1944 Treue und Redlichkeit bescheinigt, möchte ich auf Freiherr Philipp von Boeselager zurückkommen. Er, der zu den Verschwörern der Heeresgruppe Mitte im Osten gehörte, hat als Beteiligter des 20. Juli seine Aufzeichnungen der Nachwelt überlassen. Diese wurden nach seinem Tode 2008 veröffentlicht: „Der letzte Zeuge des 20. Juli 1944“. Hierbei möchte ich einflechten, dass es durchaus einen letzten noch lebenden Zeitzeugen gibt: Ewald-Heinrich von Kleist (*1922).

In Boeselagers Buch wird in erschütternder Weise geschildert, dass um 1943 nach Kenntnissen der Verschwörer täglich 16000 Menschen durch das NS-Regime umgebracht worden sind. Das waren keine gefallenen Soldaten oder Tote aufgrund von Kriegsereignissen. Nein, es waren Zivilisten, Juden, Zigeuner, unheilbar Kranke.

Die Verschwörer hatten Verbindung zu SS-Obergruppenführer Arthur Nebe, oberster Kriminalbeamter im Reich. Über seinen Schreibtisch liefen alle Schweinereien, die die Nazis begangen hatten. Nebe war allerdings selbst in diese Dinge verstrickt.

Die Verschwörer fühlten sich als Preußen zur Redlichkeit verpflichtet, diesen Untaten musste man entgegentreten. Das hieß letztlich auch, Hitler umzubringen. Alle Schweinereien und Untaten wurden von ihm angeordnet beziehungsweise gedeckt. Die Ostpreußen haben es bitter auslöffeln müssen. Der verlängerte Arm Hitlers in Ostpreußen, Gauleiter Koch, hat die eingetretene Katastrophe Ende 1944/Anfang 1945 zu verantworten. Die Flüchtlingstrecks wurden viel zu spät freigegeben. Tausende Ostpreußen kostete es das Leben.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Eigenes Vertriebenenzentrum

Zu: Leserbrief „Kampf der Vertriebenen ist gescheitert“ (Nr. 20)

Der Kampf der Vertriebenen ist erst dann gescheitert, wenn sich die Vertriebenen selber aufgeben. Aber wenn die Vertriebenen nur gebannt darauf starren, wann denn endlich der Staat das Notwendige unternimmt, können sie bis zur biologischen Erledigung ihres Anliegens warten. Daher hätten die Vertriebenen bereits viel früher die berechtigten Anliegen in Eigeninitiative regeln müssen. Anstatt zu warten, bis der Staat ein Vertreibungsdenkmal aufstellt, sollte ein beherzter Zeitzeuge ein Grundstück zur Verfügung stellen, auf dem dann das gewünschte Mahnmal ohne politisch korrekte Rücksichtnahme aufgestellt wird.

Erwünschter Nebeneffekt wäre, dass der edle Spender qua Hausrecht Randalierer vom würdigen Gedenken ausschließen kann und auch Sachbeschädigungen besser juristisch aufgearbeitet werden können. Als Träger könnte die von Leser Landau angeregte Interessengemeinschaft fungieren, die allerdings staatsunabhängig sein müsste. Der Vorschlag des Leserbriefschreibers kommt daher mitnichten zu früh, eher zehn Jahre zu spät.

Andreas Klapproth, Meßkirch

20. Juli 1944: Erfolgreiches Attentat hätte an alliierten Kriegszielen nichts geändert

Zu: „Verschworene – keine Verräter“ (Nr. 28)

Das Stauffenberg-Attentat ist eine Landmarke auf der Karte der Gesinnung. An ihr scheiden sich die Geister. Vor allem diejenigen, für die „deutsch“ nicht synonym für "schlecht, schlimm, böse“ ist. Am Dritten Reich darf man bekanntlich kein gutes Haar lassen. Alles war „schlecht, schlimm, böse“. Man muss es in Bausch und Bogen verwerfen und mit Stumpf und Stiel ausmerzen.

Die Verschwörer wollten den Führer töten und damit also etwas Gutes tun. Muss ich nicht automatisch auf ihrer Seite sein, um nicht als ewiggestrig gebrandmarkt zu werden? Das muss ich wohl – aber nehmen wir mal an, wir wären hier etwas weniger unfrei. Dann könnte man die kompromisslose Verdammung von Hitler und Drittem Reich als ungerecht sehen. Man könnte ohne Hysterie die Zeit und die Umstände betrachten.

Die damalige Zeit mit den Feinden Deutschlands in Ost und West, die den Krieg nicht gegen Hitler führten, sondern gegen die Mittelmacht des Deutschen Reiches. Um einen wirtschaftlichen Konkurrenten zu vernichten oder den Kommunismus auszubreiten. In jedem Fall aus rein machtpolitischen Gründen und keinen anderen, schon gar nicht aus ethischen Gründen. Das gilt für alle Siegermächte.

Und man muss auch die heutige Zeit sehen mit ihren Tabus und strafbewehrten Verboten. Mit ihrem Linksstaat, der eine freie Diskussion unmöglich und fragwürdige Thesen zu Staatsdogmen macht. Die Erörterung des berüchtigsten Abschnitts der deutschen Geschichte ist versperrt und teilweise gar bei Strafe verboten.

Und dann kann man sich ein paar Fragen stellen. Hätte das Attentat den Krieg verkürzt? Hätten sich die Verschwörer in Berlin durchsetzen können? Hätten die Feinde mit ihnen verhandelt? Wären die Fronten zusammengebrochen? Hätte die neue Führung bedingungslos kapituliert, wie von den Alliierten gefordert? Hätte Ostdeutschland beim Reich bleiben können? Wäre der Krieg weniger grausam und verlustreich zu Ende gegangen?

Die Regierungen aller drei Siegermächte wollten den Krieg gegen Deutschland. Das haben sie eindrücklich bewiesen.

Die Briten durch ihr perfides Verhalten in der Danzigkrise und ihre Ablehnung aller deutschen Friedensbemühungen. Die Amerikaner durch ihre völkerrechtswidrige und provokative Unterstützung der Kriegspartei Großbritannien. Und die Sowjets durch ihren gigantischen Aufmarsch zur Eroberung Mittel- und Südosteuropas.

Hätten diese Länder sich nur wegen eines Regierungswechsels in Berlin von ihren Kriegszielen abbringen lassen? Das glaube ich nicht.

Und man kann nicht Hitler für die demokratischen und bolschewistischen Kriegsverbrechen verantwortlich machen. Diese Schuld soll doch bitte schön bei Briten, Amerikanern und Sowjets bleiben. Denn dort gehört sie hin.

Psychologisch verstehe ich den Lobpreis auf die Attentäter. Wie irgendein guter Beobachter sagte: Der Widerstand gegen Hitler nimmt Jahr um Jahr zu. Und man braucht wohl auch immer Identifikationsfiguren. Widerständler sind offenbar die einzig politisch Korrekten.

Michael Ludwig, Hamburg

Letzte Preußen?

Zu: Seite 3 Berlin/Preußen

Als Kind des Minden-Ravensburger Landes, das während vieler Jahrzehnte oftmals als die „preußische Vendée“ des Westens bezeichnet wurde, stelle ich allen Berlin-Reisenden und Berlinern folgende Frage: Haben Sie irgendwo in Berlin schon einmal einen Preußen gesehen, das heißt einen Menschen mit preußisch-deutscher Bildung und mit altpreußisch-einfacher Lebensführung?

Wenn ja, dann bitte ich um Benachrichtigung, so dass auch ich diesen allerletzten Preußen besehen und gegebenenfalls kennenlernen kann.

Jochen Nagel, Melle

Das Ostpreußenblatt



Nr. 31 – 7. August 2010

MELDUNGEN

Neue Deponie ersetzt alte

Tilsit – Endlich können in Tilsit die genervten Bürger aufatmen – im wahrsten Sinne des Wortes. Die stinkende Müllkippe im Westteil der Stadt wird noch in diesem Jahr geschlossen. Abfall und Schadstoffe werden künftig weit außerhalb der Stadt auf einer modernen Deponie bei Pamletten entsorgt. Auf einer Fläche von 20 Hektar wird auch Müll aus den Nachbarkreisen angenommen. Drainage und Dichtungsschichten sollen sicher stellen, dass keine Schadstoffe ins Grundwasser gelangen. Für die Transportfahrzeuge stehen neue Zufahrtswege sowie Anlagen zur Desinfektion, Reifenwäsche und Strahlenkontrolle zur Verfügung. Waagen, Feuerlöschteiche und eine Tankstelle vervollständigen die neue Einrichtung. Alle 15 Jahre wird ein Drittel der Halde geschlossen und rekultiviert. *H. Dz.*

Zwölfter und achter von 30

New York/Königsberg – Das US-amerikanische Wirtschaftsmagazin „Forbes“ beurteilt den Wirtschaftsstandort Königsberg als ziemlich attraktiv. Unter den 30 Städten der Russischen Föderation mit bis zu einer Million Einwohnern, die von den US-Amerikanern bewertet wurden, erreichte die Pregelmetropole den Platz 12. Die New Yorker nahmen ihre Bewertung nach insgesamt 18 Kriterien vor. Dazu zählt das Durchschnittseinkommen der Bewohner ebenso wie deren Bildung, die Kooperationsbereitschaft der Behörden, die Infrastruktur und die Kriminalitätsrate. Den ersten Platz erhielt die knapp 1200 Kilometer südlich von Moskau liegende Großstadt Krasnodar. Bezüglich Krisenfestigkeit erreichte Ostpreußens Hauptstadt gar den achten Platz. Hier siegte die am Ural gelegene Stadt Tscheljabinsk. *PAZ*

Ein Versuch, aus Fehlern zu lernen

Wie die Königsberger Gebietsverwaltung sich auf die Badesaison 2010 vorbereitet hat

Verschmutzte Strände, fehlende Rettungsstände sowie eine hohe Zahl an Badeunfällen bereiteten den Verantwortlichen im Königsberger Gebiet in den vergangenen Jahren Sorgen. Für diese Saison wurde deshalb eine begrenzte Zahl ausgewiesener Badeorte besser ausgestattet.

Nach dem langen kalten Frühling hat auch im Königsberger Gebiet im Juni heißes Sommerwetter Einzug gehalten. An den Stränden der klassischen Badeorte Rauschen und Cranz ist auch jetzt kaum noch ein freier Platz zu finden, denn der Strand der beiden Kurorte ist keine zehn Meter mehr breit, an einigen Stellen gibt es überhaupt keinen Sandstreifen mehr, die Wellen schlagen dort direkt an die Mauern der Promenade. Wer sich in der Sonne aalen möchte, muss andernorts nach einer geeigneten Badestelle am Strand suchen. Deswegen fahren viele, die ein Auto haben, nach Groß Dirschkeim (Donskoje) oder nach Pillau (Baltijsk), wo die Strände breit sind und wohin sich bislang nur wenige verirren. Die Sandstrände an der Bernsteinküste (Rajon Jantarnyj) und bei Kirpehnen (Powarowka), wo das „Baltische Las Vegas“ gebaut werden soll, haben eine Breite von 100 Metern. Eine besonders beliebte Badegegend ist die Kurische Nehrung, wo man die Wahl hat, entweder im Meer oder im Haff zu baden. Hier gibt es auch noch abgeschiedene Orte, an denen man nicht durch lärmende Mitmenschen gestört wird.



Erfreuen sich besonders großer Beliebtheit: Kugeln, in denen man übers Wasser rollen kann

Bild: Tschernyschew

Viele sind aber auch mit einem Bad in den städtischen Gewässern zufrieden. Insgesamt gibt es allein in Königsberg ungefähr 100 Seen, aber nur vier von ihnen sind, wie schon im vergangenen Jahr, zum Baden freigegeben. Zu ihnen gehören der Blaue See, der Karpow-See, der Pelawsker See und See Schönfließ. Sie gelten als sauber und sicher, seit vor kurzem Taucher eine Bodenuntersuchung durchgeführt haben, bei der die Seen auch von Müll und gefährlichen Gegenständen gereinigt wurden. Darüber hinaus wurde der Badebereich durch Bojen abgegrenzt und Informationstafeln wurden aufgestellt. Die Gesundheitsbehörde ließ an den Badeseen Biotoiletten, Umkleidekabinen und Abfallbehälter aufstellen. Das hatte es in den Vorjahren nicht gegeben.

Weil es im Königsberger Gebiet im Sommer ein Problem mit der zunehmenden Verbreitung von Zecken gibt, hatte man in allen seenahen Gebieten Insektenmittel gesprüht. Warn- und Informationstafeln zeigen den Badebesuchern, wie sie sich verhalten sollen. Wo immer die Möglichkeit besteht, werden medizinisch ausgebildete Bademeister eingesetzt. Die Polizei geht in Badeorten verstärkt auf Streife, um Vandalismus, Diebstähle oder das Befahren der Strände mit Autos zu verhindern. Das ist die Konsequenz aus den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre, in denen es immer wieder zu Fällen von Ruhestörung oder Umweltverschmutzung gekommen war.

Todesopferzahl 2009 mehr als verdoppelt

Darüber hinaus wurden neue Rettungsstationen eingerichtet. Drei von ihnen befinden sich am Blauen See, der sich besonderer Beliebtheit erfreut, je eine gibt es am Schönfließer, Karpower und Pelawsker See. Insgesamt arbeiten 38 Bademeister in zwei Schichten, um im Notfall Erste Hilfe zu leisten. Für die diesjährige Badesaison wurden spezielle Beatmungsgeräte angeschafft. Sie sind notwendig geworden, weil viele die Baderegeln ignorieren und auch dort baden, wo es strikt verboten ist, etwa am Mühlenteich, am Teich des Südparks oder im Pregel. 2008 kamen im Sommer vier Menschen beim Baden in Königsberger Gewässern ums Leben, 2009 waren es neun.

Während der Badesaison werden deshalb nun alle Gewässer überwacht. Insgesamt ist die Wasserqualität in Badeseen und den zum Baden frei gegebenen Strandabschnitten befriedigend. Auf dem Pregel verkehren in den Sommermonaten Motorboote und Ausflugsschiffe. Kugeln, in denen man übers Wasser rollen kann, erfreuen sich besonders großer Beliebtheit. Von den Decks der Ausflugsboote sind die Sehenswürdigkeiten Königsbergs zu sehen: der „Fischdorf“-Komplex, der Königsberger Dom, das Gebäude der ehemaligen Börse, das Ozeanmuseum und schließlich das Hafengelände. *Jurij Tschernyschew*

Einwanderung löst nicht das demographische Problem

Auch in Russland sind viele Neubürger mehr Last als Gewinn – Immer mehr lassen sich im Königsberger Gebiet nieder

Russland versucht, Auslandsrussen und Bürger der ehemaligen Nachbarsowjetrepubliken (wieder) ins Land zu locken. Die meisten Teilnehmer am entsprechenden staatlichen „Rücksiedlungsprogramm“ gehören der zweitgenannten Gruppe an, und viele von ihnen wollen sich im Königsberger Gebiet niederlassen. Die erste Familie kam im Rahmen dieses Programms im Herbst 2007 aus Kirgisien und fand in Rauschen ihre neue Heimat. Im Juni stieg die Zahl der Übersiedlungswilligen aus diesem Land sprunghaft, gewiss wegen der politischen Ereignisse dort. Jeder dritte Antrag auf Teilnahme an dem Programm kommt zur Zeit aus Kirgisien, insgesamt sind es über 3500 Antragsteller und es werden immer mehr.

Nicht nur die Zahl der Antragsteller ist gestiegen. Sehr viele, die bereits vor längerer Zeit eine Genehmigung zur Übersiedlung erhielten, sie aber noch nicht genutzt hatten, kommen jetzt ins Königsberger Gebiet.

Vor kurzem wurde in Königsberg eine Bilanz nach drei Jahren staatliches Rücksiedlungsprogramm gezogen. Es zeigte sich,

Drei Viertel der Migranten lehnen angebotene Arbeit ab

dass 40 Prozent aller Rückkehrer, insgesamt 7500 Menschen, ins Königsberger Gebiet gezogen sind. Laut Analyse stellt die Beschäftigung der Übersiedler eines der größten Probleme dar. Nach Angaben des städtischen Ministeriums für die Gebietsentwicklung lehnten drei Viertel der Migranten die ihnen angebotene Arbeit ab. Sie tun dies entweder, weil ihnen die Bezahlung mit unter 10 000 Rubel (253 Euro) zu gering ist oder weil die angebotene Stelle nicht ihrem Berufsbild entspricht. Bestimmte Berufsgruppen sind überhaupt nicht vermittelbar, weil ihnen die geforderten russischen Abschlüsse fehlen. Um die entsprechenden russischen Zulassungsvoraussetzungen nachzuholen, müssten die Übersiedler Prüfungen in Moskau oder St. Petersburg ablegen, weil es nur dort die entsprechenden Prüfungsbehörden gibt. Das wiederum wäre mit hohen Kosten für die Rückkehrer verbunden. Neben der Hürde der Qualifikation wirken sich auch die Folgen der Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung von Übersiedlern aus. Sie müssen mit vielen arbeitssuchenden Gebietsbewohnern konkurrieren.

Seit Beginn des Programms haben erst 2500 Übersiedler Arbeit gefunden, also ein Drittel der Gesamtzahl. Etwa 130 gründeten eigene Unternehmen, meist im Bereich des Handels.

Die Mitarbeiter im Ministerium für die Stadtentwicklung des Gebiets konstatieren eine gesteigerte Erwartungshaltung. Die Forderungen vieler Übersiedler seien übersteigert, heißt es. So stößt zum Beispiel ein Arbeitsangebot im Bau mit einem Monatslohn ab 15 000 Rubel (380 Euro) mit Bereitstellung von Wohn-

Erst ein Drittel der Übersiedler hat Arbeit gefunden

raum in einem Wohnheim selten auf Interesse.

Um die Beamten auf die steigende Zahl der Migranten vorzubereiten, plant das Ministerium Seminare, in denen praktische Fragen und Probleme bei der Arbeit mit Übersiedlern erörtert werden. Wie sich herausstellte, war die bisherige Kompetenz der örtlichen Beamten bei der Umsetzung des Rücksiedlungsprogramms unzureichend. Es wurden Fälle bekannt, in denen in den Rajons Anträge potenzieller Rückkehrer nach nur ein oder zwei Tagen der Überprüfung mit der Bemerkung „Solche Spezialisten brauchen wir nicht“ abgelehnt wurden.

Viele Teilnehmer am staatlichen Rücksiedlerprogramm zeigen Interesse an verlassenen Wohnhäusern, die sie wiederherstellen möchten, doch nicht selten stoßen sie mit ihren entsprechenden Anfragen bei den Verantwortlichen auf Unverständnis. Deshalb scheinen Fortbildungsseminare für Beamte der Städte, der Regionalverwaltungen, der Einwanderungsbehörde sowie anderer Ämter sinnvoll. *J. T.*

Landtag voller Spinnen, Adler und Mammuts

Der Bund der Vertriebenen lud Heimatverbliebene aus Pommern, Schlesien und Ostpreußen zur Kinderfreizeit ein

Integration und Vertiefung der deutschen Sprache war das Motto der diesjährigen Kinderfreizeit des Bundes der Vertriebenen (BdV) im thüringischen Suhl.

Auch dieses Jahres hat der Bund der Heimatvertriebenen e. V. Landesverband Thüringen Kinder und Jugendliche samt Betreuern aus Pommern, Schlesien und Ostpreußen eingeladen. Unter der Leitung von Norbert Schütz von der Arbeitsgruppe „Jugend und Schule“ im BdV traf man sich am 3. Juli 2010 im Feriendorf Waldfrieden. Bei allen 47 jungen Menschen – Deutschen, Polen und Deutschstämmigen aus Polen – war die Freude, gemeinsam Sport zu treiben und zu spielen, schon bei der Ankunft ins Gesicht geschrieben.

Bereits am ersten Abend in der Kennenlernrunde fanden sich die Kinder und Jugendlichen zusammen. Sie bildeten fünf Gruppen. Die große Gruppe gab sich den Namen die „Mammuts“, die zwei mittleren Gruppen den Namen „Adler“ und „Spinnen“ und die Kleinsten nannten sich „Schlangen“ und „Katzen“. Schon am ersten Tag bastelte sich jede Gruppe eine eigene „Standarte“. Diese selbstgeschneiderte und bemalte Fahne war ein ständiger Begleiter der Gruppen, egal welches Ferienprogramm durchgeführt wurde. Die Integration der Gruppen war ständig und überall zu spüren. Im Programm des Ferienlagers standen verschiedene Indianer- und andere Kinderspiele, Discoabende, Nachtwanderung sowie Treffen mit dem Förster und seinen Tieren, Geschicklichkeitsspiele, Bogenschießen, Klettern, Werfen und vieles mehr. Das gesamte Programm wurde von einem jungen und gut ausgebildeten Pädagogen-Team aus dem Feriendorf vorbereitet und begleitet.



Ein romatisches Lagerfeuer gehörte auch zum Programm. Bild: privat

Gleich in den ersten Tagen folgten die Kinder und Jugendlichen der Einladung des BdV-Landesvorsitzenden Egon Primas in den Thüringer Landtag, dessen Abgeordneter er ist. Die Teilnehmer des Ferienlagers stellten dem Parlamentarier viele Fragen und bekamen auch ausführliche Antworten. Einmal im Plenarsaal auf den Plätzen der Politiker zu sitzen, war für alle sehr beindruckend. Nach der Einladung zum Mittagessen im Landtag ging es für vier Stunden in die Avenida Therme nach Hohenfelden. Der Badespaß mit den vielen Rutschen und Wildwasserströmungen kam während dieser Zeit natürlich nicht zu kurz.

Der BdV-Kreisverband Suhl mit seinem Vorsitzenden Friedhelm Häßner organisierte ein Treffen mit dem Oberbürgermeister Herrn Jens Triebel im Rathaus von Suhl. Bei der Besichtigung des Standesamtes im Rathaus wurde gleich eine spontane „Trauung“ des Ferienbrautpaares Kinga und Willi besiegelt. Nach den Feierlichkeiten im Rathaus stand im Programm ein Stadtbummel für alle Teilnehmer und danach eine Fahrt in das Meeresaquarium nach Zella-Mehlis. Dort tauchte man in die faszinierende Unterwasserwelt der tropischen Ozeane ab.

Am Sonntag nahm man gemeinsamen an einem katholischen Gottesdienst in der St.-Kilian-Kirche teil. Dabei war die Jugend aus Schlesien sehr engagiert, indem sie zwei Lesungen und Fürbitten übernahm.

Am letzten Tag des Lagers gab es ein Neptunfest, weitere Möglichkeiten im Swimmingpool zu planschen und natürlich die Abschlussdisco als den Höhepunkt eines jedes Ferienlagers.

Doris Gorgosch, Violetta Klimanek und Waldemar Mańka

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Fortsetzung folgt“ könnte unter unserer wöchentlichen Kolumne stehen, denn die Ostpreußische Familie ist eine endlose Geschichte oder eine endlose Folge von Geschichten. Und so schließt sich auch unser heutiger erster Suchwunsch nahtlos dem Bericht über den Gedenkstein für die in Königsberg verstorbenen Kinder an, in dem ich schrieb, dass wohl manch ein Besucher unserer alten ostpreußischem Metropole eine Blume an den Stein auf dem ehemaligen Luisenfriedhof niederlegen wird. Zu Besuch in ihrer Heimatstadt war auch vor kurzem Frau **Margot Willschinski** aus Kassel, und es war das erste Mal, dass sie die Straßen und Plätze der Stadt aufsuchte, in der die 1938 Geborene ihre Kinderjahre verbracht hat. Das war vor allem in Amalienau, die kleine Margot wohnte mit ihren Eltern und der vier Jahre älteren Schwester in einem der neuen Wohnblöcke, die in der Schrötterstraße für junge Familien gebaut worden waren. Sie stehen nicht mehr, sind bei den Kämpfen um Königsberg zerstört worden, obgleich sie bei den Bombenangriffen im August 1944 heil geblieben waren, heute erhebt sich dort der große Gefängniskomplex. Die Angriffe hatte Margot mit ihren Angehörigen in einer Gartenlaube in Charlottenburg erlebt, wobei sie verschüttet wurden, aber Nachbarn schaufelten sie frei, so dass sie keinen körperlichen Schaden nahmen, aber Ängste blieben zurück. Danach wurde die Mutter mit ihren beiden Töchtern nach Schönwalde im Samland evakuiert und bei der Gutsarbeiterfamilie **Willuweit** einquartiert. Nach diesen Wirtsleuten hat Frau Willschinski schon einmal gesucht, aber das war noch vor der Wende, und unsere „Ostpreußische Familie“ bestand damals noch aus einer mageren Spalte, so dass es nur eine kurze Notiz war, die keine Resonanz erbrachte. Heute können wir sie noch mit einer kleinen Erinnerung von Margot Willschinski ergänzen, die den Sohn der Willuweits, den damals 16-jährigen **Helmuth** betrifft. Trotz des Altersunterschiedes entspann sich in der kurzen Zeit zwischen Margot und Helmuth eine feste Freundschaft, die darin gipfelte, dass der Junge versprach, sie später einmal zu heiraten. „Mein erster Heiratsantrag“ erinnert sich Frau Margot heute lachend. Aber dieser war nicht der Grund, warum sie nach der Familie Willuweit aus Schönwalde suchte und heute noch sucht, es waren so liebenswerte Menschen und Frau Willschinski wäre froh, zu hören, ob und wie sie überlebt haben. Der Hauptgrund ihres Anrufes bei mir aber war, dass sie gerne Fotos von der ehemaligen Schrötterstraße hätte. Ihre Mutter hat damals selber viele Aufnahmen gemacht, aber keine konnte gerettet werden. Vielleicht besitzen ehemalige Bewohner dieser zwischen Hammerweg und Stresemannstraße gelegenen Straße noch alte Aufnahmen, Frau Willschinski würde sich freuen, wenn sie Abzüge bekäme. (Margott Willschinski, Mörickestraße 15 in 34125 Kassel, Telefon 0561/874373.)

Einweihung der neuen Gilgebrücke, die ab 1940 Rautersdorf mit Rauterskirch verband Bild: privat

Im Augenblick mutet es aufgrund der Suchfragen so an, als hießen alle Königsberger „Neumann“ na ja, immerhin recht viele. Nun ist dieser Name im Königsberger Einwohnerbuch auch mit Eintragungen reichlich vertreten, aber die Vielzahl der Fälle ist doch leicht verwirrend. Da hatte ich in Folge 14 die Suchfrage von Herrn **Jürgen Neumann** aus Kronach nach der Familie seines vermissten Vaters, des Postmaschinisten **Theodor** Neumann, gebracht. Immerhin ist nun durch Herrn **Frank Schneidewind** aus Olpe bestätigt worden, dass die Familie tatsächlich, wie Herr Neumann vermutete, in Kalgen südwestlich von Königsberg gewohnt hatte. Wenigstens ist nun die richtige Hausnummer geklärt, vielleicht melden sich jetzt ehemalige Mitbewohner oder Bekannte von Theodor und **Elfriede Neumann**, die mit Sohn und Tochter im Parterre des Hauses Bachweg Nr. 24 wohnten. Jürgen Neumann bekam diese Mitteilung von Herrn Schneidewind zugesandt, der ihm auch wichtige Hinweise für diese Suche nach dem vermissten Vater geben konnte.

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Jetzt kommen wir zum Fall Neumann Nr. 2. Wenn man einen Brief vom „Restaurant Marjellchen“ aus Berlin bekommt, dann denkt man unwillkürlich an leckere Königsberger Klopse und andere heimische Spezialitäten. Irrtum: Die Inhaberin des bekannten Berliner Lokals in der Mommsenstraße, Frau **Ramona Azzaro**, übermittelt uns eine Suchfrage, die an sie gestellt wurde – allein aufgrund des ostpreußischen Mädchennamens. Sie schreibt:

„Seit vielen Jahren bin ich Abonnentin der *PAZ* und lese mit Interesse die von Ihnen geführte Rubrik. Kürzlich rief mich eine Dame aus Grimma in Sachsen an, die im Fernsehen einen Beitrag über mein Restaurant, welches ich jetzt bereits seit 25 Jahren betreibe, gesehen hat. In diesem Beitrag wurde auch erwähnt, dass ich im Besitz des Einwohnerbuches von Königsberg 1941 bin, und nun hofft diese Dame, dass ich einen Eintrag finde, der auf ihren leiblichen Vater **Erich Neumann** hinweisen könnte. Unter dem Namen Neumann sind natürlich viele Eintragungen vorhanden, aber leider weiß die Dame wenig Einzelheiten, die Mutter hatte sich vor ihrem Mann getrennt und so lange sie lebte, ihrer Tochter niemals Näheres über den Vater berichtet. Sie weiß nur so viel: Erich Neumann, *2. Juli 1905 in Königsberg, hat vermutlich in Kalthof gewohnt, ist später wohl nach Pirna in Sachsen und später in den Westen gegangen. Nun möchte sie wissen, ob ihr Vater noch Geschwister hatte und ob jemand etwas über ihn und seine Familie sagen könnte.“

Frau Azzaro weiß selber, dass es aufgrund dieser wenigen und noch mit Fragezeichen versehenen Angaben fast unmöglich ist, eine Spur zu dieser Familie Neumann zu finden, aber sie fühlt sich verpflichtet, die Suchfrage an mich weiter zu leiten und ich, diese an unsere Leserinnen und Leser weiter zu geben. Frau Azzaro ist gerne bereit, Informationen anzunehmen und sie Frau Görnitz zu übermitteln (Restaurant Marjellchen, Mommsenstraße 9 in 10629 Berlin, Telefon 030/8832676, Fax 030/88729890), nennt aber auch für diejenigen, die sich direkt mit der Suchenden in Verbindung setzen wollen, deren Adresse: **Rosemarie Görnitz**, Tempelberg Straße 10 in 04668 Grimma.

Es gibt noch einen Fall „Neumann Nr. 3“, aber hier muss ich noch nachfassen, weil die Angaben zu ungenau sind.

So mancher Ahnenforscher, der einen „blinden Fleck“ in seiner Familie hat, findet erst über einen Umweg zu uns. So auch Frau **Freya Rosan**, die von Herrn **Reinhard Kayss** vom Kreisverband Neidenburg den Rat erhielt, sich an unsere Ostpreußische Familie zu wenden. Ihre Leerstelle in der Familiengeschichte betrifft ihren Großvater, von dem sie kaum etwas weiß. Er hieß **Andreas Wessolowski** und lebte etwa seit 1916 in Sabloczyn später Sablau im Südwesten des Kreises Neidenburg. Er war wohl durch die Kriegsereignisse dorthin gekommen und hielt sich in dem entlegenen Dorf versteckt, weil er keinen Militärdienst leisten wollte. Andreas Wessoloski, der vermutlich katholisch war, wurde nie eingebürgert, er besaß in den 20er Jahren einen grünlichen Pass mit seinem Foto. Es ist anzunehmen, dass er aus den durch den Versailler Vertrag abgetretenen Gebieten stammte und als staatenlos galt. Wir haben einen ähnlichen Fall in Folge 28 behandelt. Er verstarb übrigens schon 1927 im Alter zwischen 30 und 40 Jahren, der Geburtstermin ist ebenso unbekannt wie der Geburtsort. Frau Rosan möchte nun Näheres über diesen „grünlichen Pass“ wissen. Wahrscheinlich beinhaltete er eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ähnlich der heutigen „Green Card“. Frau Rosan hat leider nur ihre E-Mail-Adresse angegeben (f.rosan@web.de), wer nicht diesen Weg wählen will oder kann, schreibe an die Ostpreußische Familie.

Unsere Ostpreußische Familie ist schon eine Fundgrube und es hat sich wieder etwas eingefunden, das vielleicht nur durch uns in die richtigen Hände kommen kann. Es handelt sich um eine Bibel, die von ihren Besitzern auf die Flucht mitgenommen wurde und dabei verloren ging. Frau **Marie-Madeleine Denk** aus Kerpen fand sie bei der Wohnungsauflösung ihrer Mutter. Diese hatte sie vor 30 Jahren bei einem Heimatbesuch von einem dort verbliebenen Cousin erhalten, der ihr die Bibel mitgab mit der Bitte, die Besitzer der Bibel ausfindig zu machen. Das ist aber nie gelungen und deshalb wendet sich Frau Denk an uns in der Hoffnung, diese ostpreußische Familie im Kreis unserer Ostpreußischen Familie zu finden. Aus den gut leserlichen Eintragungen können wir entnehmen, dass die Bibel dem Ehepaar **Carl Otto Frank** und **Anna Emma Erna** Frank verwitwete **Romikat** geborene **Broßat** zur Hochzeit geschenkt wurde. Das Paar wurde am 31. September 1940 in Breitenstein von Pfarrer **Moderegger** getraut. Der Bräutigam wurde am 12. September 1908 in Altsnappen geboren, die Braut am 7. Mai 1906 in Kraupischkehmen. Anscheinend nahm Anna Frank die handschriftlichen Eintragungen vor, denn sie betreffen ihre Familie. Ihr Vater **Christoph Broßat**, *12. Juli 1863, stammte aus einer im nordöstlichen Preußen – damals „Preußisch-Lithauen“ – angesiedelten litauischen Familie, wie der Name des 1824 geborenen Großvaters beweist: **Jurgis Brozzat**, der mit **Annike M.** verheiratet war – der Name ist leider unleserlich. Auch die Namen weiterer genannter Vorfahren sind in der mit zugesandten Kopie nicht leicht zu enträtseln, beweisen aber auch die litauische Herkunft wie der des Großvaters mütterlicherseits: **Erdmann Proßuweitis**. Die in dieser kleinen Familienchronik genannten Personen wurden in Budwethen, Kattenau und Kraupischken – das 1938 in Breitenstein umbenannt wurde – getauft. Über die Familie des Bräutigams ist nichts bekannt, aber sie muss auch aus dieser Gegend stammen, denn sein Geburtsort Altsnappen lag im Kreis Pillkallen/Schlossberg und hieß bis 1938 Alxnupönen. Vielleicht gibt es Nachkommen aus dieser im Krieg geschlossenen Ehe oder aus der ersten von Anna Frank, die als Witwe heiratete. Namen genug, Hinweise genug – ob sie aber genügen, um die Bibel in die richtigen Hände zu geben, ist fraglich. Wir hoffen mit Frau Denk, dass dies endlich gelingt. (Marie-Madeleine Denk, Broichmühlenstraße 15a in 50171 Kerpen, Telefon 02237/51344.)

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: Pawlik

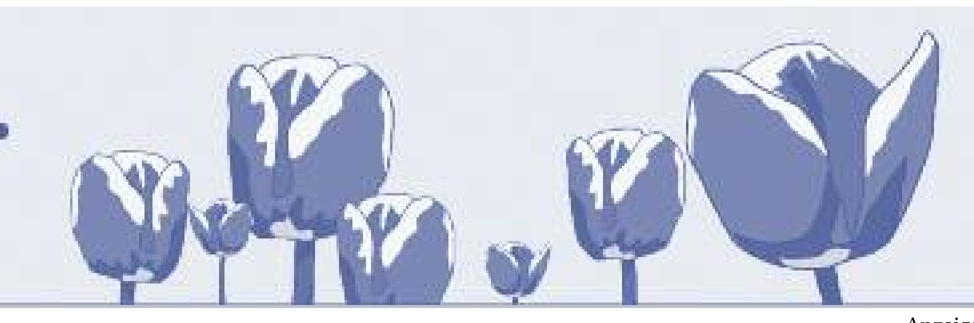
Wie schwierig die Ahnenforschung gerade im nördlichen Ostpreußen ist, beweist eine Zuschrift, die ich von dem Kirchspielvertreter von Schillen, Herrn **Walter Klink**, erhalten habe. Er bezieht sich auf die Suche von Herrn **Marco Starik** in Folge 28 nach dessen Ururgroßmutter **Berta Auguste** geborene **Hobucher**, *1884 in Kindschen. Herr Klink erklärt:

„Nach der mir vorliegenden Kopie zum ‚Geburtenverzeichnis Kirchspiel Schillen (Szillen) 1850–1934‘ ist diese dort nicht verzeichnet. Neben der Gemeinde Kindschen gab es auch den angrenzenden Gutsbezirk Kindschen. Dieser gehörte jedoch zum Kirchspiel Ragnit Land. Von Ragnit, Stadt und Land, gibt es aus der Zeit um 1884 im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin keine Unterlagen. Bis Ende des Ersten Weltkrieges gab es die Landkreise Ragnit und Tilsit, deren Bereiche beiderseits der Memel lagen. Durch die Abtrennung des Memellandes wurden die Bereiche südlich der Memel zum Kreis Tilsit-Ragnit zusammen gefügt.“

Vielen Dank, lieber Herr Klink, für diese Information, die bestätigt, wie wichtig die Mitarbeit von engagierten, in der Heimat- und Familienforschung erfahrenen Landsleuten für unsere Ostpreußische Familie ist.

Eure

Ruth Geede



ZUM 104. GEBURTSTAG

Wilke, Ernst Otto, aus Illowo, Ortelsburg, Kreis Neidenburg, jetzt Baltrumstraße 5, 45665 Recklinghausen, am 15. August

ZUM 103. GEBURTSTAG

Amonat, Gustav, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Kalkweg 46, 47055 Duisburg, am 9. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Laudin, Erna, aus Rotach, Kreis Lyck, jetzt Jahnstraße 29, 58849 Herscheid, am 15. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Loyeck, Friedrich, aus Ortelsburg, jetzt Moerser Straße 21, 47447 Moers, am 11. August
Schiminowski, Fritz, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, jetzt Murmansker Straße 5c, 06130 Halle, am 12. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bsdurreck, Selma, geb. **Klingenberg**, aus Heldenfelde-Romotten, Kreis Lyck, jetzt Basdahler Straße 2, 28239 Bremen, am 15. August
Queisner, Sophie, geb. **Ornhorst**, aus Ebenrode, jetzt Schützenweg 34, 26129 Oldenburg, am 11. August
Schmidt, Herbert, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Renteilichtung 8-10, 45134 Essen, am 9. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Demmler, Lieselotte, geb. **Brix**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 53, jetzt Westerwaldstraße 30, bei Schmitz, 56170 Bendorf, Ortsteil Stromberg, am 12. August
Korsch, Ruth, geb. **Browarzyk**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Malteserstraße 9a, 12247 Berlin, am 12. August
Strupath, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Reinacken, Pareyken, Kreis Wehlau, jetzt Brahmsweg 2, 27299 Etelsen, am 15. August
Veigl, Helene, geb. **Buchholz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Roggenkamp 38, 59073 Hamm, am 16. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Eidam, Käthe, geb. **Wargalla**, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, jetzt Leuner Straße 1, 35619 Braunfels, am 13. August
Habedank, Erich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Mörscher Straße 9, 76185 Karlsruhe, am 13. August
Rabe, Hildegard, geb. **Lalla**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt Anton-Bruckner-Straße 5, 63179 Obertshausen, am 11. August
Rieder, Elfriede, geb. **Koch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Hirschendorfer Straße 48, 98673 Eisfeld, am 19. August
Seidel, Elfriede, geb. **Pillich**, aus Ortelsburg, jetzt Breslauer Straße 2, 56170 Bendorf, am 12. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boden, Emma **von**, geb. **Kelch**, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt Mützendorpsteed 2a, 22179 Hamburg, am 10. August
Borchers, Ella, geb. **Schmidt**, aus Genslack, Alt Zimmau, Kreis Wehlau, jetzt Huchtinger Heerstraße 100, 28259 Bremen, am 13. August
Falinski, Karl, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Ernst-Köhringstraße 9A, 29439 Lüchow, am 15. August
Flemming, Helmut, aus Rodenau, Kreis Lötzen, jetzt Im Hasenwinkel 15, 30827 Garbsen, am 9. August
Franke, Martha-Maria, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Geschwister-Scholl-Straße 12, 33813 Oerlinghausen, am 13. August
Gerlach, Hubertus, aus Klingenberg, Kreis Bartenstein, jetzt Erlanger Straße 34, 40597 Düsseldorf, am 14. August
Grolla, Erna Charlotte, geb. **Dornbusch**, aus Grünwehr, Kreis Heiligenbeil, jetzt Melde 67, DA 7891, Niederlande, am 11. August
Hartmann, Elisabeth, geb. **Pohl**, aus Ortelsburg, jetzt Ovelackerstraße 40, 44892 Bochum, am 11. August
Hohmann, Adolf, jetzt Waidmannsweg 16 B, 35039 Marburg, am 4. August
Jenny, Margarete, geb. **Sdunnus**, aus Ebenrode, jetzt Lübecker Straße 28a, 23843 Bad Oldesloe, am 14. August
Muhleib, Frieda, geb. **Mett**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Effertsufer 44, 57072 Siegen, am 11. August
Rimek, Erich, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Dürerstraße 13, 47447 Moers, am 11. August
Schiewink, Margarethe, geb. **Strahl**, aus Wehlau, Lindendorfer Straße, jetzt Am Strampel 4, 48527 Nordhorn, am 11. August
Schweiger, Edith, geb. **Merten**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Konrad-Adenauer-Straße 10, 56414 Wallmerod, am 11. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Gerda. geb. **Heling**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Viehtriftenweg 160, 35052 Herford, am 5. August
Bondzio, Irmgard, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Stomekstraße 5, 38302 Wolfenbüttel, am 12. August
Doliwa, Günter, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Finkenweg 33, 21502 Geesthacht, am 10. August
Froh, Elli, aus Lyck, jetzt Tondernstraße 25a, 22049 Hamburg, am 9. August
Handke, Leonore, geb. **Tetlowski**, aus Kuglacken, Jakobsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Ewaldstraße 24, 58089 Hagen, am 11. August
König, Grete, geb. **Roßmannek**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, jetzt Henftingstraße 2A, 90431 Nürnberg, am 15. August
Kraft, Frieda, geb. **Schedlitzki**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Mollnerweg 33, 12353 Berlin, am 15. August
Mallien, Ilse, geb. **Link**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Marienplatz 4, 21680 Stade, am 13. August
Mittendorf, Jürgen, aus Lötzen, jetzt Baustraße 13, 42697 Solingen, am 13. August
Radzyk, Alfred, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Demmeringstraße 54, 04177 Leipzig, am 15. August
Rattay, Gerhard, aus Auerswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Schulstraße 7, 58244 Schenkelberg, am 13. August
Sawatzki, Paul, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Gartenstraße 10, 88364 Wolfegg, am 9. August
Schallat, Ingeborg, geb. **Hennig**, aus Tapiau, Zum Rosengarten, Kreis Wehlau, jetzt Spreewaldstraße 4, 16227 Eberswalde, am 14. August
Scheerer, Else, geb. **Wawrzyn**, aus Lyck, jetzt Bogenstraße 2, 89616 Rottenacker, am 15. August
Stuewen, Gertrud, geb. **Raeder**, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, jetzt Am Waldbad 6, 27419 Sittensen, am 17. August
Toldi, Hildegard, geb. **Timm**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Im Knippert 29, 42551 Velbert, am 10. August
Wibbe, Regina, geb. **Eckert**, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Tiergarten 23, 34454 Arolsen, am 14. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Brodowski, Günter, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Drei-Rosen-Straße 2, 52066 Aachen, am 10. August
Büchner, Lotte, geb. **Schulz**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Stettiner Weg 6, 78554 Aldingen, am 3. August
Czichowski, Heinrich, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, jetzt Am Johannisberg 2, 42897 Remscheid, am 11. August
Gemballa, Ursula, geb. **Borchert**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, jetzt Hordorfer Straße 95, 38104 Braunschweig, am 3. August
Gerlach, Jakodia, geb. **Taunt**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Keitumer Weg 11, 22117 Hamburg, am 14. August
Gottschalk, Kurt, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Tannenberger Straße 27, 31226 Peine, am 13. August
Graefe, Inge, geb. **Erdmann**, aus Lyck, jetzt Breidenbachstraße 45, 51373 Leverkusen, am 9. August
Growitz, Irmgard, aus Bärswalde, Kreis Samland, jetzt Auf dem Freibogen, 53127 Bonn, am 12. August
Hagen, Brunhilde, geb. **Schucany**, aus Koschainen, Kreis Mohrungen, jetzt Bützower Straße 15, 23992 Neukloster, am 13. August
Hausmann, Hanna, geb. **Rhode**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hasenspring 1, 38315 Schladen/Harz, am 10. August
Huebers, Ingrid, geb. **Rohloff**, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Herderweg 7, 46419 Isselburg, am 8. August
Hübner, Marga, geb. **Hardenberg**, aus Grunau, Kreis Sensburg, jetzt Speckener Weg 20, 26160 Bad Zwischenahn, am 17. August
Iwanski, Herbert, aus Neidenburg, jetzt Zirpenweg 4C, 22043 Hamburg, am 10. August
Jablonowski, Eitel, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Linzer Straße 45, 06849 Dessau, am 12. August
Januschak, Lydia, geb. **Kunter**, aus Schwengels, Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schwarzer Weg 29, 49536 Lienen-Kattenvenne, am 15. August
Kaufmann, Brunhilde, geb. **Richter**, aus Groß Eppingen, Kreis Neidenburg, jetzt Elpersstiege 15, Wohnung 44, 48431 Rheine, am 9. August
Kolbe, Elfriede, geb. **Desterling**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Roßdorferstraße 1, 98590 Rosa, am 17. August
Külske, Inge, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Königsberger Straße 11, 27721 Ritterhude, am 14. August
Lyhs, Hans, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Am Rathausplatz 4, 67125 Darmstadt, am 11. August
Matthies, Ilselore, geb. **Grunow**, aus Lötzen, jetzt Möhlenwall 22, 47906 Kempen, am 1. August
Neumann, Ilse, geb. **Pischon**, aus Dunkeln, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Isernrade 40, 22589 Hamburg, am 14. August
Niewierra, Hildegard, geb. **Masannek**, aus Neidenburg, jetzt Pierenkemperstraße 26, 45891 Gelsenkirchen, am 11. August
Noback, Lieselotte, geb. **Schiewek**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Mittelstraße 1, 57632 Eichen, am 15. August
Palluch, Lieselotte, geb. **Maleyka**, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Löhener Straße 22, 45549 Sprockhövel, am 14. August
Radmacher, Gerhard, aus Groß Plauen, Kreis Wehlau, jetzt Schnorrenberger Allee 33, 53909 Zülpich, am 13. August
Rohder, Ernst, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Friedrich-Eck-Straße 13, 98704 Langewiesen, am 9. August
Rudloff, Emmy, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Hochheimer Straße 33, 99869 Westhausen bei Gotha, am 15. August
Stahl, Liesbeth, geb. **Gregor**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Neckarsulmer Straße 95, 74076 Heilbronn, am 13. August
Steppat, Bruno, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Moselstraße 26, 55262 Heidesheim, am 18. August
Strauch, Charlotte, geb. **Erlach**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Neutor 10, 98634 Wasungen, am 20. August
Tritschler, Antonie, geb. **Ringat**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Leibnitzweg 3, 79540 Lörrach, am 18. August
Tuchlinski, Carmen, geb. **Wöhre**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Kupferhammer 10, 95615 Marktredwitz, am 9. August
Uhlke, Ursula, geb. **Karpinski**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, jetzt Odenthaler Weg 15, 40591 Düsseldorf, am 2. August
Wegner, Ella, geb. **Kruck**, aus Steintal, Kreis Neidenburg, jetzt Sachsenschleife 20, 59067 Hamm, am 12. August
Wehr, Edith, geb. **Beinhoff**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Falkenburger Ring 2, 22147 Hamburg, am 12. August
Zschäbitz, Ingeborg, geb. **Becker**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Lusweg 23, 79650 Schopfheim, am 11. August
Zwiener, Elisabeth, geb. **Regenbrecht**, aus Heiligenbeil, Casella-Weg 5, jetzt Hainerbergweg 3 B, 61462 Königstein, am 12. August



Gazioch, Otto, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, und Frau Anneliese, geb. **Klossek**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Am See 25, 27612 Loxstedt, am 11. August
Huelsmann, Anton, aus Xanten, und Frau Margarete, geb. **Hesselberg**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Zur Wassermühle 28B, 45509 Xanten-Birten, am 12. August

Geschichtsseminar

Hamburg – „Ostpreußen in der Weimarer Republik“ ist das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen, das vom 24. bis 26. September 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont, von Dr. Sebastian Husen geleitet wird. Dr. Wieslaw Roman Gogan spricht über die Volksabstimmung von 1920, Dr. Stefan Hartmann über die polnischen Standpunkte zum Plebiszit. Dr. Rikako Shindo referiert über die Zuständigkeitserweiterung des Oberpräsidenten Ostpreußens, Dr. Walter T. Rix behandelt August Winnig, Dr. Lutz Oberdörfer die siegreichen Großmächte und die Zukunft des Memellandes 1919 bis 1924/45. Ruth Geede spricht über das literarische Leben in Königsberg. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Die Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonntag, 8. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 8. August, 14.55 Uhr, Arte, „Terra X – Die Jagd nach dem Urmeter“.
Dienstag, 10. August, 10.40 Uhr, Arte, „The Fog of War“, Doku über Robert McNamaras Gedanken über Krieg, Krieger und Frieden.
Mittwoch, 11. August, 14.15 Uhr, NDR, „Bilderbuch Deutschland – Görlitz“.
Mittwoch, 11. August, 21 Uhr, Phoenix, „Liebe unerwünscht (3/3) Russenliebchen“.
Mittwoch, 11. August, 21.45 Uhr, Phoenix, „Liebe nach dem Mauerfall – Deutsch-deutsche Paare nach der Wende“.
Donnerstag, 12. August, 0.00 Uhr, ZDF, „Abenteuer Wissen: Der Bio-Mythos – Ist Öko wirklich besser?“
Donnerstag, 12. August, 20.15 Uhr, Phoenix, „Als der Osten noch Heimat war – Pommern und Schlesien“.
Donnerstag, 12. August, 22.30 Uhr, Phoenix, „Taxi nach Königsberg – Reportage“.
Freitag, 13. August, 14.30 Uhr, MDR, „LexiTV – Wissen für alle: Mauerbau – das geteilte Land“.
Freitag, 13. August, 22.35 Uhr, Arte, Dokumentation über die Perspektivlosigkeit von vier Jugendlichen in Berlin-Hellersdorf.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont
29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont
8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein
16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

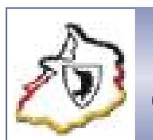
Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

Agnes Miegel-Seminar

Hamburg – „Agnes Miegel – Neue Mosaiksteine zu ihrem Leben und Werk“ lautet das Thema der diejährigen Seminarveranstaltung vom 29. bis 31. Oktober 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont. Das BKM-geförderte Seminar steht unter der Leitung von Dr. Marianne Kopp, Erste Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., und Christiane Rinser, Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Dr. Marianne Kopp spricht über Miegels Briefe an Lulu Diederichs und ihre Plaudereien über die ostpreußische Küche. Zu den frühen Gedichten mit jüdischer Thematik bei Börries von Münchhausen und Agnes Miegel referiert Dirk Herrman, Sebastian Harms Bolte zieht Parallelen zwischen Christina Rossetti und Agnes Miegel. Ihrer Haltung im Dritten Reich widmet sich Dr. Bodo Heitmann. Dr. Ursula Seibt thematisiert die Aufnahme in den „Orden deutscher Dichter und Dichterinnen“. Annemete von Vogel interpretiert Miegels Dichtung und Dr. Rudolf Muhs schildert ihre Gratwanderung zwischen Feminismus und Nationalismus. Die Seminargebühr beträgt 75 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

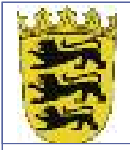
Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Geschäftsstelle: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: schmelter@ostpreussen-info.de, Internet: www.ostpreussen-info.de.

BJO – 23. bis 29. August, Mehrgenerationenreise durch Pommern, Westpreußen und das südliche Ostpreußen. Das Kennenlernen der natürlichen Schönheit des Landes im Osten (Pommern – Westpreußen – südl. Ostpreußen) ist zentrales Anliegen der Fahrt, welche sich an Mitglieder der Erlebnisgeneration samt ihren Kindern und Enkeln richtet.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Vera Papas, Leiterin der Kreis-Frauengruppe Göppingen, feierte am 7. Juli ihr zehnjähriges Jubiläum im Kreise ihrer Damen in Eislingen. Aus diesem besonderen Anlass wurde als lieber Ehrengast die Landesvorsitzende der LO Baden-Württemberg und Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, aus Stuttgart eingeladen. Nach der Begrüßung von Vera Palas dankte ihr Uta Lüttich für die Einladung und richtete herzliche Glückwünsche vom Landesvorstand der LO B.-W. und Grüße von der Kulturreferentin Ulla Gehm aus. In ihrer Laudatio würdigte Uta Lüttich unter anderem, dass Vera in den vergangenen Jahren nicht nur die Frauenarbeit weitergeführt, sondern auch mit vielen Ideen und sehr viel Engagement neu belebt hat. So hat sie kleine Ausstellungen bei den Zusammenkünften organisiert. Vor allem die Ausstellung „Erinnerungen aus der Heimat“ sei hier erwähnenswert. Die Damen der Gruppe hatten mit vielen Exponaten, die die Flucht überstanden haben, zu dieser Ausstellung beigetragen. Im Jahr 2000 bestand die Gruppe aus zwölf Damen, heute sind es 30. Damit würde Vera die größte Frauengruppe in Baden-Württemberg leiten, so Uta Lüttich. Dass Vera Mitglieder dazugewonnen hat, ist auf ihre ideenreiches und heimatliches Programm zurückzuführen, zu dem die Stuhlgymnastik genauso gehört wie die Pflege des Liedgutes und das Singen der heimatlichen Lieder. Neben zahlreichen Diavorträgen wurde historischer Ereignisse und bedeutender Frauen und Männer aus Ost- und Westpreußen gedacht. Seit zehn Jahren würde Vera regelmäßig an den Werkwochen und am Kulturhistorischen Seminar in Bad Pyrmont teilnehmen sowie an anderen Aktivitäten. Dahinter würde ein ungeheures, organisatorisches Talent stecken, das nicht nur der Frauengruppe, sondern der ganzen Kreisgruppe zugutekommen würde. Und Uta Lüttich endete mit den Worten: „Heimat haben ist ein Geschenk, Heimat geben unsere Aufgabe, dem Erbe verbunden, der Zukunft verpflichtet, sie umschließen bis heute das Spektrum der ost- und westpreußischen Frauenarbeit. Nach diesen Worten lebst und handelst du, dafür danke ich dir.“ Auf diesem Wege auch herzlichen Dank an Uta Lüttich für ihren unermüdlichen Einsatz zum Wohle ihrer Frauen. Zum Wohle der Heimat.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Freitag, 6. August, 20 Uhr, Jahreshauptversammlung des Stadt- und Kreisverbandes des Bundes der Vertriebenen Feuchtwangen, Untere Torstraße 3, Schranne. Bericht des Kreisvorsitzenden Dr. Danowski, Kassenbericht und Aussprache. Vortrag: Herr Regierungsvizepräsident a. D. Alfred Richter spricht über „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen.“

Landshut – Dienstag, 17. August, 14 Uhr, Zusammenkunft in der „Insel“.



BERLIN

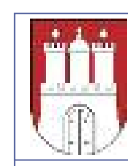
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Landesgruppe – Schon früh im Jahr kamen die ersten Anfragen nach dem populären Sommer-Grillfest. Ein Blick auf den Veranstaltungsplan des Jahres 2010 bestätigte, die Planer der Landsmannschaft Ostpreußen hatten das beliebte Berliner Sommer-Grillfest nicht vergessen. Es hatte sich herausgestellt und herumgesprochen, dass dieses Treffen ohne große Tagesordnung, Akten und Protokoll zum Muntermacher unter den Veranstaltungen der Berliner Landsmannschaft würde. Die Berliner Kreisbetreuer sahen darin so etwas wie eine Dankeschön-Veranstaltung. Also Dank des Vorstandes für die Basisarbeit, für die Arbeit der Kreisgruppen, für die Informationsarbeit, für den Kontakt mit den Mitgliedern, für die Durchführung der so wichtigen Reisen nach Ostpreußen und schließlich für die Programmgestaltung der Kreise. Man hatte für das Sommer-Grillfest den 13. Juli ausgewählt. Je näher dieser Termin heranrückte, stellte sich bei anhaltender und für Deutschland ungewöhnlicher Hitze die Frage: Sollte das Grillfest dieses Jahr wegen der anhaltenden Hitzewelle ausfallen? Nach dem Urteil der Wetterfrösche konnte man das Schlimmste fürchten. Würde der Höhepunkt der Hitze am 13. Juli Berlin erreichen? Der Hitzehöhepunkt kam – aber erst zwei Tage später. Benn Boese, Kreisbetreuer der Heilsberger und sein Familienteam, die das Grillfest als Gastgeber veranstalteten, konnten aufatmen. Es blieb am 13. Juli weit unter dem Hitzerekord von 38 Grad und eine kleine Brise sorgte, wie bestellt, zusätzlich für Erfrischung. Wer hätte das gedacht. Alle freuten sich über das gute Wetter, darüber, dass Binder und Sakko zu Hause blieben und dass der Lagebericht von Rüdiger Jakesch, dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen Berlin, so menschenfreundlich kurz ausfiel. Dann, bei den nachbarschaftlichen Gesprächen und fröhlicher Stimmung im noch grünen Garten der Gastgeber stand das Thema „Weißt du noch“ im Mittelpunkt. Die alten Kämpen gaben Erlebnisse und Erfahrungen aus der Vereinsarbeit an die jüngeren Kreisbetreuer weiter. Konkret: Was machten sie in ihren Kreisen, um die Mitglieder zu halten? Wie reagierten die Mitglieder auf bestimmte Veränderungen in der Vereinsarbeit? Diese Fragen produzierten so manchen Tipp für die weiteren Aktivitäten in den Kreisgruppen der Landsmannschaft. Dann wurde mit großem „Aah“ das Grill-Buffet eröffnet. Die Getränkeauswahl gab dem munteren Geschehen weiteren Auftrieb. Der Hausherr, Benno Boese, hatte alles bereit, von der Apfelschorle bis zum Enzian. Die Getränke durststillend, mit oder ohne Alkohol, das Fleisch zart, die Würstchen rustikal-würzig, die Salate imponierend in ihrer Vielfalt. Das musste das Wohlbefinden aller Anwesenden fördern und diese dankten. Dazu kam, völlig überraschend als literarische Nachspeise ein kleiner informeller Vortrag von Benno Boese über den noch wenig bekannten Dichter Herman Wischnat, der aus Ostpreußen stammt. Lächelnd, lachend und verblüfft reagierten die Gäste, die bei Benno Boese saßen, auf die skurrilen Gedichte, die nicht immer leicht verständlich waren, doch so manche Gedanken anstießen. Gedanken, die als Reisegepäck auf der Heimfahrt weiter wirkten.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Donnerstag, 19. August, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Hotel Zur Post (großer Salon).



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 21. August, 10 Uhr (Einlass 9.30 Uhr – Ende gegen 17 Uhr), 10. Heimattreffen im norddeutschen Raum aus dem Reg.-Bez. Gumbinnen, im Hotel Zur Glashütte, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt, Telefon (040) 5298660, Fax (040) 52986635. Das Programm: 10 bis 10.30 Uhr, Begrüßungen, Informationen über alles was die Teilnehmer bewegt. 10.30 bis 12 Uhr, „Die ostdeutschen Länder von 1900 bis 1945“. Ein kulturell historischer Vortrag mit Filmvorführung (Manfred Samel) aus alten Zeiten: „Wie sahen damals unsere deutschen Städte aus und wie pulsierte das Leben in ihnen. Auf dem Lande ging es traditionsbewusst zu. Es wurde gearbeitet, denn vieles musste noch von Hand gemacht werden. Was passierte nach dem Ersten Weltkrieg?“ 12 bis 14 Uhr, Mittagspause: Vier verschiedene Gerichte stehen zum Angebot und kosten zwischen 9 und 12 Euro. 14 bis 15 Uhr, der LAB-Chor Hamburg, unter der Leitung Dieter Dziobaka, wird mit Volksliedern und alten Schlagermelodien erfreuen. 15 bis 15.45: Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Ostpreußenplatt (Bielefeld) sorgt dafür, dass einiges in heimatlicher Mundart vorgetragen wird. Dazu gehört auch die musikalische Begleitung durch die Duddelspieler H. Grawitter und Lm. Schattling. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause und lassen das Beisammensein langsam ausklingen. Nach dem Schluss des Heimattreffens kann individuelle Geselligkeit in den Gasträumen weitergeführt werden. Das Hotel ist von der A7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord / Norderstedt über die B 432 in Richtung Bad Segeberg (Norderstedt) nach zwölf Kilometern zu erreichen. Parkplatzmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln bis U-Bahn (U1) Station Ochsenzoll (Hamburg). Von da aus mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach zehn Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Die Busse fahren alle 40 Minuten. Bei der U-Bahnstation ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades mit Gegenstromanlage. Weitere Informationen bei Mathilde Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (040) 6016460, oder Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 30. August, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Geschichten aus Hamburg und „Vertellkes“ aus der alten Heimat.

HEIMATKREISGRUPPE



Insterburg Stadt und Land – Mittwoch, 1. September, 13 Uhr, Vortrag einer Insterburgerin über die Heimat im Hotel zum Zeppelin“, Frohmestraße 123. Gemütliches Zusammensitzen und Schabbern. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauss, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Telefon (06206) 4851.

Landesgruppe – Leider ist der *PAZ* in der letzten Ausgabe der veraltete Kopf für Hessen in die Seiten geraten. Wir bitten dies zu entschuldigen. Natürlich ist der Vorsitzende Dietmar Strauss.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 14. August, 15 Uhr, Monatstreffen im Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus Am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ).

Wiesbaden – „Man kann die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben, aber niemals die Heimat aus den Menschen.“ In diese Worte von Erich Kästner konnten auch die Besucher des Monatstreffens einstimmen, als durch Erzählungen, Gedichte und Bilder Eigenart und Vertrautheit mit der ost- und westpreußischen Heimat lebendig wurden. Eine treffliche Beschreibung des Landes waren die von Helga Kukwa und Liselotte Paul rezitierten Texte „Ostpreußen, was ist das für ein Land?“ – so die Frage des Enkels an seine Oma – und das Gedicht der Tilsiter Schriftstellerin Hannelore Patzelt-Hennig „Da komm ich her.“ Betroffen machten die Worte von Werner Westermann („Heimkehr“), der nach vielen Jahren der Trennung sein einstiges Zuhause fast nicht mehr erkannte und als letzte Erinnerung ihm nur das bisschen mitgenommene Heimaterde bleibt! Helga Schneider, die ihre Erlebnisse aus der ostpreußischen Heimat in Masuren in einem Büchlein niedergeschrieben hat, las daraus zwei Geschichten: so von der masurischen „Kaufmannsfrau Lies“ – die sich mit der deutschen Sprache schwer tat – und vom „Brand am Rheiner Markt“, dessen Ursache mangels erstzunehmender Zeugen nie geklärt werden konnte. Von Kindheitserinnerungen bei den Großeltern auf dem Land, wo sie sich mit Spielgefährten so richtig austoben konnte, erzählte Edith Leinburger. Gerne denkt sie auch an den verständnis- und liebevollen Großvater, der sie jeden Abend mit einem Bonbon und Gutenachtkuss zum Schlafengehen begleitete. „Begegnung zwischen Ost und West“ nannte Charlotte Kaufmann ihren Bericht. Beim Besuch des Marinevereins Mainz-Kastel versetzte sie nämlich ein großes Schiffsmodell des Kreuzers MS Mainz in Erstaunen, denn ein Bild desselben Schiffes hing auch im elterlichen Haus in Elbing. Und aus Erzählungen wusste sie, dass ihr Vater auf diesem Kreuzer oft Dienst tat. Damals konnte das junge Mädchen nicht wissen, dass sie einmal in unmittelbarer Nähe von Mainz ein neues Leben beginnen sollte. Mit zahlreichen Bildern erinnerte der Vorsitzende Dieter Schetat an die Rückkehr des Tilsiter Elches in seine Heimatstadt aus jahrzehntelanger Verbannung im Königsberger Tiergartengelände. Des weiteren an die vor drei Jahren entstandene Partnerschaft mit der Tilsiter Switzerland GmbH, durch die das jetzt russische Tilsit eine gleichnamige Schwester im Thurgauer Weiler „Holzhof“ gefunden hat – und der Tilsiter Käse im Schweizer Kanton eine neue Heimat. Durch diese Verbindung soll der typische Käse noch bekannter gemacht werden und der Name der historischen Stadt an der Memel nicht in Vergessenheit geraten. Neben dem Nachdenklichen kam auch das Heitere nicht zu kurz. Mit „Unser Bertchen“ und „Hausmädchen Anna“ las Helga Kukwa zwei

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

amüsante Erzählungen von Charlotte Keyser. Lieselotte Paul brachte die Besucher mit Fritzchens Schulaufsatz „Der Ausfluch“ zum schmunzeln. Immer wieder gern gehört die geistvollen Verse „Was ist menschlicher Lebben?“ aus Paul Fechters „Der Zauberer Gottes“, die Landsmann Georg Lehmann in seinem ostpreußischen Sprachklang gekonnt vortrug: „Menschlicher Lebben ist baufällig Strohdach, kommt Wind, pardauz, fällt um, ist hin.“ Zu Beginn der Veranstaltung hatte der Vorsitzende über aktuelle Geschehnisse in der Heimat informiert: so über das entstehende Atomkraftwerk „Baltiski“ im Raum Tilsit-Ragnit, die beabsichtigte Vereinigung der Städte Tilsit, Ragnit und Heinrichswalde zu einer Verwaltungseinheit unter dem Namen „Rayon Tilsit“ und neben anderem über die ab Oktober diesen Jahres wieder aufzunehmende direkte Zugverbindung Berlin-Königsberg mit einer Fahrzeit von rund 15 Stunden. Vorstandsmitglied Reinhard Kayss berichtete vom Seminar des Deutsch-Europäischen Bildungswerks in Hessen, das vom 31. Mai bis 6. Juni diesen Jahres unter dem Titel „Deutsch-polnisches Miteinander als tragbares Fundament eines harmonischen Zusammenlebens im gemeinsamen Europa“ im ostpreußischen Osterode stattfand. Bei der Tagung wurde Anneliese Franz, Gründungsmitglied des Bildungswerks und Ehrenvorsitzende der LOW-Landesgruppe Hessen, „für ihre großartige Arbeit zur polnisch-deutschen Versöhnung“ vom Präsidenten der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Julian Osiecki, besonders geehrt.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Das war wohl das heißeste Sommerfest, das die Ost- und Westpreußen am 21. Juli im Kurhaus je erlebt haben. Neben einer ausgiebigen Kaffee-Tafel wurde mit Gedichten, Geschichten und Liedern der Heimat gedacht, wobei die Bienenbüttler Tanzgruppe „Die Bühne“ die Anwesenden sogar mit einem ostpreußischen Volkstanz erfreute. Musikalisch wurde der Nachmittag durch die Herren Reinke und Pridöhl mittels hervorragendem Akkordeonspiels und Gesang gestaltet. Das Ehepaar Noetzel trat mit einem Sketch auf, der großen Beifall fand. Schnell waren die Stunden der Gemeinsamkeit vergangen. Der Vorsitzende Kurt Arndt dankte allen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen hatten. Mit dem Absingen des „Liedes der Ostpreußen“ endete ein schöner und eindrucksvoller Nachmittag.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Osnabrück – Freitag, 20. August, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Bielefeld – Donnerstag, 19. August, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 16. August, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den ostdeutschen Heimatstuben Landgrafenschule Ecke Märkische.

Düren – Freitag, 20. August, 18 Uhr, Monatstreffen im HDO, Holzstraße 7a.

Düsseldorf – Freitag, 13. August, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Laurens, Bismarckstraße 62.

Ennepetal – Donnerstag, 19. August, 17 Uhr, Monatsversammlung mit Grillen.

Gladbeck – Sonnabend, 14. August, 15 Uhr, Monatsversammlung zum Thema „Der 11. Juli 1920 im Fritz-Lange-Haus. Anschließend großer Grillnachmittag. Gäste sind willkommen. Telefon (02043) 25810.

Wuppertal – Sonnabend, 14. August, 15 Uhr, nächste Ostpreußenrunde im Victoria-Haus, Neumarkt 2.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 18. August, 14 Uhr, Frauennachmittag im Bestehornhaus.

Magdeburg – Dienstag, 17. August, 15 Uhr, Lemsdorferweg Bowlingscenter.







Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Herbert Monkowski, Hahnenbecke 12, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4147. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (05401) 9770.

Kreistagssitzung vom 29. Mai Fortsetzung: Kreisvertreter Herbert Monkowski legte seinen Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 5. September 2009 in Schriftform vor und erläuterte diesen. Von den mehr als 30 Terminen ragte seine Fahrt nach Wien heraus, um den Hochmeister des Deutschen Ordens für die Aufstellung eines Gedenksteines zu Ehren des ersten Bischofs des Ermlandes, des Ordensbruders Anselm, (1250–1277) zu gewinnen. Schatzmeister Klaus Schwittay hielt den Kassenbericht 2009 und stellte den Haushaltsplan 2010 vor, der vom Kreistag verabschiedet wurde. Die Zahl der Spender ist leicht zurückgegangen, gleichwohl hat sich das Spendenaufkommen geringfügig erhöht. Der Schatzmeister dankt allen Spendern, besonders dem Wartenburger Musikmittelschullehrer Reinhold Kuck für seine erneute Spende in Höhe von 2000 Euro zugunsten der ärmsten Heimatverbliebenen und unserem Stellvertreter Hans Peter Blasche für den beachtlichen Zinsbetrag aus seiner Stiftung. Zum Tagungsordnungspunkt Ehrungen hat der Kreistag mehrheitlich beschlossen, der früheren Niedersächsischen Landtagsabgeordneten und Kreistagsabgeordneten im Landkreis Osnabrück, Irmgard Vogelsang, Wallenhorst, die Ehrenmitgliedschaft der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land anzutragen. Frau Vogelsang hat sich für die Heimatverbliebenen und für die Schüler in der Großgemeinde Stabigotten stark engagiert und an Treffen der Kreisgemeinschaft häufig teilgenommen. – Der Kreistag hat die Vorschläge des Kreisausschusses für die Verleihung des Verdienstabzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen an einige Mitglieder der Kreisgemeinschaft einstimmig angenommen. Das Verfahren dauert an. Der Kreistag sprach dem Kreisvertreter seine Glückwünsche zur Verleihung des Ehrenzeichens der LO in Gold aus und überreichte einen Blumenstrauß. Der Kreisvertreter gab bekannt, ihm sei eine schriftliche Mitteilung des Ministerpräsidenten NRW zugegangen, dass dem Schriftleiter Horst Tuguntke vom Bundespräsidenten Horst Köhler noch das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen worden ist, und dass dieses ihm nach der Mitteilung des Oberbürgermeisters der Stadt Hagen am 9. Juli im festlichen Rahmen ausgehändigt werden sollte. Der Erstvorschlag kam aus den Reihen der Leserschaft des Heimatjahrbuches Allenstein-Land, das Horst Tuguntke seit nunmehr 20 Jahren zusammenstellt. Zum Thema Heimatkreistreffen hat der Kreistag mehrheitlich beschlossen, es soll der Versuch unternommen werden, mit der Stadtkreisgemeinschaft Allenstein ein gemeinsames Heimattreffen, wie gehabt in Gelsenkirchen im Schloss Horst zu veranstalten. Die Verhandlungen dauern an. Das Heimattreffen der Stadtkreisgemeinschaft Allenstein findet in diesem Jahr vom 17. bis 19. September im Schloss Gelsenkirchen-Horst statt. Ein Heimattreffen in Hagen am Teutoburger Wald kommt in diesem Jahr nicht zustande. Zum Tagesordnungspunkt Friedhofserfassung im alten Landkreis Allenstein trug der Kreistagsvorsitzende Johann Certa vor, dass von 23 Friedhöfen bisher auf zehn Friedhöfen sämtliche Gräber (alte und neue, deutsche und polnische), speziell die Grabsteine fotografisch von unseren Landsleuten erfasst worden seien. Der Vorstand ist dabei, eine Datenbank anzulegen.

ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 8014.

Angerburger treffen sich am 11./12. September 2010 in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg (Wümme) – Wir leben in einer sich ständig verändernden Welt. Nichts bleibt so wie es ist. Auch in Rotenburg (Wümme) hat sich in den letzten zwölf Monaten einiges verändert. Der Bürgersaal steht uns in diesem Jahr nicht zur Verfügung, da es zum 1. September einen Pächterwechsel gibt. Deshalb werden wir uns am 11./12. September 2010 in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg/Wümme, Gerberstraße 16 treffen (neben dem Ratsgymnasium Gerberstraße 14). Es wird also ein Treffen der kurzen Wege und auch die Michaelskirche liegt in der Nähe. Die Mensa/Aula der Theodor-Heuß-Schule steht uns am Sonnabend, den 11. September, von 14 bis 23 Uhr, und am Sonntag, den 12. September, von 9 bis 16 Uhr, zur Verfügung. Eingeleitet werden die 56. Angerburger Tage am 11. September, um 9 Uhr mit einem Gedenken am Patenschaftsstein am Rotenburger Kreishaus bei der Angerburger Eiche. Ab 9.30 Uhr tagt in einer öffentlichen Sitzung die Kreisvertretung der Kreisgemeinschaft im großen Sitzungssaal des Kreishauses. Im Mittelpunkt der Sitzung stehen Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Wahl eines/einer stellvertr. Kreisvertreter(in) für den aus, gesundheitlichen Gründen zurückgetreten Alfred Nehrenheim. Es ist eine gute Gelegenheit, sich zu informieren. Danach wird zu einer Busfahrt nach Sittensen zum Heimatverein der Börde Sittensen e.V. eingeladen. Der Preis für die Busfahrt mit Kaffee und Kuchen beträgt 10 Euro pro Person. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr vor dem Hotel am Pferdemarkt ab. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

25 Personen. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige Anmeldung unter Angabe der Personenzahl bis spätestens 31. August erforderlich an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg.

Ein Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage dürfte am Abend der Vortrag der international bekannten Vortragskünstler Helfried und Renate Weyer aus Buxtehude werden. Sie zeigen Ostpreußen „Land der dunklen Wälder“ in faszinierender Großbildtechnik, projiziert auf eine große Panoramawand: Das Ermland, Masuren, Königsberg und natürlich die Kurische Nehrung. Der live gesprochene Vortrag des Königsberger Fotografen wird mit Musik in Konzertqualität untermalt, ebenso mit Beispielen der längst ausgestorbenen zärtlichen Sprache. Der Filmvortrag findet am Sonnabend, den 11. September, um 20 Uhr, in der Aula des Ratsgymnasiums, Gerberstraße 14, statt (neben der Theodor-Heuß-Schule). Der Sonntag, 12. September, beginnt um 9 Uhr mit einem Gottesdienst in der ev. Michaelskirche (Bischofsstraße). Anschließend findet um 11 Uhr in der Aula des Ratsgymnasiums in der Gerberstraße 14 eine Feierstunde statt. Mechthild Ross-Luttmann, Nieders. Ministerin a. D. für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit wird zu uns kommen und die Gastrede halten.

Das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Heimatmuseum wird am Sonnabend und Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet sein. In der Theodor-Heuß-Schule werden Bücher wie Angerburg von A-Z und „Der Kaufherr Thomas Anderson“ sowie Post- und Landkarten angeboten.

Alle Angerburgerinnen und Angerburger sowie deren Nachkommen und Heimatfreunde, aber auch Gäste sind wieder ganz herzlich zu den 56. Angerburger Tagen am 11./12. September 2010 nach Rotenburg/Wümme eingeladen. Bekunden Sie durch Ihre Teilnahme Treue und Verbundenheit zu unserer Heimat, auch 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung.

BdV lädt zum Tag der Heimat

Berlin – Der Bund der Vertriebenen lädt am Sonnabend, 11. September, 12 Uhr, im ICC Berlin zum Tag der Heimat. Das diesjährige Leitwort lautet „Durch Wahrheit zum Miteinander“. Die Festansprache hält der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer. Der Oberbürgermeister von Hermannstadt, Siebenbürgen, Klaus W. Johannis erhält die Ehrenplakette. *Bel*



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Das nächste Kreistreffen findet am 25./26. September in unserer Patenstadt Münster statt. Tagungsort ist die Johanniter-Akademie in der Weißenburg-Straße in Münster. Programm für Sonnabend, den 25. September: 15 Uhr Mitgliederversammlung, Totengedenken, Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters Manfred Ruhnau, Kassenbericht Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht der Kassenprüfer, Aussprache zu den Berichten, Entlastung des Vorstandes, Verschiedenes. Anschließend Begegnung der Landsleute aus den Städten und Dörfern des Kreises. 18 Uhr gemeinsames Abendessen in der Kantine der Johanniter Akademie, 19 Uhr geselliges Beisammensein.

Sonntag, 26. September: 8.30 Uhr Katholischer Gottesdienst in der Heilig Geist Kirche Metzer Straße, Zelebrant: Konsistorialrat Dr. Klaus Fischer. Unsere evangelischen Landsleute sind herzlich eingeladen. 10.30 Uhr „Festliche Stunde“ im Saal neben der Rezeption. In der Johanniter Akademie Begrüßung durch den Kreisvertreter Totengedenken und Grußworte. Festvortrag: Helmut Stange „Braunsberger Geschichten. 14 Uhr: Der Vorstand gibt Auskunft über Vorhaben und die weitere Arbeit der Kreisgemeinschaft. Anschließend geselliges Beisammensein bei Kaffee und Kuchen und Zeit für Gespräche. Anmeldung zum Kreistreffen am 25./26. September 2010 in Münster mit Hotelzimmer-Reservierung bitte direkt vornehmen: Johanniter-Akademie, Frau Schwarze, Telefon (0251) 97230–145, Telefax: (0251) 79 66 42, E-mail: infiqjuh-akademie.de. Preis für Doppelzimmer mit Frühstücks-Büfett 84 Euro, Preis für Einzelzimmer mit Frühstücks-Büfett 59 Euro, Tagesgäste am Sonntag 27. September, die am Mittagessen teilnehmen möchten, melden sich bitte ebenfalls bei Frau Schwarze. Tiefgarage befindet sich im Haus. So kommen Sie mit dem Bus vom Hauptbahnhof zur Johanniter Akademie: Fahren Sie mit der Linie 2 (ab Haltestellenbereich C 2) Richtung Clemenshospital bis Haltestelle Heilig-Geist-Kirche. Von dieser Haltestelle aus überqueren Sie die Grünfläche und gehen gegenüberliegend auf die Weißenburg-Straße zu. Die Rezeption befindet sich im ersten Gebäude hinterrücks.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Goldaper Heimattreffen 2010 in Stade vom 10. bis 12. September – Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e. V. veranstaltet ihr diesjähriges großes Goldaper Hauptkreistreffen in Stade. Zu diesem Kreistreffen lade ich Sie namens der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e. V. herzlich ein. Die Programmfolge entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Programmübersicht. Wir würden uns freuen, Sie und Ihre Angehörigen bei der einen oder der anderen Veranstaltung begrüßen zu können. Goldaper Heimatreffen 2010 in Stade. Programm: Freitag, 10. September, 17.30 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „90 Jahre Volksabstimmung Ostpreußen“ im Patenschaftsmuseum Goldap, Große Schmiedestraße 5 in Stade. 19.30 Uhr Kreistagsitzung der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e. V. (nur für Mitglieder des Kreistages und Ortsvertreter) im Hotel „Vier Linden“, Schölischer Straße 63, 21682 Stade.

Sonnabend, 11. September, 9.30 Uhr, Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e. V. (nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft) im Hotel „Vier Linden“, Schölischer Straße 63, 21682 Stade. 16 Uhr, Festveranstaltung im Hotel „Vier Linden“, Schölischer Straße 63, 21682 Stade. Begrüßungsansprache Stephan Grigat, Kreisvertreter, Grußworte der Gäste, Ehrungen, Arno Surminski liest aus seinen Werken, Ostpreußenlied, Musikalische Umrahmung: Musikschule Steinkirchen, Manfred Zink stellt im Hotel „Vier Linden“, die Ergebnisse seiner Forschungen zu verschiedenen Goldaper Firmen aus, 20 Uhr Heimatabend im Hotel „Vier Linden“ Schölischer Straße 63, 21682 Stade. Motto: „Von Ostpreußen – für Ostpreußen“, Zum Tanz spielt Dieter Kohn, Einlass ab 19.30 Uhr, die Musik spielt bis 24 Uhr.

Sonntag, 12. September, 9.30 Uhr, Abfahrt Bustransfer vom Hotel „Vier Linden“ zur Kirche St. Wilhadi, 10 Uhr, Öffnung des Saales im Hotel „Vier Linden“, Schölischer Straße 63, 21682 Stade. 10 Uhr Ev.-luth. Gottesdienst in der Kirche St. Wilhadi, Predigt: Pastor Udo Bagdahn. Danach Bustransfer von der Kirche zum Mahnmal in den Wallanlagen. 11.30 Uhr Feierstunde am Mahnmal in den Wallanlagen in Stade, Begrüßung, Stephan Grigat, Kreisvertreter, Grußwort der Patenschaftsträger, Totenehrung durch Stephan Grigat. Gedichtvortrag „Es war ein Land“, Gertrud Braumann, Festansprache Gesine Meißner MdEP, Ostpreußenlied, Nationalhymne, Musikalische Umrahmung: Frauenchor Frohsinn, Ahlerstedt, und Goldaper Bläserkreis. Ab 12.15 Uhr, steht der Bus bereit zum Rücktransport in das Hotel „Vier Linden“, 13 Uhr Hauptkreistreffen, Gemeinsames Mittagessen und gemütliches Beisammensein im Hotel „Vier Linden“, ab 14 Uhr, „Ostpreußisch Platt“ mit Gertrud Braumann, Anna-Eliese Färber und Dieter Mau, Ausklang. Das Patenschaftsmuseum Goldap/Ostpreußen öffnet, Freitag von 14 Uhr bis 19 Uhr, Samstag von10 Uhr bis 15 Uhr und Sonntag von 9 Uhr bis 13 Uhr.



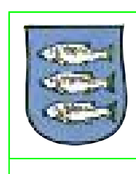
JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Willi Reck, Georg-Büchner-Straße 7, 31224 Peine, Telefon (05171) 805972, Fax (05171) 805973. Schriftführerin: Marlene Gesk, Unewattfeld 9, 24977 Langballig, Telefon (04636) 1560, Fax (04636) 8833.

Einladung an die Mitglieder des Kreistages der Kreisgemeinschaft Johannisburg – Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur Sitzung des Kreistages an den Tagen Sonnabend, 4. September, ab 14.00 Uhr, und Montag, 6. September, von 9.00 bis 12.00 Uhr. Am Sonntag, 5. September, um 11.00 Uhr, nimmt der gesamte Kreistag am 55. Hauptkreistreffen der Johannisburger teil. Veranstaltungsort: „Best Western“ Parkhotel Westfalenhallen, Strobelallee41, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 1204/324. Anreise: Sonnabend, 4. September, bis 13.00 Uhr (H.- Bhf. mit der U-Bahn 45) Abreise: Montag, 6. September (nach der Kreistagssitzung). Anmeldungen mit eventuellen zusätzlichen Tagesordnungspunkten sind bitte zu richten bis zum 15. August an die Schriftführerin Ingelor Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (05 11) 57 86 49. Tagesordnung für Sonnabend, 4. September: 1. Eröffnung und Begrüßung 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einladung 1.2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit 1.3 Beschluss der Tagesordnung 1.4 Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung am 5. und 7. September 2009 2. Totenehrung 3. Entgegennahme des Jahresberichts des Kreisausschusses (Vorstand) – Aussprache 4. Bericht des Vereins „Rosch“ – Aussprache 5. Bericht der Vertreterin des Patenkreises – Aussprache 6. Entgegennahme der Jahresabrechnung für das Haushaltsjahr 2009 7. Bericht des Prüfungsausschusses 8. Erteilung der Entlastung des Kreisausschusses und der Kassenprüfer 9. Feststellung des Einnahmen- und Ausgabenvoranschlages für das Jahr 2011

Feierstunde des 55. Kreistreffen der Johannisburger in der Stadt Dortmund am Sonntag, 5. September, im Goldsaal des Kongresszentrums Westfalenhallen, Strobelallee 45, 44139 Dortmund unter dem Leitwort „Durch Wahrheit zum Miteinander“. Programm: Einlass: 9 Uhr, Beginn 11 Uhr. Musikalische Einleitung, Begrüßung, Choral, Andacht, Totenehrung, Grußworte der Gäste, Jahresbericht.

Montag, 6. September: 10. Berichte der Kirchspielvertreter 11. Tagungen und Veranstaltungen 12. Kreistreffen und Kreistagssitzung 2011 13. Aufgaben und Ziele für das Jahr 2011 14. Verschiedenes 15. Schlusswort des Kreisvertreters.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Erhard Kawlath, Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, Telefon (04321) 529027.

Einladung zur öffentlichen Kreistagsitzung. Sie findet statt am Freitag, den 20. August, um 13 Uhr im Best Western Hotel „Prisma“ in Neumünster, Max-Johannsen-Brücke 1. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung mit Totenehrung 2. Verabschiedung des bisherigen Kreisvertreters Erhard Kawlath 3. Genehmigung des Protokolls vom 11. September 2008 4. Bericht des stellvertretenden Kreisvertreters 5. Bericht des Schatzmeisters 6. Bericht der Kassenprüfer 7. Bericht der Archivarin 8. Bericht des Redakteurs des Lötzener Heimatbriefes 9. Bericht der Kulturreferentin 10. Bericht der Geschäftsführerin 11. Entlastung des Kreisausschusses (§ 9 Abs. 6 Nr. 2 der Satzung) 12. Neuwahlen (Konstituierung a) Kreistagsvorsitzender und Stellvertreter b) Kreisvertreter c) Stellvertretender Kreisvertreter d) Schatzmeister e) Archivarin f) Redakteur g) Kulturreferent/in h) Beisitzer Lötzener Schülergemeinschaft i) 2 Kreisprüfer 13. Zukunft der Kreisgemeinschaft Lötzen 14. Bericht der Schwester Barbara über die Situation in der Sozialstation 15. Verschiedenes.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Reise zum 675. Stadtjubiläum nach Landsberg – Am 19. und 20. Juni feierte die Stadt Landsberg ihr 675. Stadtjubiläum. Zu diesem Jubiläum hatte der Bürgermeister, Jerzy Bubela, die Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, Vertreter des Landkreises Verden und der Stadt Verden eingeladen. Die Feierlichkeiten wurden mit einem ökumenischen Gottesdienst in der griechisch-katholischen Kirche eingeleitet, an dem auch Pastor i.R. Gerhard Stallbaum von der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau mitwirkte. Die anschließende Eröffnung des Festes durch den Bürgermeister und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erfolgte auf dem Rathausplatz. Schülerinnen und Schüler des polnischen und ukrainischen Gymnasiums zu Landsberg stellten in verschiedenen Bildern und Szenen in historischen Uniformen und Kostümen die wechselvolle Geschichte Landsbergs dar. Ein weiterer Höhepunkt des Stadtfestes war ein Konzert dreier Chöre in der eindrucksvollen griechisch-katholischen Kirche. Neben einem gemischten Chor aus Allenstein und einem Schülerchor des Gymnasiums aus Canditten trat der aus Verden mitgereiste Gospelchor unter der Leitung von Björn Huhnholt auf. Die Chöre begeisterten die Zuhörer mit ihren unterschiedlichen Darbietungen und ihren großartigen Stimmen. Großen Beifall erhielt der Chor aus Canditten, der deutsche und polnische Lieder vortrug. Alle Mitreisenden waren von der herzlichen Gastfreundschaft begeistert und denken noch gerne an die schönen ereignisreichen Tage in Landsberg zurück.

TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727, Geschäftsstelle: Diedrichstraße 2, 24143 Kiel, Telefon und Fax (0431) 77723, E-Mail: Kiellinie9@gmx.de.

Dokumentation – Über das Leben und Schicksal Tilsiter Juden wurde bisher sehr wenig berichtet. Nun hat die Stadtgemeinschaft eine Broschüre herausgegeben, in der Hans Dzieran die schreckliche Geschichte der Familie Silberstein dokumentiert hat. Die Broschüre mit dem Titel „Es begann in Tilsit“ hat 36 Seiten und 28 Fotos. Sie kann kostenfrei per E-Mail bei manfred.urbschat@ tilsit-stadt.de oder telefonisch unter der Nummer (0371) 642448 angefordert werden.

Im Schwang der Melodie

Gesang, Tanz und Musikgeschichte: Musikwochenende im Ostheim war ein voller Erfolg

Das ostpreußische Musikwochenende in Bad Pyrmont bot einen familiär gestalteten Rahmen für ein musikalisches Treffen von über 60 durch Liebe und Gefühl für Ostpreußen geprägten Menschen. Besonders erfreulich war die erneute Teilnahme einer Chorabordnung der deutschen Minderheit aus Allenstein und Osterode, aber auch das fröhliche Wiedersehen bekannter Gesichter aus dem Arbeitskreis Nordostdeutsche Musik e. V.

Um 7 Uhr weckten Gern-Frühaufsteher mal mit Akkordeon, mal virtuos mit Violine und Flöte, mal mit frischen Kinderstimmen der Familie aus Bayern. Mit Morgen-, Mai- und Frühlingsliedern vor dem Frühstück begrüßten alle Teilnehmer gemeinsam im Treppenhaus den neuen Tag, und ein „Morgenspruch“ stimmte nach alter Tradition auf ihn ein. Nach dem Frühstück wurde dann im großen Saal. unter der Leitung von Karin Petersen aus dem Liederbuch „Der wilde Schwan“ gemeinsam gesungen.

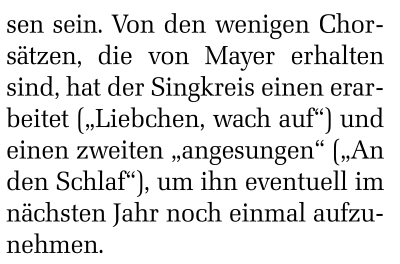
Die Zeit zwischen halb zehn und zwölf Uhr gehörte den beiden Arbeitsgruppen „Singkreis“ (gemischter Chor) und „Blockflötenkreis“, geleitet von Karin Petersen bzw. Solveig Hachtmann. Mit intensiver Stimmbildung begann das Chorsingen, und auch das Einstimmen der Blockflöten nahm einige Zeit in Anspruch. Danach konnte die Erarbeitung der Klangbilder beginnen. Das schmackhafte Mittagessen und die daran anschließende Ruhezeit boten angenehme Unterbrechung, und erst nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken wurde die Probenarbeit fortgesetzt.

Einige Teilnehmer verzichteten auf eine lange Mittagspause und übten unter der Leitung von Brigitte Schulze Schrittkombinationen und Tanzfiguren. Bei der Vorführung im Preußensaal regten die frischen Bewegungen zum Mitsingen und zu rhythmischem Applaus der Zuschauer an.

Der sonnabendliche Glanzpunkt der Tagung war der durch Lichtbilder und Tonabspielungen ergänzte Vortrag von Heidrun Beißwenger über die seit 125 Jahren vergessene romantische Komponistin Emilie Mayer (1812–1883), die 2005 von Almut Runge-Woll der Musikwissenschaft in einer Dissertationsschrift vorgestellt worden war. Aus Briefen einer Schulkameradin der Komponistin sind spärliche Berichte über Emilie Mayers Leben bekannt geworden. Gebürtig aus Friedland in Mecklenburg, soll Emilie Mayer die ersten 28 Jahre ihres Lebens in ihrem Heimatort verbracht haben. Als Schülerin von Carl Loewe zog sie später nach Stettin, wo Carl Loewe Organist an der St. Jacobi-Kirche war. Mit ihm gemeinsam soll sie dort sogenannte Volkskirchenkonzerte ins Leben gerufen haben. 1847 ging Mayer nach Berlin, um ihre Studien bei hervorragenden Lehrern fortzusetzen. 1850 gab sie dort ihr erstes Konzert im Königlichen Schauspielhaus.

Frau Beißwenger unterbrach ihren Vortrag immer wieder, um die Sätze der 5. Symphonie zu Gehör zu bringen. Es entstand ein zwischen Beethoven, Schubert, Schumann und Liszt liegender Klangeindruck. Diese Symphonie ist die einzige heute zugängliche von insgesamt acht aus dem Schaffen Mayers, die zu ihrer Zeit eine gefeierte Komponistin war und deren Werke in vielen Musikmetropolen Europas, wie Wien, München, London, aufgeführt wurden. Auch der damals regierende König Friedrich Wilhelm IV., Förderer der Künste, soll ein Liebhaber von Mayers Kompositionen gewesen sein. Von den wenigen Chorsätzen, die von Mayer erhalten sind, hat der Singkreis einen erarbeitet („Liebchen, wach auf“) und einen zweiten „angesungen“ („An den Schlaf“), um ihn eventuell im nächsten Jahr noch einmal aufzunehmen.

Der elfköpfige Blockflötenkreis war wechselweise besetzt mit Sopranino, Sopran-, Alt-, Tenor-, Bass- und Großbassflöten. Erarbeitet wurden unter anderem wohlklingende Madrigale im Quartett. Ein doppelchöriges Stück, komponiert vom Hofkapellmeister Vodnansky – mit hohem und tiefem Chor –, entführte in die höfische Festmusik Böhmens ins 18. Jahrhundert.



Zusammen musizieren beglückt: Es wurde auch fleißig gesungen. Bild: interTopics

Gern ließ man auch die heimatlichen Volkslieder mehrstimmig erklingen. Dazu benutzte man das Liederbuch „Der wilde Schwan“ von Eike Funck und das Chorheft mit drei- und vier-stimmigen Liedsätzen, herausgegeben vom Arbeitskreis Nordostdeutsche Musik. Beide Bücher konnten denen, die sie nicht besitzen, in begrenzter Anzahl vom Ostheim zur Verfügung gestellt werden. Außerdem gab es für alle Teilnehmer von der Chorleiterin erstellte Liedblätter.

Die angenehme Hausatmosphäre, die gemeinsamen Mahlzeiten, die Gespräche in zunehmend vertrauter werdender Runde haben das Treffen zu einem abgerundeten Erlebnis gemacht im Zusammensein mit Menschen, die sich vielleicht wiedertreffen möchten zum gemeinschaftlichen Kulturerlebnis.

Für das nächste Zusammensein werden mehr Instrumente gewünscht. Auch die Gitarren sollten wieder dabei sein! In den Alltag möge das bewusst erlebte Atemholen noch lange hineinwirken. Ob es dann Pfingsten 2011 wieder heißt: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont? *CP*

Zum Leben bleibt weniger

Ostpreußenhilfe e.V.: Lage verschlechtert

Für die altgewordenen Betreuten im Osten hat sich die Lage – entgegen dem allgemeinen Aufschwung nach der Wende auch in Polen – spürbar verschlechtert, erklärte die 1. Vorsitzende der Ostpreußenhilfe e.V., Gisela Peitsch, in der Jahresversammlung des Vereins. Ihre Rente ist unterdurchschnittlich gering – wegen der einstigen Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt. Das Alter lässt Selbsthilfe selten zu; „Krankheiten erfordern Arzt- und Krankenhausbesuche, dazu Medikamente; Lebensmittel, Mieten, Heizung, sind kaum zu bezahlen.“

Als Beleg dafür verlas sie Auszüge aus einem kürzlich eingetroffenen Brief aus Masuren: „Zum Leben bleibt immer weniger. Die Krankheiten überraschen einen altgewordenen Menschen immer wieder, wo Medikamente die Rettung sind, wenn man am Leben bleiben will … Und dann kommt Hilfe von Euch! Der Postbote bringt Geld! Die Freude kann man nicht beschreiben. Dank, Dank an Euch und alle Helfer, die ihre Landsleute in der alten Heimat nicht vergessen haben.“ (Etwa 80 Prozent der dort noch lebenden Deutschen haben sogar einen deutschen Pass.)

250 Familien mit über 2000 Angehörigen unterstützt das Hilfswerk in Ost- und Westpreußen, Schlesien und Pommern zu Weihnachten und Ostern mit jeweils 50 bis 100 Euro sowie Extraleistungen in besonderen Notfällen; insgesamt 550 Sendungen in 2009. „Wir sind glücklich und dankbar“, so die Vorsitzende, „dass die Treue der Spender auch im 34. Jahr des Bestehens des Vereins anhält.“ Hilfe kommt aus allen Teilen unseres Landes. Besonders erwähnte sie den Landfrauenverein Bad Nenndorf und die Karl H. Ditze-Stiftung Hamburg. Auch anlässlich von Familienfesten und Veranstaltungen verschiedener Art wird die Ostpreußenhilfe oft bedacht.

„Ihnen allen nochmals Dank“, sagte Gisela Peitsch. „Mit dieser wunderbaren Unterstützung wollen wir – solange die Kraft reicht – weiter für die Menschen da sein, deren Schicksal auch unseres hätte sein können.“ – Anmerkung: Gisela Peitsch gelang sechs Stunden vor dem Einmarsch der Sowjets bei Königsberg und später von Pillau aus die Flucht auf der „Monte Rosa“ (dem Schwesterschiff der zur selben Zeit untergegangenen „Wilhelm Gustloff“). *H. P.*



Trauriges Masuren: Auch Masurens Häuser leiden unter der bedrückenden Geldnot. Wo nicht einmal das Lebensnotwendigste bezahlt werden kann, reicht das „Einkommen“ schon gar nicht für die Erhaltung oft 100-jähriger Gebäude, wie hier beim Elternhaus einer betreuten Familie. Bild: privat

Bewahrer der Kultur

Vor 35 Jahren wurde in Lüneburg die Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk (NOKW) errichtet. An dieses Ereignis erinnerten Stiftungsvorstand und Stiftungsrat in Lüneburg. Zunächst wurde das Ostpreußische Landesmuseum besucht. Nach Begrüßung durch den Stiftungsratsvorsitzenden, Bankdirektor Dirk Bannick, Hamburg, führte Museumsdirektor Dr. Joachim Mähnert seine Gäste durch das Museum. Er erklärte die vorgesehene Museumserweiterung durch Baumaßnahmen und die damit verbundene Erneuerung der Ausstellungskonzeption.

Die Stiftung NOKW wurde 1975 mit Mitteln nach der Abwicklung des Westvermögens früher in Ostdeutschland ansässiger Kreditinstitute und ähnlicher Einrichtungen ausgestattet. Aus den Erträgen dieses Rest-Vermögens sollen Arbeiten finanziert werden, wie sie im Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz festgehalten sind. Seit dem fördert das NOKW im Rahmen ihrer Möglichkeiten Projekte, die der Pflege und dem Erhalt des Kulturerbes der deutschen Heimatgebiete Ostpreußen, Westpreußen, der Stadt Danzig, Ost-Brandenburg und des Warthelandes dienen.

Nordostdeutsche Leistungen betont

Stiftungsratsmitglied Hans-Jürgen Kämpfert, Lübeck sprach über Leben und Werk des nicht nur zu seiner Zeit weltberühmten Astronomen Johannes Hevelius aus Danzig. Der Referent machte in seinem spannend gehaltenen Vortrag deutlich, wie wichtig und notwendig es ist, immer wieder auch an Persönlichkeiten und deren Leistungen aus den deutschen Heimatgebieten im Osten zu erinnern.

Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, Bei der Ratsmühle 17, 21335 Lüneburg, Telefon (0 43 31) 40 56 67, E-mail: stiftung.nokw@web.de

Strumpfband der Königin

Luisen-Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg hat besondere Leihgaben erhalten

Noch bis zum 17. Oktober wird in Lüneburg „Königin Luise – Leben und Mythos“ präsentiert. Neben einem Strumpfband lockt ein neu entdeckter Denkmalentwurf die Besucher.

Auf dem Dachboden eines Schlosses bei Hannoversch Münden machte man vor kurzem einen erstaunlichen Fund. Verpackt in vier verschiedene Kisten fand man einen lebensgroßen Gipsentwurf für ein Denkmal. „Königin Luise und Napoleon in Tilsit“ heißt das inzwischen auch mit Unterstützung der Landsmannschaft Ostpreußen für die Ausstellung „Königin Luise – Leben und Mythos“ im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg restaurierte Kunstwerk. Geschaffen wurde es 1901 von dem damals in Berlin sehr gefragten, in Hann. Münden aufgewachsenen Bildhauer Gustav Eberlein (1847–1926). Bereits 1900 hatte er im Auftrag von Kaiser Wilhelm II. ein Luisendenkmal für Tilsit geschaffen, das sogar im Beisein des Herrschers enthüllt worden war. Mit diesem Entwurf hatte Eberlein offenbar gehofft, einen weiteren Auftrag vom Kaiser zu erhalten, doch dies geschah nicht. Und so landete der Gipsentwurf vergessen nahe der Heimatstadt des Künstlers. Im Gegensatz zu vielen anderen Entwürfen des in der Kunstszene wegen seines zeitgenössischen politischen Stils verachteten oder vergessenen Eberleins wurde dieses Werk zumindest nicht vernichtet. Zwar bildet „Königin Luise und Napoleon in Tilsit“ nicht die wahre Geschichte ab, da Luise Napoleon 1807 in Tilsit keineswegs, wie im Denkmal dargestellt, die kalte Schulter, gezeigt hat, sondern den Kaiser der Franzosen um Gnade für Preußen angefleht hat, doch dafür verrät das Werk etwas über den „Mythos Luise“ in der Kaiserzeit.

Und genau diesem Mythos geht die Ausstellung nach. Verschiedene Exponate und Tafeln informieren darüber, wie Luise war, wie sie zu ihrer Zeit gesehen wurde und wie sie später auch durch ihren frühen Tod im Alter von nur 34 Jahren nach und nach zur Heldin des Widerstandes gegen die Franzosen gemacht wurde. Vor allem ihr zweitältester Sohn, der spätere Kaiser Wilhelm I., wusste diese öffentliche Wahrnehmung der Person seiner Mutter im deutsch-französischen Krieg 1870/71 zu instrumentalisieren.



Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

„Königin Luise und Napoleon in Tilsit“: Der Denkmalentwurf aus dem Jahr 1901 von Gustav Eberlein wurde vor kurzem wiederentdeckt und ist als Dauerleihgabe in Lüneburg zu besichtigen.

Außer dem Eberlein-Entwurf sind in der Lüneburger Ausstellung noch Kopien der weltberühmten „Prinzessinnengruppe“ von Johann Gottfried Schadow und der Totenmaske zu bewundern. Hinzu kommen zahlreiche Gemälde beziehungsweise Kopien von Luisen-Gemälden und ein besticktes Strumpfband. Letzteres mag verwundern, ist aber die neueste Leihgabe, die erst nach Ausstellungsbeginn in die Präsentation aufgenommen wurde. Ein älterer Lüneburger hatte über die Ausstellung gelesen und sich an ein Erbstück erinnert, das sich zusammen mit einem Brief in Familienbesitz befindet. Laut diesem Brief soll Königin Luise den Grafen von Podewils dieses Strumpfband aus Dankbarkeit darüber vermacht haben, dass sie ihr bei ihrer Flucht ins ostpreußische Exil vor den napoleonischen Truppen Unterschlupf gewährt hatten.

Die Lüneburger Ausstellung vermittelt den Besuchern einen ersten Eindruck über die preußische Monarchin. Echte Luisen-Verehrer könnte es jedoch irritieren, dass die Ausstellungsmacher versuchen, jungen Besuchern über Lady Diana und Prinz Charles die Bedeutung und Beliebtheit von Königin Luise zu verdeutlichen. Diesen Vergleich haben die preußische Monarchin und der ihr in echter Liebe zugetaner Mann, König Friedrich Wilhelm III., nicht verdient.

Auch wäre es schön gewesen, wenn in der Ausstellung mehr aus Luises Briefen an ihren Mann, ihre Geschwister und ihre Zeitgenossen zitiert worden wäre. Weitere in der Ausstellung gestreute Hörstationen, in denen der Besucher aus diesen Briefen vorgelesen bekommt, hätten geholfen, Luises Charme, ihre Natürlichkeit und ihre Herzlichkeit zu vermitteln.

Doch das Ostpreußische Landesmuseum behebt am 15. September um 19.30 Uhr dieses Defizit. „Königin Luise in Selbstzeugnissen und Anekdoten“ heißt der Vortrag der Schauspielerin Angelika Waller, die erklärt, wie Luise zum Inbegriff des neuen Frauenbildes ihrer Zeit werden konnte. Und am 29. September, ebenfalls um 19.30 Uhr, lädt Christine Gräfin von Brühl zum Vortrag „Die preußische Madonna – Auf den Spuren der Königin Luise“ und geht auf Luise als charismatische Herrscherin, Ikone Preußens und Leitfigur der Befreiungskriege ein.

Und wer sich vor oder nach Besuch der Ausstellung selbst ein wenig königlich fühlen möchte, dem sei Annas Café, Am Stintmarkt 12a, in Lüneburg ans Herz gelegt. Die Einrichtung, das Frühstück, die Torten und das nette Personal gewähren eine kleine Zeitreise. *Bel*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstr. 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75 99 50, www.ostpreussisches-landesmuseum.de.

fläm. Maler (Peter Paul); Kanton der Schweiz; abschirmen, verdunkeln; Vorsilbe: gegen (griech.); ein Pferd zum Ausritt vorbereiten; Bühnenauftritt; klug, gewitzt; mit Säure, Lauge behandeln; norwegische Hauptstadt; unnütze, wertlose Gegenstände; Wallfahrer; stehendes Binnengewässer; österreichisches Bundesland; Astrologe Wallensteins; Zinke, Spitze; Nebenraum der Kirche; Stadt an der Memel (dt. Name); Gebühr; Schätzwert; Südasiat; Senke im Gelände; Staatsführung, Exekutive; Flachs, Faserpflanze; Würdigung; afrikanischer Strom; exakt; pünktlich; Gewächshausanlage; Gewürzständer; Nadelbaum; Trinkgefäß; junger Mensch (engl.); der Körper ohne Kopf und Glieder; schmieren, fetten; Schlechtwetterzone; dumme, törichte Handlung (ugs.); das Paradies; Seegang nach einem Sturm; Alpengipfel in Südtirol; ein Bild ländlichen Friedens; Oper von Weber; altgriechischer Sänger; altes Wegemaß; russische Stadt an der Oka; südfranzösische Stadt; altröm. Liebesgöttin; Planet; Pyrenäenstaat; Partner von Patachon; Sinfonie Beethovens; Metallteile miteinander verbinden; Fluss in den Finn. Meerbusen; kleiner Sprung (süddeutsch); positives Ergebnis; Landkartenwerk; verfallenes Bauwerk; Vorderasiat, Perser; völlig gefühllos; Röstbrotscheibe; Schutzherr; Schutzheiliger; großer schwarzer Vogel; Zierpflanze; Wappenblume; Körperform, Gestalt; Himmelsrichtung; regsam und wendig; augenblickliche Stimmung; Verkehrsstockung; Südfrucht; Staat in Südwestafrika; Wunsch nach Verzeihung; Stadt in Texas (USA); Kassenzettel; Gutschein; nordamerik. Indianerstamm; durch, mit (lat.); kath. Heilige, Patronin Spaniens; britische Halbinsel; somit, mithin; Sauermilchgetränk; amerikanischer Berglöwe; Vorbedeutung; straffe Ausbildung, Schliff; massiver Träger (Bauwesen); Stille; griechischer Liebesgott; in hohem Maße; Felsenklippe im Meer; studentischer Zweikampf; Windschattenseite e. Schiffs; Jagdfrevler; Kfz-Z. Pforzheim u. Enzkreis; Abkürzung für Summa; Rand eines Gewässers; Verbannung; Verbannungsort; bibl. Stammvater (Arche); chemisches Zeichen für Eisen; schwärmerisch; unerfüllbar; um Antwort bitten; Vergeltung für Unrecht

PAZ10_31

So ist's richtig:

```
##A#A##S#S#A#O###P##S#
RUBENS#ZACKE#SAKRISTEI
#RB#TAXE#H#TAL#R#LEIN#
TILSIT#NIL#Z#ORANGERIE
##E##TEENAGER#EM#E#O#H
MENAGE##DUENUNG#ORTLER
#IDYLLE#E#N#MEILE#I#SU
#BE#ANDORRA#P#E#LOETEN
VENUS#EB#HUPFER#ERFOLG
      NEWA#A#RUINE#UE#
      #R#PATRON##LILIE
      TOAST#FIGUR#RO#I
      ANGOLA#C##ANANAS
      ###DALLAS#BON#GK
      WALES#A#THERESIA
      #B###PUMA##DRILL
      #BALKEN#UO#E#O#T
      WILDERER#MENSUR#
      #TS#F##UFER#EXIL
      UTOPISCH#NOAH#FE
      #E#FRAGEN#STRAFE
```

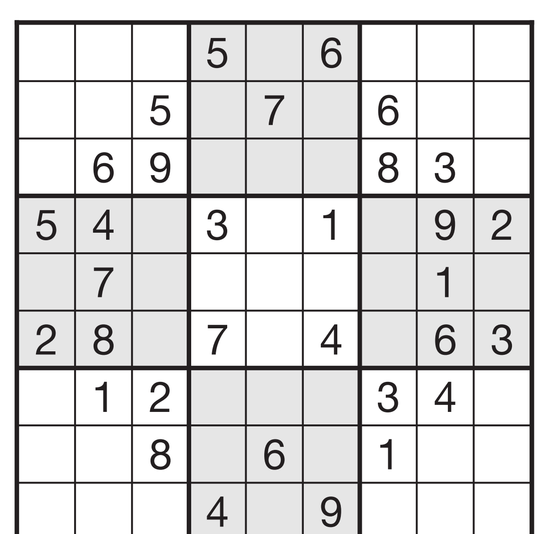
Diagonalrätsel: 1. Patzer, 2. Massiv, 3. Falter, 4. Ottawa, 5. Devise, 6. Relikt – Palast, Ritter

Kreiskette: 1. Baiser, 2. Remise, 3. Visier, 4. Reisig, 5. Grenze – reservieren

Sudoku:

8	2	4	5	3	6	9	7	1
1	3	5	9	7	8	6	2	4
7	6	9	1	4	2	8	3	5
5	4	6	3	8	1	7	9	2
9	7	3	6	2	5	4	1	8
2	8	1	7	9	4	5	6	3
6	1	2	8	5	7	3	4	9
4	9	8	2	6	3	1	5	7
3	5	7	4	1	9	2	8	6

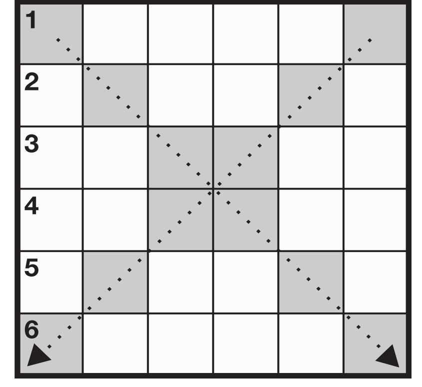
Sudoku



			5		6			
		5		7		6		
	6	9				8	3	
5	4		3		1		9	2
	7						1	
2	8		7		4		6	3
	1	2				3	4	
		8		6		1		
			4		9			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



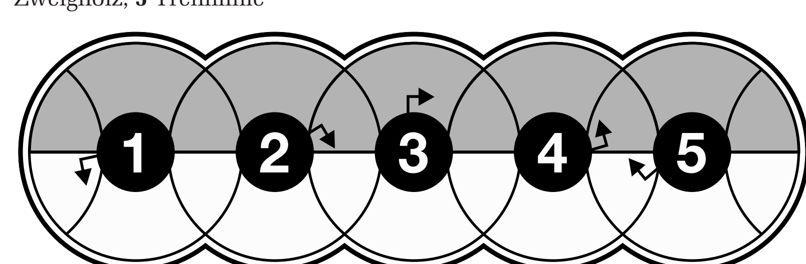
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen eine Residenz und einen Adligen.

1 Fehler, Ungeschicklichkeit
2 Gebirgsstock
3 Schmetterling
4 Hauptstadt von Kanada
5 Wahl-, Leitspruch
6 Überbleibsel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für freihalten, vorbestellen.

1 Schaumgebäck, **2** Wagenschuppen, **3** Einrichtung zum Zielen, **4** dünnes Zweigholz, **5** Trennlinie



»...weil es um die Menschen geht«

Die Allensteinerin Karla Schefter kümmert sich seit 20 Jahren um Patienten in der afghanischen Provinz

Selbstmordattentäter sprengen sich und Unschuldige auf belebten Märkten in die Luft, Soldaten werden in einen Hinterhalt gelockt und verletzt oder gar getötet – das sind die Schlagzeilen, die aus Afghanistan vermeldet werden. Wie aber sieht die humanitäre und medizinische Lage in der Provinz aus?

Afghanische Sicherheitskräfte sollen von Ende 2014 an selbst für die Sicherheit im Land sorgen. Das war das zentrale Ergebnis der Afghanistan-Konferenz im Juli in Kabul. Es ging dabei auch um dreistellige Millionenbeträge, die ausgegeben werden sollen, um das Land zu befrieden. Allzu oft wird in der Berichterstattung über das geschundene Land der Krieg

Lage der Menschen in der Provinz nicht vergessen

in den Vordergrund gestellt, die humanitäre und medizinische Notlage der afghanischen Bevölkerung aber vergessen. In dem seit mehr als 30 Jahren durch Krieg und Bürgerkrieg zerstörten Land sind auch die Menschen Verlierer, die nicht oder noch nicht direkt in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt sind. Während es in der Hauptstadt Kabul einigermaßen erträglich ist, finden die Menschen in der Provinz nur schwer medizinische Hilfe.

In dem ohnehin zu den ärmsten Ländern der Welt gehörenden Land am Hindukusch (Nr. 170 von 174 Ländern in der UN-Statistik) gibt es keine funktionierende Infrastruktur mehr, die Menschen sind ohne Arbeit, die Felder vermint. Jede vierte Frau ist durch die Kriegswirren zur Witwe geworden; 16 von 100 Kindern sterben im ersten Lebensjahr. Die mittlere Lebenserwartung der Menschen liegt bei nur 43 Jahren. Die medizinische Versorgung ist vielerorts auf den Nullpunkt gesunken.

Doch es gibt Menschen, die sich um die Notleidenden sorgen. Dazu gehört die Ostpreußin Karla Schefter. Geboren 1942 in Allenstein, wollte sie schon als Kind entweder in die Mission gehen oder einen Forscher heiraten, um mit ihm Expeditionen in ferne Länder zu unternehmen. Ferne Länder hat sie schließlich viele besucht, in Afghanistan aber ist ihr Herz geblieben.

Seit mehr als 20 Jahren lebt und arbeitet die ehemalige Operationsschwester der Städtischen Kliniken Dortmund mehrere Monate im Jahr am Hindukusch. Den Rest des Jahres nimmt sie sich die Zeit, um auf Vortragsreisen in Deutschland von ihrem Tun zu berichten, wie kürzlich in der LO-Gruppe Dortmund.

Zentrum ihres Wirkens ist ein Tal in der Provinz Wardak, Distrikt Chak, etwa 75 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Kabul. In diesem fruchtbaren Tal in 2400 Meter Höhe befindet sich ein Hospital, das sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einer Insel des Friedens und der Hoffnung für viele Kranke entwickelt hat.

Das war nicht immer so. Der Anfang war beschwerlich und voller Hindernisse. Gelder fehlten und auch heute wird das Krankenhaus vornehmlich von privater Seite finanziert; nähere Informationen beim Komitee zur Förderung medizinischer und humanitärer Hilfe Afghanistans e.V. (C.P.H.A. e.V.), c/o Gerhard Sprißler, Frühlingstraße 26, 86690 Mertingen, und im Internet unter www.chak-hospital.org.

Zu 75 Prozent sind es Frauen und Kinder, die Hilfe suchen in diesem Hospital, das mit seinen 60 Betten nicht gerade groß, aber effektiv ist. Behandelt werden unter anderem Verbrennungen, Kriegs- und Minenverletzungen, Typhus, Malaria, Hirnschlag, Risikoschwangerschaften und Unterernährung. Die Patienten nehmen oft lange und für Europäer kaum vorstellbar beschwerliche Wege auf sich, um nach Chak-e-Wardak zu kommen, zu Fuß, getragen oder in einer Schubkarre gefahren. In

Zu Fuß, getragen oder in einer Schubkarre gefahren

das einzige Hospital in der Provinz Wardak mit seinen 500 000 Einwohnern kommen auch Patienten aus den benachbarten Provinzen und aus der Hauptstadt Kabul. Im vergangenen Jahr waren es mehr als 86 000 Kranke, die hier Hilfe fanden. Diese hohe Zahl zeigt, dass sich die Gesamtlage der Menschen in Afghanistan nicht verbessert, sondern eher noch verschlechtert hat. In Chak-e-Wardak erwarten sie gut ausgebildete Ärzte, darunter auch zwei Ärztinnen, vier Hebammen und engagiertes Pflegepersonal, übrigens alles Afghanen, sowie eine gute technische Ausrüstung (Röntgen, Ultraschall oder EKG). Wichtig für die Frauen: 20 Prozent des medizinischen Personals sind Frauen. Dennoch ist es in Afghanistan Sitte, dass kein Kranker allein in ein Hospital geht, und so wird er stets von mindestens einem Verwandten begleitet. Diese Begleitperson findet im Hospital schließlich auch einen Platz, muss aber mit anpacken, wenn es heißt, den Patienten zu versorgen. Ambulante Patienten müssen im Chak-e-Wardak-Hospital eine kleine Summe für die Behandlung bezahlen, die stationäre Behandlung ist kostenlos.

Karla Schefter, die seit 1993 das Projekt leitet und als einzige Europäerin immer wieder vor Ort ist, liegt es sehr am Herzen, die Situation der afghanischen Frauen zu verbessern. Sie werden als Krankenschwestern, Impfassistentinnen und Hebammen ausgebildet. Nicht zuletzt durch ihr Engagement zählt das Hospital heute zu den fünf am besten ausgerüsteten und geführten Krankenhäusern in Afghanistan. Im Herbst des vergangenen Jahres wurde Karla Schefter mit dem Deutschen Pflegepreis des Deutschen Pflegerats, Berlin, ausgezeichnet.

Wenn heute das Hospital über eine eigene Bäckerei, einen Tiefwasserbrunnen und eine Verbrennungsanlage für medizinische Abfälle verfügt, dann ist das vor allem auch dem Weitblick und dem Durchsetzungsvermögen der Allensteinerin zu verdanken. Es lag schließlich auch an dem Feingefühl, mit dem Karla Schefter der Europäern so fremden Kultur des Islam begegnete. Mit Respekt vor den anderen Sitten und Bräuchen, aber auch mit dem typisch ostpreußischen Dickschädel, sich für lohnenswerte Dinge einzusetzen, erreichte sie das Unmögliche.



Hospital in Chak-e-Wardak: Karla Schefter (mit hellem Tuch) vor dem Frauen-Krankenhaus Bild: chak-hospital

Verletzte werden – aus welchem Lager auch immer – gleichermaßen behandelt. Karla Schefter und ihr afghanisches Team handeln nach einer einzigen Devise. „Wir sind eine medizinische Partei und sonst nichts. Wir tun unsere Arbeit, weil es um die Menschen geht.“

Schwierige Situationen (und die werden dieser Tage nicht weniger) haben die Gemeinschaft der Helfer zusammengeschweißt; gemeinsam arbeitet man, gemeinsam freut man sich am Erfolg.

„Wenn man jeden Tag so viele so kranke Menschen sieht, dann ist man von der Notwendigkeit eines solchen Projektes überzeugt“, so Karla Schefter, die Mitte September wieder für einige Wochen nach Afghanistan fliegt. Diesmal nach Kabul, weil es in der Provinz für sie zu gefährlich geworden ist (siehe Interview). Das schreckt sie aber nicht ab, sie tut weiterhin im Schatten des Terrors ihre Pflicht und das mit Überzeugung. *Silke Osman*

Gespräch mit Karla Schefter

PAZ: *Hat sich Ihre Lage seit dem Sturz der Taliban-Regierung geändert?*

Karla Schefter: Die Klinik ist nicht betroffen, sie wird weiterhin von der Bevölkerung akzeptiert. Im Juni mussten wir über 1000 Patienten stationär und über 8000 ambulant behandeln. Und das bei einem 60-Betten-Haus.

PAZ: *Wie schafft man denn das?*

Schefter: Nun, da müssen kleine Kinder sich schon mal ein Bett zu dritt teilen, außerdem werden Feldbetten und Zelten aufgestellt. In diesen heißen Monaten leiden die Menschen vor allem an Durchfallerkrankungen, an Typhus oder der Ruhr.

PAZ: *Sie sind noch weiterhin regelmäßig in Afghanistan?*

Schefter: Ja, am 20. September fliege ich wieder hin. Nun aber nach Kabul. Da ist es ein wenig sicherer. Man muss aufpassen, dass man nicht entführt wird. Nicht nur als Ausländer. In Kabul habe ich ein Zimmer, wo ich Büroarbeiten erledigen kann. Ein richtiges Büro können wir uns nicht leisten. Die Mieten dort sind einfach zu hoch.

PAZ: *Wie ist es um das Ansehen der Deutschen bestellt, die früher doch sehr beliebt waren?*

Schefter: Das Ansehen ist sehr gesunken. Die Deutschen sind Soldaten und gehören zur Nato, und die bringen auch Zivilisten um, so einfach sehen das viele Afghanen. Und doch meine ich, dass das Militär zu diesem Zeitpunkt nicht aus Afghanistan raus gehen sollte. Es würde in einen Krieg ausarten.

PAZ: *Sehen Sie einen Ausweg?*

Schefter: Es gibt kein Patentrezept für Afghanistan. Man hat nie aus der Geschichte gelernt. Ein Türke hat mir einmal gesagt: Sie kennen mich nicht, aber sie wollen mich ändern. Das ist ein Satz, den ich auch auf Afghanistan beziehen möchte.

PAZ: *Was treibt Sie an, sich mehr als 20 Jahre so für dieses ferne Land einzusetzen?*

Schefter: Ich wollte damals nur ein Jahr dort bleiben. Ich bin als kleines Kind aus Ostpreußen geflohen und ich kenne Armut. Ich weiß auch, wie es ist, nicht willkommen zu sein. Die Menschen dort brauchen Hilfe. Ich weiß, ich kann nicht ganz Afghanistan retten, doch ich gehe immer wieder dort hin, weil es um die Menschen geht. os

Auch Kaiser Wilhelm II. spendete

Rettung der Lüneburger Heide: Der Dichter Hermann Löns und Pastor Wilhelm Bode hatten ein gemeinsames Ziel

Es war schon überraschend, dass nach Kenntnis berufener Fachkreise der aus Westpreußen stammende Dichter Hermann Löns und der Retter der Lüneburger Heide, der „Heidepastor“ Wilhelm Bode, einander nicht gekannt haben sollen. Eine kleine Postkarte im Celler Stadtarchiv belegt das Gegenteil: Löns und Bode kannten sich doch.

Während Hermann Löns (1866–1916) schon zu Lebzeiten berühmt war und die Einzigartigkeit der Lüneburger Heide in die Herzen der Menschen geschrieben hat, ist es Wilhelm Bode zu verdanken, dass man heute Löns Beschreibungen der Heide noch selbst erleben und erfahren kann.

Die Lüneburger Heide hat selbst jenseits der Heideblütenzeit gegen Ende August noch immer ihr romantisches Gesicht. Ausgedehnte Wanderwege öffnen den Blick auf zwischen Heide und Wacholdersträuchern grasende Heidschnucken und auf runenverzierte Löns-Gedenksteine. Kern des Naturschutzparks Lüneburger Heide zwischen Egestorf (an der A 7) und Schneverdingen ist das Gebiet rund um das beschauliche Heidedorf Wilsede, das auch heute noch nur zu Fuß, mit dem Rad, zu Pferde oder per regelmäßig verkehrender Kutsche zu erreichen ist. Der zweifellos schönste Weg von Egestorf nach Wilsede führt über den Pastor-Bode-Weg.

Wilhelm Bode wurde als Sohn eines Seminaroberlehrers am 20. Oktober 1860 in Lüneburg geboren und hat in Göttingen und Straßburg evangelische Theologie studiert. Nach dem Studium zog es ihn zunächst als Hauslehrer der Familie von Manteuffel nach Kurland. 1886 nahm er dann die Stelle als Pastor in Egestorf an.

Die Heideböden sind karg und verschaffen den Menschen der Region keine Reichtümer. Bode wollte jedermann zumindest zu einer soliden Grundlage verhelfen und gründete 1888 die Spar- und Darlehnskasse Egestorf, eine der ersten Kreditgenossenschaften in der Provinz Hannover. Er wurde für 21 Jahre der erste Geschäftsführer und Rendant der heutigen Volksbank Nordheide. „In seiner Gemeinde sollte es, wie er sagte, keine Magd geben, die nicht neben dem Neuen Testament ein Sparbuch in der Truhe hätte“, erinnerte sich später sein Kantor Heinrich Schulz.



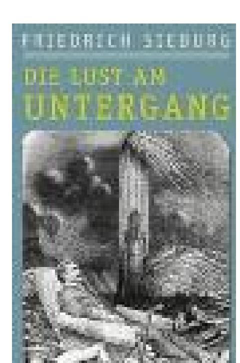
Wilseder Berg in der Lüneburger Heide: Vor 100 Jahren aus Gründen des Naturschutzes von Pastor Bode gekauft. Bild: Internet

Das Geschäft florierte und Bode nutzte die Überschüsse für den Bau eines Doktorhauses. Er wurde zudem Mitbegründer des einzigen noch heute in Deutschland bestehenden genossenschaftlichen Krankenhauses in Salzhausen.

Die langfristige Erhaltung der typischen Heidelandschaft ist unbestritten Bodes Hauptverdienst: Während Löns sich schreibend für den Erhalt der Natur einsetzte, wirkte Bode praktisch. In Münster fand er einen Geldgeber und erwarb 1906 zunächst den Totengrund bei Wilsede, die Keimzelle des heutigen Naturschutzparks. Die Sorge um die Heide einte Löns und Bode und führte die beiden auch zusammen. Jürgen A. Schulz entdeckte jetzt im Celler Stadtarchiv eine von Löns an Bode gerichtete Postkarte vom 30. März 1911 mit kurzer Botschaft: „Schönen Dank für die schöne Karte. Vielleicht drükken wir unseren Plan doch noch durch. Es grüßt sie schönstens Ihr H. Löns.“

Bode gehörte zu den Mitbegründern des Vereins Naturschutzpark Lüneburger Heide, für dessen Gründung sich auch Löns eingesetzt hatte. 1910 kaufte Bode mit Hilfe großzügiger Spender, darunter auch Kaiser Wilhelm II., den Wilseder Berg sowie weitere Heideflächen für 100 000 Goldmark. Als die Preußische Regierung am 29. Dezember 1921 das Gebiet rund um den Wilseder Berg in einem Umfang von vier Quadratmeilen zum Naturschutzpark erklärte, hatte Bode sein Ziel erreicht. Der Heidepastor starb am 10. Juni 1927 in Wilsede im Alter von 67 Jahren.

Bernd G. Hierholzer



Vergessener Querkopf

Friedrich Sieburg neu entdeckt

Zeitkritische Essays, die vor über 50 Jahren erschienen sind, müssen nichts von ihrem Reiz und ihrer Aktualität eingebüßt haben. Ein Beweis für diese These ist Friedrich Sieburgs Buch „Die Lust am Untergang“, die jetzt in der „Anderen Bibliothek“ bei Eichborn erschienen ist. Entbehrlich sind höchstens Vor- und Nachwort von Thea Dorn, die dem „Literaturpapst“ der frühen Bundesrepublik nicht das Wasser reichen kann und einem mit etwas zu persönlich gehaltenen Bemerkungen darüber, wie sie Sieburg zum ersten Mal gelesen habe, zu nahe rückt. Der „Welt“-Literaturredakteur Tilman Krause, der seine Doktorarbeit über Sieburg geschrieben hat, wäre sicher ein geeigneterer Kandidat gewesen, uns den 1893 im westfälischen Altena zur Welt gekommenen und 1964 in Gärtringen bei Stuttgart verstorbenen Autor vorzustellen.

Sieburg berührt auf rund 400 Seiten die verschiedensten Themen, denen man sich kapitelweise nähern kann. Der vielschreibende Dandy, Verfasser des sprichwörtlich gewordenen Buches „Gott in Frankreich“, präsentiert sich uns als ein Leidender. Der Großkritiker, der in den Jahren 1956 bis 1963 den Literaturteil der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ leitete, begegnet den Zuständen in der Bundesrepublik der 50er Jahre mit einem gewissen ästhetischen Ekel. Die Zeit macht ihn geradezu krank, was auch einige Sätze ins Larmoyante abgleiten lässt. Überall sieht er den Kulturhass am Werke, der nichts weiter sei „als das Ressentiment gegen jeden Versuch des Einzelnen, Kontur zu gewinnen, ein eigenes Leben zu führen und sich einen Kern zu schaffen, in dem er unangreifbar ist“. Sieburg, der nach dem Motto „Der Stil macht den Herrn“ lebte, konnte dem schon damals zutage tretenden sozialen Pathos nichts abgewinnen. Sein aufwendiger Lebensstil, seine offene Verachtung für alles Hässliche in Gesellschaft, Musik, Kultur und allgemeiner Lebensart provozierte seine Gegner, die sich über eine weltmännisch-großbürgerliche Attitüde ärgerten und lustig machten.

Gesellschaftkritik noch heute aktuell

Was – so fragt man sich – hätte Sieburg erst zu den Entgleisungen unserer Spaßgesellschaft gesagt? Wenn man einen Wunsch frei hätte, so läse man gern einen frischen Essay Sieburgs über die rot-grüne Kampfansage an die Gymnasien oder vielleicht auch die wenig schmeichelhafte Bekleidung der Herren bei sommerlichen Temperaturen. Schon der sich bahnbrechende „American way of life“ war ihm ein Dorn im Auge.

Mit der Gleichgültigkeit, mit der „die“ Bundesdeutschen dem Begräbnis Preußens zugesehen hätten, als ob die Problematik, die dem deutschen Charakter aus dem Wesen Preußens zuwuchs, mit dieser eiligen Einscharrung aus der Welt geschafft worden wäre, konnte er sich schon gar nicht anfreunden. *Ansgar Lange*

*Friedrich Sieburg: „**Die Lust am Untergang – Selbstgespräche auf Bundesebene**“, Mit einem Vor- und einem Nachwort von Thea Dorn, Eichborn Verlag, Frankfurt 2010, gebunden, 420 Seiten, 32 Euro*





Spion Friedrichs des Großen?

Biographie des preußischen Staatsministers Graf Goertz gewährt Einblicke

Plante Graf Johann Eustach von Goertz 1771 den Staatsstreich, um die Herzogin Anna Amalia davon abzuhalten, Sachsen-Weimar endgültig finanziell zu ruinieren? Seit wann arbeitete er für Friedrich den Großen als Spion? Wie kam es dazu, dass er nach seinen eigentlich vielversprechenden Anfängen als „Prinzenmanager“ im beschaulichen Weimar schließlich in Preußen Staatsminister wurde? Was tat Goertz als preußischer Gesandter am Hof der Zarin? Was unternahm er, um Napoleon aufzuhalten? Und vor allem: Wer war eigentlich Graf Goertz?

Norbert Leithold hat es nicht dabei belassen, diese Fragen auf der Grundlage bislang völlig unbeachteter Quellen zu beantworten. Er hat darüber hinaus ein höchst unterhaltsames und mit erstaunlicher Leichtigkeit zuverlässig Geschichte vermittelndes Buch geschrieben.

Leithold trat zuletzt vor allem mit Veröffentlichungen über Friedrich den Großen hervor und stieß im Zusammenhang mit diesen Forschungen auf Goertz. Der Buchtitel verspricht nicht zu viel: Johann Eustach Graf von Goertz (1737–1821) darf mit Recht als „Der große Unbekannte“ bezeichnet werden, der bislang höchstens am Rande erwähnt wurde und für den sich offenbar niemand weiter interessierte. Leithold nimmt den Leser mit auf seine „Entdeckungsreise in die Goethezeit“. Immer wieder wechseln die Perspektiven, was sowohl der Spannung als auch der Lesbarkeit sehr zugute kommt: Einmal begleitet man Goertz, wenn er mit Carl August von Weimar nach Paris reist oder Prinz Heinrich von Preußen am Verhandlungstisch assistiert. Ein andermal lauscht man Norbert Leitholds Gesprächen mit mehr oder weniger auskunftsfreudigen Archivaren, folgt ihm bei seiner Suche und seinen Überlegungen, wie die aufgefundenen und nicht immer eindeutigen Schriftstücke, die zudem zum Teil chiffriert waren, gedeutet werden können und wie das Geschehen rekonstruiert wird.

Goethe und der Weimarer Hof kommen nicht gut weg

Der große Schatz, den Leithold gehoben hat, ist die Vielzahl der Briefe, die Graf und Gräfin Goertz wechselten, zuweilen über 300 im Jahr. Geplant ist eine separate, mehrbändige Veröffentlichung dieser Korrespondenz, aber man bekommt bereits hier reichlich neue Einblicke. Goethe kommt nicht allzu gut weg. Vorsichtig formuliert ließe sich sagen, dass das Ehepaar Goertz und den Dichterfürsten nicht gerade eine enge Freudschaft verband: Ausführlich tauschte man sich nicht nur über Goethes Beziehung zu Frau von Stein, sondern auch über sein gleichzeitiges Verhältnis zu Anna Amalia aus. Leithold kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Herzogin eine Zeitlang den Liebhaber Goethe „leistete“, den – wie der Autor treffend formuliert – „Popstar seiner Zeit“. Dies alles bot damals reichlich Stoff für eifersüchtige Auseinandersetzungen und noch mehr Stoff für lästernde Briefeschreiber. Aber nicht nur das „liebevoll tradierte Bild des Musenhofes“ von Weimar wird angekratzt. Auch der Blick auf die diplomatischen Missionen, mit denen der Graf im Dienste Preußens betraut war und die Leithold hier darstellt, zeigt, dass die bisherige Geschichtsschreibung der einen oder anderen Ergänzung bedarf. *Erik Lommatzsch*

*Norbert Leithold: „**Graf Goertz – Der große Unbekannte – Eine Entdeckungsreise in die Goethezeit**“, Osburg Verlag, Berlin 2010, gebunden, 336 Seiten, 24,90 Euro*



Axtmörder auf der Spur

Preußin beweist Unschuld ihres Freundes

Nach „Kalte Zärtlichkeit“ und „Paradies in Flammen“ kann der Leser sich nun auf den dritten Roman der Schriftstellerin, Ghostwriterin und Übersetzerin Charlotte Sandmann freuen. Der historische Roman „Die Erbin“ spielt wie Sandmanns vorhergehende Romane im 19. Jahrhundert.

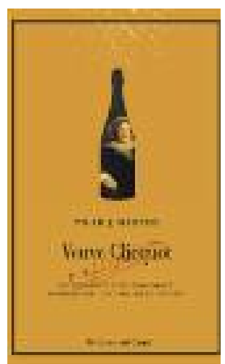
Die gebürtige Preußin Salome Bottacci ist nach einem zwei Jahre währenden Aufenthalt in einem Sanatorium im Hause ihrer Schwester Pauline zu Gast, um sich von den Folgen eines schweren Unfalles zu erholen. In ein stützendes Korsett gezwängt und auf eine Krücke gestützt, büßt die junge Frau in der Hitze des Sommers 1900 zwar einiges an Bewegungsfreiheit, jedoch nichts an Exzentrik ein. Obwohl sich der Körper der 22-Jährigen nur langsam von den gesundheitlichen Strapazen erholt, zögert sie keine Minute, um ihrem Freund aus Kindertagen, Nicholas von Riedenhoff, genannt Nickel, zu Hilfe zu eilen, der des grausamen Mordes an seiner treuen Haushälterin beschuldigt wird.

Doch kaum in München angekommen, steht Salome vor einem Berg von Problemen. Ein dandyhafter Anwalt, der bereits von der Schuld Nickels überzeugt ist, grausame Irrenanstaltsangestellte, die den geistig stark verwirrten Nicholas misshandeln, und heimtückische Verschwörer, die versuchen, die zielstrebige junge Frau davon abzubringen, ihre eigenmächtigen Ermittlungen fortzuführen. Die offensichtliche Tatsache, dass der körperlich stark geschwächte Nicholas physisch kaum in der Lage gewesen sein könnte, als kopfloser Axtmörder seine kräftig gebaute Haushälterin zu erschlagen, scheint lange niemand außer Salome wahrzunehmen.

Viele Fragen gilt es zu klären: Wie schlimm steht es um Nicholas Geisteszustand wirklich? Was haben die spanischen Ambassadeure auf Schloss Hockenzell, dem Zuhause der von Riedenhoffs, gesucht? Wer hat die arme Haushälterin auf so grausame Weise getötet? Und welches düstere Geheimnis verbirgt der alte, fest verbarrikadierte Brunnenschacht im Keller des Schlosses?

In „Die Erbin“ wird der Leser daran erinnert, wie man noch vor nur hundert Jahren mit psychisch kranken Personen umging, wie grausam und verständnislos man diese armen Menschen behandelte. Allerdings gelingt es Charlotte Sandmann nicht so richtig, Spannung in den an sich gut gelungenen Kriminalfall zu bringen. Trotzdem ist er ein äußerst ansprechender historischer Roman mit überzeugenden Charakteren. Malerisch beschreibt Sandmann das düstere, verwunschen wirkende Schloss, und die Erlebnisse von Salome, Nicholas und Pauline aus deren Kindertagen. *Vanessa Ney*

*Charlotte Sandmann: „**Die Erbin**“, dtv premium, München 2010, broschiert, 330 Seiten, 14,90 Euro*



Sie ließ es prickeln

Biographie über Barbe-Nicole Clicquot, Gründerin des Champagner-Imperiums

Champagner ist neben Kavier das bekannteste Luxusprodukt weltweit. Als unverzichtbar gilt der Schaumwein aus der Champagne bei festlichen Anlässen wie Hochzeiten und Neujahrsfeiern. Dank der technischen Neuerungen des 20. Jahrhunderts findet man Champagnerflaschen zu erschwinglichen Preisen in den Weinhandlungen. Eine Traditionsmarke wie „Veuve Cliquot“ hat jedoch ihren Ikonenstatus behalten, weil sie nach wie vor als exklusives Konsumgut der „Oberen Zehntausend“ gilt, und dies schon seit ziemlich langer Zeit. Wie lange genau und wie es dazu kam, darüber hat die Kulturhistorikerin und professionelle Feinschmeckerin Tilar J. Mazzeo aus dem kalifornischen Wine County ein Buch von kulturgeschichtlicher Bedeutung verfasst: „Veuve Cliquot – Die Geschichte eines Champagner-Imperiums und der Frau, die es regierte“, so der Titel des in einem dunkelgelben Umschlag steckenden Bandes, entsprechend der Farbe des Etiketts der berühmten Champagnerflaschen. Von der Frau, dank deren Geschäftssinn sich der kleine familieneigene Weinhandel mit seinem Nischenprodukt zu einem Erfolgsmodell, einem Mythos entwickelte, ist die Autorin fasziniert: Die umtriebige Witwe (Veuve) Barbe-Nicole Clicquot, geborene Ponsardin, (1777–1866) avancierte ab 1806 im napoleonischen Frankreich zu einer der europaweit führenden Unternehmerinnen.

Allerdings hatte sich die Forscherin mit einem Quellenproblem auseinanderzusetzen. Als sie Anfang 2007 Zugang zum Unternehmensarchiv Veuve Cliquot Ponsardin in Reims erhielt, muss ihre Enttäuschung grenzenlos gewesen sein: An biographisch aussagekräftigen Unterlagen wie Briefen und Tagebüchern der Barbe-Nicole fand sich so gut wie nichts, nur etliche mit Geschäftsbüchern gefüllte Regale. Tilar Mazzeo ließ sich nicht entmutigen und begann in der Champagne mit einer „donquichotettsken Suche“ nach Spuren und Überlieferungen aus dem Leben dieser Frau. Aus den gewissenhaft gesetzten Fußnoten geht hervor, dass sie sich zudem auf französischsprachige Literatur bezogen hat, darunter eine noch zu Lebzeiten der „Veuve“ veröffentlichte Biographie.

Ein Schwabe machte die Witwe reich

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Chronik ist der Champagner selbst. Wer genau ihn entdeckt hat, ist umstritten, doch sowohl Engländer als auch Franzosen führten seit Ende des 17. Jahrhunderts Experimente mit Schaumweinen durch. Unter den schwierigen Bedingungen des brüchigen Friedens und der Handelsbeschränkungen während der napoleonischen Ära erfand die kluge Geschäftsfrau Cliquot neue Herstellungsverfahren und stellte ihren Champagner an europäischen Höfen vor. Doch ohne ihre Entdeckung des remuage – einer Methode, den Champagner vom Hefetrub zu befreien, der nach der zweiten Gärung in der Flasche verbleibt – wäre ihr Produkt kein weithin beliebter Wein geworden. Der erste Kellermeister der Firma Anton von Müller (1788–1859), ein gebürtiger Schwabe, der sich Antoine de Muller nannte, erfand um 1813 das „Rütteln auf dem Pult“. Etliche Deutsche standen der Witwe Cliquot im Laufe der Jahre zur Seite, so auch Ludwig „Louis“ Bohne, ehemals der engste Vertraute ihres 1804 verstorbenen Mannes, der als Handelsvertreter unermüdlich auf dem europäischen Kontinent auf Reisen war und sogar Russland eroberte. Georg Christian von Kessler war von 1815 bis 1825/26 Teilhaber der Firma Veuve Cliquot und gründete anschließend in Esslingen am Neckar die erste deutsche Sektkellerei. Als Louis Bohne 1821 durch einen Unfall ums Leben kam, stand das Unternehmen längst glänzend da, bei weiter rasant steigender Nachfrage, da es auch die Amerikaner seit den 1820er Jahren immer mehr nach dem schäumenden Getränk verlangte. Die Witwe Cliquot war mit Anfang 40 als Herrin ihres Champagnerimperiums eine der reichsten Industriellen ihrer Zeit und Eigentümerin wertvoller Immobilien. Dem russischen Geschmack entsprechend hatte sie einen süßen und starken Champagner „erfunden“. Dieser verlor jedoch nach 1850 an Prestige, da die Engländer einen Schaumwein ohne sirupartige Süße verlangten. Damals nutzte eine andere Frau, die Witwe Louise Pommery, die Gelegenheit und entwickelte jenen knackigen, trockenen Champagner, den man heute als „brut“ kennt. *Dagmar Jestrzemski*

*Tilar J. Mazzeo: „**Veuve Cliquot – Die Geschichte eines Champagner-Imperiums und der Frau, die es regierte**“, Hoffmann und Campe 2009, geb., 320 Seiten, 19,99 Euro*



Kein Märchen

Eine ostpreußische Kindheit

Siegfried Nittka wurde 1936 im Kreis Insterburg geboren. Er erlebte Flucht und Vertreibung, doch in „Käuzchenrufe auf das Jüngste Gericht“ verarbeitet er nicht seine eigene Geschichte, sondern die des fiktiven Jungen Baldur Saworra. Dass es bei den Lebensläufen Überschneidungen gibt, erkennt man schlicht daran, dass der Romanheld offenbar über eine ähnliche Fehlstellung der Augen verfügt wie der Autor.

Der Junge Baldur kränkelt und ist nicht ganz das, was sein Vater sich unter einem strammen Stammhalter vorgestellt hat. Aus gesundheitlichen Gründen verbringt der Junge viel Zeit bei seinen Großmüttern Heinriette, die ihm viele Märchen erzählt, und Antonie. Nittka erzählt die niedliche Anekdote, dass Baldur eines Tages glaubt, Dornröschen vor sich zu sehen, als ihn die alte Lena Bronski mit langem, losen, weißen Haar durch den Wald entgegenkommt. Doch zur Enttäuschung des Jungen verwandelt ein Kuss von ihm die alte Frau nicht in eine schöne, junge Prinzessin, was ihn davon überzeugt, dass er wohl kein Prinz sein müsse. Auch sein Versuch, wie ein stolzer Ritter seine Mutter gegen Kriegsende vor den Soldaten der Roten Armee zu retten, misslingt. Wenig später wird seine Mutter von einem dieser Soldaten schwanger, versucht abzutreiben und erkrankt hiervon geschwächt auch noch an Typhus. Während seine Mutter mit dem Tod ringt, kämpft der mit seiner Oma Heinriette, Opa und Schwester nach der Flucht aus Ostpreußen in Stendal gestrandete Baldur ums tägliche Überleben.

Schwanger nach Vergewaltigung

Siegfried Nittka skizziert, wie Baldur nach Kriegsende einen Schulabschluss und eine Ausbildung macht und aus Unzufriedenheit später den Beruf wechselt, in dem er dann seine große Liebe Nana kennenlernt. Das Buch endet mit dem Tod Nanas und der folgenden Einsamkeit Baldurs. *Bel*

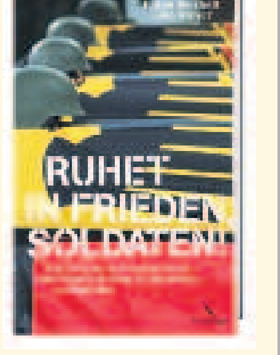
*Siegfried Nittka: „**Käuzchenrufe auf das Jüngste Gericht**“, Verlag Ch. Möllmann, Borchen 2010, broschiert, 174 Seiten, 14 Euro*

Guntram Schulze- Wegener
Illustrierte Deutsche Militärgeschichte
Der erste Gesamtüberblick über die Militär- und Kriegsgeschichte von den "alten" Germanen bis zur deutschen Bundeswehr liegt vor. Mehr als 2000 Jahre Militärgeschichte hat der Autor prägnant beschrieben. Durch die Illustration mit Zeichnungen, Schlachtengemälden und seltenen Fotos wurde nicht nur ein lesenswertes, sondern auch ein ausgesprochen anschauliches Werk deutscher Kriegsgeschichte vorgelegt. Die militärhistorische Darstellung beginnt bei den Germanen und erstreckt sich über das Mittelalter, die Zeit des 30jährigen Krieges, den (hauptsächlich) militärisch begründeten Aufstieg Preußens, das napoleonische Zeitalter und die Kriege Bismarks. Den Schwerpunkt bildet das 20. Jahrhundert mit seinen beiden Weltkriegen. Bundeswehr und Nationale Volksarmee werden ebenso detailliert behandelt. Alle bedeutenden Kriege und Schlachten werden sowohl aus operationsgeschichtlicher Sicht durchleuchtet als auch auf deren Ursachen und Auswirkungen hin untersucht. Berühmte soldatische Protagonisten und auf dem neuesten Stand der Forschung befindliche Einblicke in die Entwicklung der Waffentechnik machen den Ausgang der jeweiligen Waffengänge verständlich und zeichnen ein plastisches Bild der deutschen Militärhistorie. Karten und über 400 größtenteils farbige Abbildungen von Waffen und Gerät, Uniformen, Orden, militär. Bauten usw. vermitteln eine Fülle zusätzlicher Informationen. Das neben den militärischen Aspekten auch die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen berücksichtigt werden, macht das Buch nicht nur für militärhistorisch, sondern auch für allgemein geschichtlich Interessierte zur wichtigen Informationsquelle.

NEU

Geb., Großformat, 344 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 6984

€ 39,90



Julian Reichelt
Ruhet in Frieden, Soldaten!'
Kart., 224 Seiten,
Format 14 x 21,5 cm
Best.-Nr.: 6976, € 16,95

Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten



Der Autor nimmt seine Leser mit auf eine masurische Eisenbahnreise, zu Besuch beim deutschen Kaiser, an die dänische Grenze nach Ammersby, in das schleswig-holsteinische Dorf Poggendiek, ja sogar bis an den Gardasee, nach Sankt Petersburg und auf eine sonnige Atlantikinsel. Mit Wärme und hintergründigem Humor schildert er die Ängste und Nöte der sogenannten „kleinen Leute". Es sind Geschichten für den Alltag wie den Sonntag, für den Feierabend wie für trübe Tage und schlaflose Nächte. Am Lachen erkenne man den Narren, sagen die Alten. Aber Lachen ist auch Medizin und Balsam für die Seele. Da das Leben nicht immer nur heitere Momente bietet, helfen Bücher und Geschichten eine Welt zu erschaffen, in der wir unsere Sorgen hinter uns lassen und unbeschwert schmunzeln oder laut herauslachen können. Arno Surminski schildert voller Humor und Wärmedie Bewohner dieser Welt: Es sind Menschen wie du und ich, mit kleinen und größeren Marotten und doch so herrlich normal, dass wir sie gern begleiten möchten.
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95





Sonderpreis
statt € 6,40 nur € 2,95

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209



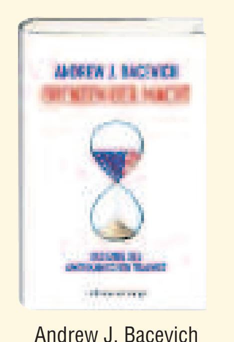
statt € 7,00 nur noch € 3,95

Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Andrew J. Bacevich
Grenzen der Macht
Das Ende des amerikanischen Traums. Warum Amerika sich an den Rand des Abgrunds manövriert hat – und was das für Europa und die Welt bedeutet.
Best.-Nr.: 6987, € 20,00

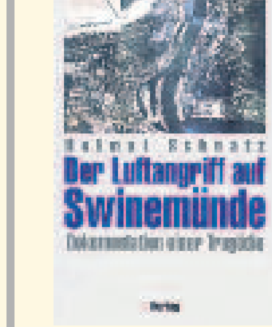


Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



CD

Erich Bender
Alle Vögel sind schon da…
Die schönsten deutschen Volksweisen und Kinderlieder mit dem Kinderchor des NDR
Gesamtspielzeit: 76:21 Min
Best.-Nr.: 6988, € 12,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



NEU

Königin-Luise-Brosche
Das gekrönte „L" von Eichenlaub eingefaßt.
Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960



PMD Preußischer Mediendienst

sehensWERT!
Die DVD-Empfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Kirsten Heisig
Das Ende der Geduld
Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter
Die Gewalttäter werden jünger, brutaler, skrupelloser und die Gesellschaft mit diesem Problem hilfloser. Die Berliner Jugendrichterin Kisten Heisig war nicht bereit, das hinzunehmen. So wollte sie nicht akzeptieren, dass bei Jugendlichen zwischen Straftat und Gerichtsverhandlung viele Monate vergehen und entwickelte das Neuköllner Modell. Hier findet nach einfachen Delikten von Jugendlichen innerhalb von drei Wochen die Gerichtsverhandlung statt. Die schnellen Strafen haben damit einen größeren Wirkungseffekt bei Tätern und Opfern. In ihrem Buch »Das Ende der Geduld« erläutert sie das Modell und deren Durchsetzungsweg, beschreibt Lebensläufe jugendlicher Krimineller, schildert Straftaten und Verfahren, benennt die Situationen an Schulen, Jugendämtern und der Polizei. Heisig liefert Fakten und aber auch Lösungsvorschläge, wie z.B. die Vernetzung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt, Schulen, Behörden, Institutionen und Eltern funktionieren sollte. Dabei wirft sie auch einen vergleichenden Blick ins europäische Ausland. Im ihrem Buch fordert die Richterin die Beseitigung von Handlungsdefiziten und eine ehrliche und notwendige Debatte in der Bekämpfung von Jugendkriminalität.

Kart., 208 Seiten
Best.-Nr.: 6986

€ 14,95

Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen
mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen

Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Königin-Luise-Schlüsselanhänger



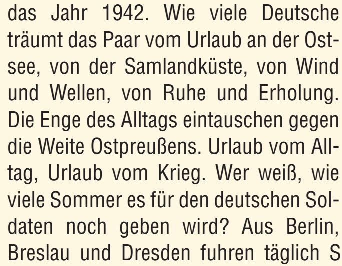
Best.-Nr.: 6957, € 5,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Sommer in Ostpreußen 1942



DVD

Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste.„Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung.Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

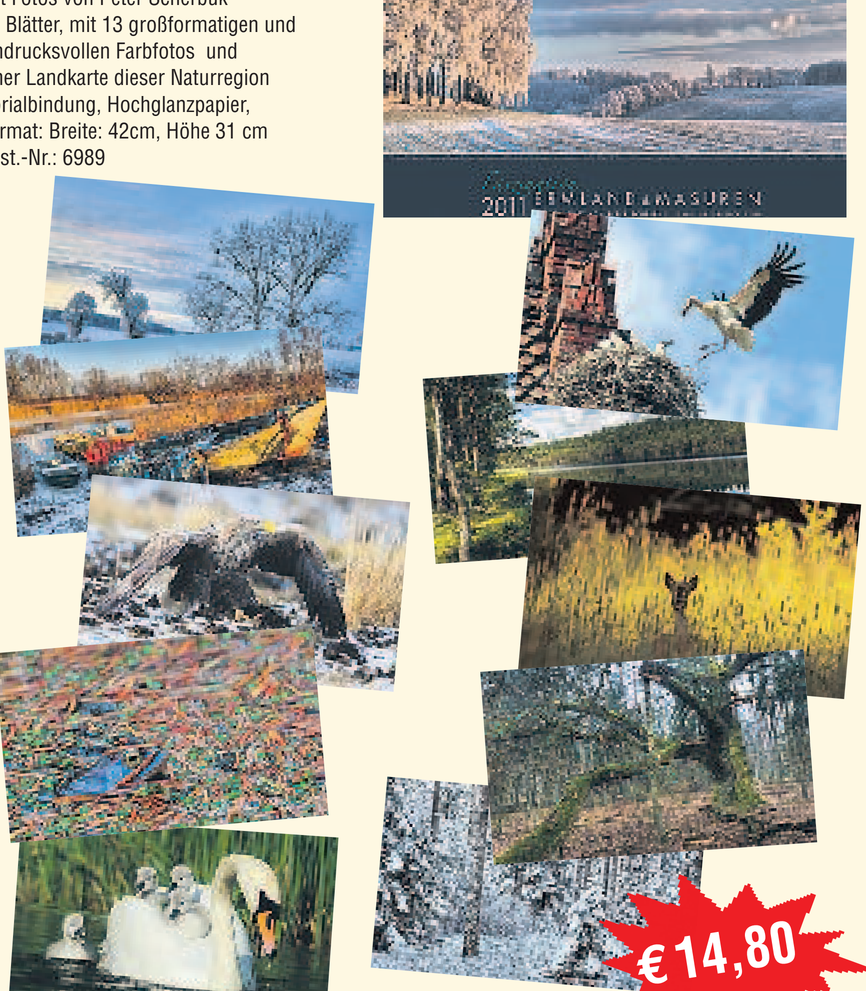
€ 14,95



Niko Colmer
Terrorismus
Reale und fiktive Bedrohungen im Nahen Osten
Geb., 200 Seiten
Best.-Nr.: 6985, € 19,90

Faszination Emland und Masuren – Kalender 2011

Wunderschöne Landschaftsaufnahmen aus dem Emland und Masuren
Mit Fotos von Peter Scherbuk
15 Blätter, mit 13 großformatigen und eindrucksvollen Farbfotos und einer Landkarte dieser Naturregion
Sprialbindung, Hochglanzpapier,
Format: Breite: 42cm, Höhe 31 cm
Best.-Nr.: 6989



€ 14,80



Wolfgang Clement/Friedrich Merz
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Geb., 199 Seiten
Best.-Nr.: 6978, € 18,95

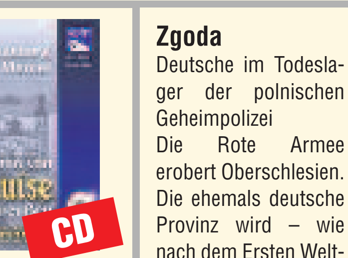
Ruth Buntkirchen
Das gestohlene Jahrzehnt
Erinnerungen 1945-1955
Geb., 289 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6962, € 20,00



CD

Auf den Spuren von Königin Luise in Ostpreußen
Von Königsberg nach Memel
In acht spannenden Reportagen begibt sich Henning von Löwis auf die Spuren der legendären preußischen Königin.
Laufzeit: 78 Minuten
Best.-Nr.: 6982, € 9,95

Zgoda



DVD

Deutsche im Todeslager der polnischen Geheimpolizei
Die Rote Armee erobert Oberschlesien. Die ehemals deutsche Provinz wird – wie nach dem Ersten Weltkrieg – polnisches Hoheitsgebiet. Die deutsche Bevölkerung flüchtet. Wer bleibt, wird gewaltsam vertrieben oder von der polnischen Geheimpolizei verhaftet. Die „Urzad Bezpieczenstwa", kurz „UB" genannt, errichtete innerhalb weniger Wochen etwa 1.500 Lager und Gefängnisse, in die rund 200.000 Deutsche, darunter viele Frauen und Kinder, verschleppt wurden. Eines der schlimmsten Lager war Zgoda in Swientochlowice, das von Salomon Morel geführt wurde. Hier starben Tausende an den unmenschlichen Haftbedingungen und den grausamen Misshandlungen.
Laufzeit: 46 Minuten, FSK ab 12 Jahren
Best.-Nr.: 6990



€ 12,95

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Zwischen Lebensfreude und Übermut, Wehmut und Trauer liegen die tieferen Schichten dieser Erzählungen aus vergangener Zeit, aus der Heimat Ostpreußen mit ihrem eigenwilligen Wortschatz und den sprichwörtlichen Eigenheiten ihrer Bewohner.
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

statt € 7,40 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 31/10
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Tillich: Neue Partei verhindern

Dresden – Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat in der Diskussion um die Chancen einer neuen Rechtspartei die alte Linie der Union bekräftigt: „Mit Sicherheit werden wir alles dafür tun, dass sich rechts von der CDU keine neue Partei gründet“, so Tillich. Nach Umfragen, laut denen 20 Prozent einer solchen Partei zuneigen könnten, hat unter anderem CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach die Entfremdung der Union von konservativen Wählern bemängelt. *H.H.*

Berliner CDU bei 17 Prozent

Berlin – Bei der jüngsten „Sonntagsfrage“ des Forsa-Instituts zu den Wahlabsichten der Berliner bei Landtagswahlen votierten nur noch 17 Prozent für die CDU. SPD und Grüne erhielten je 27, die Linke 15 und die FDP vier Prozent. Zehn Prozent stimmten für sonstige Parteien. Bei der Berlin-Wahl 1999 errang die Union noch 40,8 Prozent, also knapp doppelt so viele Stimmen wie heute CDU und FDP zusammen. *H.H.*

ZUR PERSON

Ausgerechnet so einer

Wenn ausgerechnet einer, der tagein tagaus die „Gier der Reichen“ geißelt, in den Verdacht gerät, sich widerrechtlich auf Steuerzahlerkosten bereichert zu haben, dann wiegt das besonders schwer. Noch dazu, wenn er mit seinen geschätzten Monatseinkünften von zusammen 17 000 Euro ohnehin zu den Bestverdienern gehört.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Linke-Bundeschef Klaus Ernst wegen des Verdachts auf Untreue und Betrug. Er soll Flüge zu Gewerkschaftstreffen und Aufsichtsratssitzungen über den Bundestag abgerechnet haben. Nebenbei ist nun auch in die Kritik geraten, dass Porsche-Fahrer Ernst neben seinen Bundestagsbezügen und Aufsichtsratsgeldern noch 3500 Euro von seiner Partei erhält, für die Arbeit als Vorsitzender.

Der 1954 in München geborene Ernst hat nahezu sein gesamtes Berufsleben als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär verbracht. Seit 1972 bei der IG Metall aktiv, war er von 1972 bis 1975 Vorsitzender der Münchener DGB-Jugend und von 1974 von 1979 auch des Ortsjugendausschusses der IG Metall. Danach studierte er bis 1984 Volkswirtschaftslehre und Sozialökonomie an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP). Die HWP ist als Kaderschmiede von DGB-Gewerkschaften bekannt.



Foto: ddp

Nach dem Studium schloss sich eine weitere Karriere als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär an. 2004 gehörte Ernst zu den sieben Erstunterzeichnern des Gründungsaufrufs einer Initiative zum Aufbau einer linken „Wahlalternative“, die später in der Linkspartei aufging. 2005 in den Bundestag eingezogen, ist Klaus Ernst seit Mai zusammen mit Gesine Lötzsch Bundesvorsitzender der Partei Die Linke. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

Gründe und Abgründe

Warum die einen nicht einwandern, die anderen aber auswandern, und wieso sich manche Deutsche vor ihrem neuen Nachbarn fürchten / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wer verreist, sollte sich vorher informieren und das Kleingedruckte sehr sorgfältig lesen. So manches Versprechen hat sich als grobe Lüge erwiesen. Besonders unseriöse Reiseveranstalter locken ihre arglose Kundschaft gar mit üppig scheinenden „Geschenken“, die man später teuer bezahlen muss. Die armen Leute landen in trostlosen Bierzelten oder leerstehenden Gasthofruinen am Rande von Wasweißich und müssen kostspielige Abnahmeverpflichtungen unterzeichnen, um ihren Verschleppern zu entkommen.

Auf diese Masche fallen immer noch welche herein, obwohl ständig davor gewarnt wird. Das ist Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle nicht entgangen, weshalb er es auch mal mit der „Geschenke“-Nummer probieren möchte. Mit „Begrüßungsgeld“ will der Liberale ausländische Fachleute nach Deutschland locken, ohne dass die ahnen sollen, was sie hier erwartet.

Ein ruchloser Plan, der nur gelingen kann, weil unsere Flughäfen so gebaut sind, wie sie gebaut sind. So nämlich, dass sich An- und Abreisende praktisch gar nicht mehr über den Weg laufen. So werden die ausländischen Einwanderer nie den inländischen Auswanderern begegnen, um sie zu fragen, warum sie denn wegwollen aus Brüderles Land.

Weil es kein Begrüßungsgeld gibt für Leute, die schon da sind und nicht mehr begrüßt werden müssen? Kaum. Die entnervten Auswanderer würden den erstarrten Einwanderern die grausame Wahrheit sagen über das Leben in der Grotte des Kraken Fiskus: Von deinem „Begrüßungsgeld“ (das ja die Firmen zahlen sollen, wie Brüderle es sich wünscht) nimmt dir der Staat gleich 60 Prozent wieder ab. Mit deinem Gehalt als Fachkraft bist du hierzulande die wandelnde Beleidigung der „Benachteiligten“, weshalb dich die gute Fee der sozialen Gerechtigkeit jeden Tag aufs Neue in die Rosinenpresse schickt.

Von den 30 wichtigsten Industrieländern hat Deutschland die höchsten Brutto-Lohnkosten, heißt: Nirgends geben die Arbeitgeber so viel Geld für ihre Arbeitnehmer aus wie bei uns. Bei den Nettolöhnen liegt Deutschland nur auf Platz elf. In dem Abgrund zwischen eins und elf verschwinden die Milliarden, die der Krake verschlingt.

Ärgerlicherweise petzt die OECD solche Vergleiche in die Welt hinaus, weshalb es der Begegnung am Flughafen gar nicht bedarf: Die Hochqualifizierten, die Herr Brüderle auf seine goldene Leimrute zerren will mit dem Begrüßungsnepp, die lesen solche Aufstellungen und lassen sich lieber anderwärts begrüßen. Dort begegnen sie ihren deutschen Kollegen, die jenem Untier entkommen konnten, dem sie gar nicht erst in die Tentakeln tappten.

Ein ganz Schlauer könnte einwerfen: Beenden wir einfach die Einwanderungsfrage, indem wir die Auswanderungsgründe abschaffen! Darauf sind die in Berlin natürlich längst selber gekommen und diskutieren daher intensiv darüber, wie man unser Steuersystem „leistungsgerechter“ machen könnte. Sie tun das seit ... waren wir da eigentlich schon auf der Welt? Weiß ich nicht mehr. Aber es muss ungefähr in der Epoche gewesen sein, als sich die politisch Verantwortlichen eindringlich die Frage stellten, ob und wie lange wir die Kernkraft noch benötigen. Andere Länder haben darauf vor Jahrzehnten eine Antwort gefunden. Wie überstürzt! Berlin dreht sich in der Kernkraftfrage weiter entspannt in der Endlosschleife, mal so herum, mal anders, Hauptsache im Kreis.

Ungemütlich wird es, wenn uns auswärtige Einflüsse brutal aus dem Karussell schleudern und eine Entscheidung abnötigen. So geschah es bei der nachträglichen Sicherungsverwahrung, deren Sinn, Unsinn und sittliche Vertretbarkeit wir ebenso lange innigst besabbeln, wie die Verwahrregelung existiert.

Wir hatten uns darauf eingerichtet, dass das Sabbeln immer so weitergeht. Dann aber brach der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in unseren Gesprächskreis ein und erklärte die „nachträgliche“ Sicherungsverwahrung für illegal. „Nachträglich“ heißt, dass die Verwahrung über die Haftzeit hinaus erst während der laufenden Haft beschlossen wird, weil sich erst während der Haft herausgestellt hat, dass der Delinquent unheilbar gefährlich bleiben wird.

Die Euro-Richter haben diese Praxis bereits im Mai verworfen, weil hier ein Mensch für dieselbe Tat zweimal bestraft würde. Ab da war klar, dass sehr bald die ersten gefährlichen Typen auf die Straße entlassen werden müssen, was mittlerweile geschehen ist.

> Die Fußfessel verhindert zwar die Tat nicht – aber immerhin weiß man, wo’s passiert ist!

Es bestand also „dringender Handlungsbedarf“ seit spätestens Mai. Doch was hat Berlin seitdem unternommen? Es wurden viele wertvolle Vorschläge gesammelt und erörtert. Beschlossen hat man bis heute – nichts.

Einen besonders reizvollen Vorschlag machte Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP: Den entlassenen Triebtätern sollten elektronische Fußfesseln angelegt werden, damit man ihren Aufenthaltsort jederzeit überprüfen könne.

Was das soll? Glaubt jemand, dass die Fessel einen besinnungslosen Triebtäter in dem Moment, da ihn die finstere Begierde durchfährt, von der schrecklichen Tat abhält? Natürlich nicht. Aber mithilfe der Signale von der Fessel können die Behörden später viel leichter ermitteln, wo’s passiert ist! Das sollte die künftigen Nachbarn der seelisch gestörten Zeitbomben doch gründlich beruhigen, nicht wahr?

Nicht wirklich, befürchtet die CSU und beharrt energisch auf der Beibehaltung der nachträglichen Sicherungsverwahrung. Über eine Idee, wie man das an den Euro-Richtern vorbeibringen könnte, die doch genau dieses Verfahren gerade verboten haben, verfügen die Christsozialen nicht. Also „beharren“ sie bis auf weiteres folgenlos vor sich hin.

Aus der CDU wiederum schallt der Vorschlag, die Gefährder in Luxusgefängnissen mit eigener Küche, Computer und Garten unterzubringen, um so dem europäischen Vorwurf zu entgehen, die deutsche Verwahrpraxis verstoße gegen die Menschenrechte, indem man die Leute nach der verbüßten Strafe in knasttypische Zellen gesperrt habe.

Diese Idee wird beim Wahlvolk fabelhaft ankommen: Während geläuterte Strafgefangene nach Verbüßung ihrer Tat auf die Straße gespült werden, wo viele von ihnen vereinsamt zusammenbrechen, kriegen unheilbare Mörder und Vergewaltiger das beschauliche Leben eines gut versorgten Frührentners spendiert – vom Steuerzahler. Wer händeringend nach Gründen zur Auswanderung sucht, hat hiermit ein weiteres Prachtstück für seine Sammlung gefunden.

Doch wie gesagt: Das sind alles bloß Ideen, die da herumgereicht werden. Beschlossen wird wohl kaum etwas. Derweil stemmt die Polizei beispielsweise in Hamburg eine 24-Stunden-Überwachung eines der entlassenen Sexualstraftäter, der, egal wo er wohnt, Angst und Schrecken verbreitet – geschätzte Kosten der Operation: 50 000 Euro pro Woche.

Wirklich kunterbunt wird das Bild, dass sich den Deutschen hier bietet, wenn wir das Gewürge um die Sicherungsverwahrten mit der Causa Kachelmann vergleichen: Dem von der Leiter gestürzten Wetterfrosch werfen manche alles Mögliche vor – aber Gemeingefährlichkeit? Dennoch saß er vier Monate in Untersuchungshaft.

Das hat sicherlich auch mit der sozialen Gerechtigkeit zu tun. Kachelmann ist (na ja: war) Spitzenverdiener, da hat er es verdient, dass ihn die Justiz anders behandelt als den kleinen Mann auf der Straße. So einen Schnösel wie den wollen wir erst mal richtig fallen sehen, kleingemacht.

Wir können und wollen halt nicht verleugnen, dass wir evolutionshalber immer noch die späten Nachfahren eines kleinen Nagers sind, dessen Name heutzutage nicht eben für noble Gesinnung steht. An den schrägen Ahnen muss uns niemand erinnern, das tun wir schon selber.

ZITATE

Der 106-jährige ***Johannes Heesters****, der derzeit in Rolf Hochhuths Stück „Inselkomödie“ auf der Bühne steht, beschwerte sich über die* ***Rücksichtslosigkeit*** *gegenüber älteren Schauspielern:*

„Sagen Sie mir, wie lange muss ich noch stehen? Man ist ja schließlich keine 100 mehr!“

Der Soziologe ***Gunnar Heinsohn*** *warnt im „Focus“ vom 26. Juli vor den* ***Gefahren der Umverteilung:***

„Eine nicht Vermittelbare bekommt bei zwei Kindern bis zum 50. Lebensjahr 415 000 Euro auf Hartz IV. Schuld sind nicht die Frauen, sondern die staatliche Verlockung. Für jede Hartz-IV-Mutter benötigt man die Steuern von zwei voll erwerbstätigen Bürgern. Jedes Jahr wandern von denen 160 000 aus. Damit verlieren jährlich 80 000 Hartz-IV-Familien ihren Versorger.“

Der Althistoriker ***Christian Meier*** *ist überzeugt, dass das vor allem in Deutschland hochgehaltene* ***„Erinnern****, erinnern, erinnern“* ***keineswegs immer hilfreich*** *ist:*

„Das Schlimme wiederholt sich manchmal ganz besonders deshalb, weil die Menschen sich daran erinnern. Einer der wichtigsten Gründe für den Aufstieg Hitlers war der Kampf gegen den Versailler Vertrag, die ständige Erinnerung an die Niederlage von 1918. Man ist nahezu einem Wiederholungszwang erlegen, gerade wegen der Erinnerung. Und was alles wäre den Balkanvölkern und Europa erspart geblieben, wenn die Serben die Schlacht auf dem Amselfeld und die Türkenherrschaft vergessen hätten!“

Wie rettet man die eigne Haut?

In Holland gaben Wahlen klar
den Anstoß für die Wende –
und Balkenendes Ende,
obwohl im Grund er Sieger war.

Nun kehren die Soldaten
heim,
und auch in andern Staaten,
einst ähnlich schlecht beraten,
macht man daher sich drauf den
Reim.

Denn keiner will, das ist gewiss,
die nächste Wahl verlieren –
drum heißt es jetzt jonglieren
mit Quadratur und Kompromiss!

Zwar hat man lang schon den Salat
– seit wann, ist fast vergessen –
bei Rot und Grün indessen
trainiert man trotzem den Spagat.

Da hat’s der Guido wirklich gut
– was soll der noch verhauen? –
und Wende-Linke schauen
desgleichen voller Übermut:

Wir waren dort am Hindukusch
von Anbeginn dagegen –
und wenn wir überlegen,
sogar schon gegen Sowjet-Pfusch!

Der Krieg, der keiner sein soll,
macht
es schwer für Ähndschie aber,
denn Bündnisfall-Gelaber
wird heute bloß mit Hohn
bedacht.

Naja, wer weiß, wie sie sich dreht,
dass früher oder später
auch dieser schwarze Peter
an irgendeinen andern geht ...

Pannonicus